



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


05 | 2010

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz regional: Neustadt an der Weinstraße
Das Gründungsgeschehen 2009
Energieverbrauch der privaten Haushalte



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Jürgen Hammerl

Vom 11. bis 13. Juni 2010 findet in Neustadt an der Weinstraße der 27. Rheinland-Pfalz-Tag statt. Aus diesem Anlass wird die kreisfreie Stadt, die zum rheinland-pfälzischen Teil des Verbands Region Rhein-Neckar gehört, in der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ vorgestellt.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

05 | 2010

STATISTISCHE MONATSHEFTE

63. Jahrgang

kurz + aktuell	329
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Landwirtschaft Bildung ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	337
Rheinland-Pfalz in Karten: Mischwald 2009	338
Rheinland-Pfalz regional: Neustadt an der Weinstraße	339
Das Gründungsgeschehen 2009	352
Energieverbrauch der privaten Haushalte	362
Daten zur Konjunktur	375
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	403
Neuerscheinungen	413

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie erhielt im Februar weniger Aufträge als im Januar

Starker Zuwachs gegenüber Februar 2009

Im Februar 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 32,7% mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: 24,4%). Die Order aus dem Inland stiegen um 19% (Deutschland: +18,6%), aus dem Ausland kamen 45,8% mehr Bestellungen als im Februar 2009 (Deutschland: +29,7%). Damals wiesen die Auftragseingänge infolge der Wirtschaftskrise allerdings ein sehr niedriges Niveau auf.

Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verbuchten gegenüber dem Vorjahresmonat signifikante Zuwächse. Dies betraf die Metallerzeugung und -bearbeitung (+44,1%), die Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+37,5%) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (+32,9%). Aber auch beim Maschinenbau und bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus gab es einen kräftigen Anstieg der Bestellungen (+11,7 bzw. +4,5%). Den höchsten Auftragszuwachs erzielten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+107,5%). Die positive Nachfrageentwicklung resultierte überwiegend aus der deutlichen Zunahme bei den Auslandsbestellungen. Dies gilt vor allem für die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, bei denen die Nachfrage im Export besonders stark angezogen ist (+312,6%). Rückgänge in den Auftragseingängen um 12,4% mussten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen hinnehmen, wobei in die-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte	Veränderung Februar 2010		
	Februar 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat	
	2005=100			
Auftragseingänge (real)				
Industrie	85,3	32,7% ↑	-2,9% ↓	
Inland	85,1	19,0% ↑	-9,7% ↓	
Ausland	85,5	45,8% ↑	3,2% ↑	
Chemie	78,9	37,5% ↑	7,6% ↑	
Fahrzeugbau	61,3	107,5% ↑	-20,9% ↓	
Maschinenbau	88,8	11,7% ↑	1,8% ↗	
Metallerzeugnisse	86,2	32,9% ↑	1,8% ↗	
Bauhauptgewerbe	85,5	-11,0% ↓	20,6% ↑	
Umsätze (real)				
Großhandel	88,7	-2,0% ↓	4,7% ↑	
Einzelhandel (ohne Kfz)	93,7	1,8% ↗	-2,2% ↓	
Kfz-Handel	74,4	-8,0% ↓	8,5% ↑	
Gastgewerbe	69,2	-2,1% ↓	2,1% ↑	

ser Branche die negative Entwicklung sowohl durch die geringere Inlands- als auch Auslandsnachfrage verursacht wurde.

Veränderungen gegenüber Januar 2010

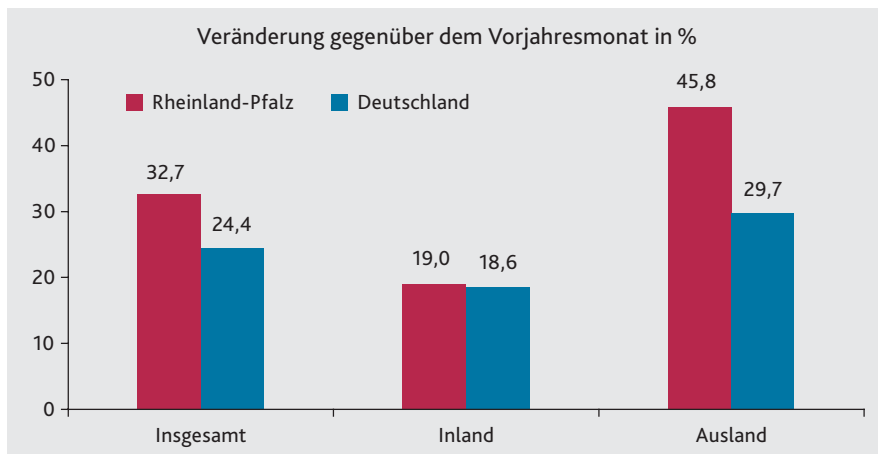
Das Ordervolumen der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Februar 2010 preisbereinigt um 2,9% niedriger als im Januar 2010 (Deutschland: +4,4%). Die Bestelltätigkeit aus dem Inland verschlechterte sich um 9,7% (Deutschland: +2,4%). Aus dem Ausland gingen 3,2% mehr Aufträge ein als im Vormonat (Deutschland: +6,3%). Der Rückgang der Nachfrage nach Produkten des verarbeitenden Gewerbes wurde vor allem durch das schleppende Geschäft bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftwagenteilen (-20,9%) und von pharmazeutischen Erzeugnissen (-17,4%)

beeinflusst. Auftragsrückgänge waren auch bei der Metallerzeugung und -bearbeitung (-6,1%) und bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus (-5,4%) zu verzeichnen. Der größte rheinland-pfälzische Wirtschaftszweig, die Chemieindustrie, verzeichnete einen deutlichen Auftragszuwachs von 7,6%. Beim Maschinenbau und bei den Herstellern von Metallerzeugnissen zog das Geschäft leicht an (jeweils +1,8%).

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft auf den folgenden Seiten und ab Seite 375 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Februar 2010



Deutlicher Umsatzanstieg zum Jahresbeginn 2010 in der Industrie

Geschäft mit dem Ausland boomt – Beschäftigtenabbau hält an

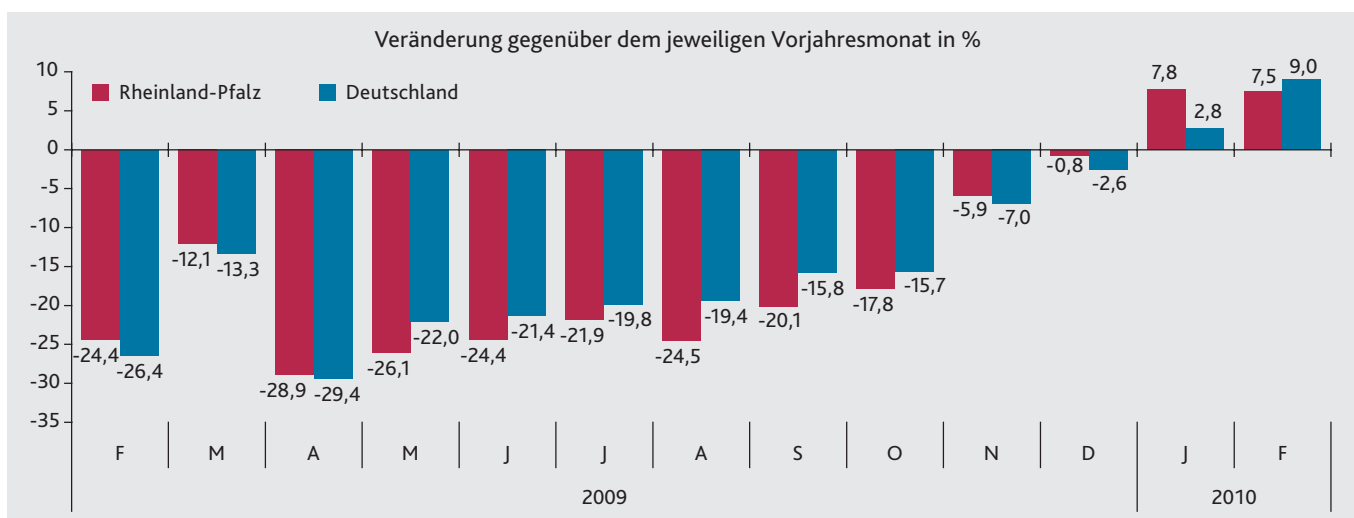
Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten in den ersten beiden Monaten 2010 Umsätze in Höhe von 10,3 Mrd. Euro. Dies waren 7,6% mehr als in dem von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Vorjahreszeitraum (Deutschland:

+5,7%). Die Auslandsumsätze stiegen in Rheinland-Pfalz um 16,7% und in Deutschland um 11,8%. Die Exportquote – das ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – stieg damit leicht auf 51,7% (Deutschland: 46,1%). Das rheinland-pfälzische Inlandsgeschäft ging um 0,6% zurück, während deutschlandweit mit inländischen Geschäftspartnern ein Umsatzplus von einem Prozent registriert wurde.

Im Februar 2010 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 237 059 Beschäftigte, das waren rund 8 900 bzw. 3,6% weniger als im Vorjahresmonat (Deutschland: –4,7%). Die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden lag in den ersten beiden Monaten um 1,5% niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: –2,8%).

Die umsatzstärkste Branche, die chemische Industrie, erzielte 28,8% mehr Umsatz als im Januar und Februar 2009. Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren betrug der Zuwachs 8,3%. Höhere Umsätze verzeichneten auch die Hersteller von Glas und Glaswaren einschließlich Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden (+4%) sowie von Metallerzeugnissen (+3,2%). Die übrigen größeren Branchen verharrten auf dem Umsatzniveau des Vorjahreszeitraums oder mussten Rückgänge hinnehmen, die beim Maschinenbau (–9,9%), bei der Herstellung von pharmazeu-

Umsätze im verarbeitenden Gewerbe 2009–2010 nach Monaten



tischen Erzeugnissen (–6,2%) sowie bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–4,4%), dem zweitgrößten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweig, am deutlichsten ausfielen.

In den meisten Wirtschaftszweigen – mit Ausnahme der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+1,4%) sowie von Papier, Pappe und Waren daraus (+0,6%) – gingen die Beschäftigtenzahlen im Februar 2010 zurück. Unter den großen Branchen verzeichneten die Hersteller von Metallerzeugnissen (–6,3%), der Maschinenbau (–6,1%), die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–5,3%), die Getränkeherstellung (–5,2%), die Metallerzeugung und -bearbeitung (–5,1%) sowie die Hersteller von Glas, Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (–5%) eine deutlich niedrigere Beschäftigtenzahl als ein Jahr zuvor. Moderater fiel die Personalreduzierung in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (–1,2%) und von pharmazeutischen Erzeugnissen (–1%) aus. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (–0,7%) konnten ihren Personalstand nahezu halten.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber Vormonat gestiegen

Die Auftragslage im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe hat sich im Februar 2010 wieder aufgehellt. Im Vergleich zum Januar dieses Jahres legten die Bestellungen um 20,6% zu. Diese positive Entwicklung resul-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe			
Indikator	Monatswerte	Veränderung Februar 2010	
	Februar 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	85,5	-11,0 % ↓	20,6 % ↑
Hochbau insgesamt	79,2	-28,4 % ↓	9,2 % ↑
Wohnungsbau	66,5	-9,0 % ↓	26,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	91,3	10,4 % ↑	20,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	71,7	-62,1 % ↓	-16,6 % ↓
Tiefbau insgesamt	91,2	10,3 % ↑	31,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	105,7	-5,9 % ↓	14,5 % ↑
öffentlicher Tiefbau	99,8	25,5 % ↑	37,1 % ↑
Straßenbau	81,8	7,9 % ↑	35,1 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	56,9	-14,6 % ↓	14,2 % ↑
Hochbau insgesamt	68,7	-13,3 % ↓	24,2 % ↑
Wohnungsbau	53,9	-18,3 % ↓	15,6 % ↑
gewerblicher Hochbau	74,0	-21,4 % ↓	28,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	74,0	7,2 % ↑	23,8 % ↑
Tiefbau insgesamt	45,3	-16,4 % ↓	2,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	66,4	-15,3 % ↓	15,4 % ↑
öffentlicher Tiefbau	43,8	-9,7 % ↓	27,4 % ↑
Straßenbau	39,1	-21,1 % ↓	-15,4 % ↓

tiert aber auch aus der ungünstigen Auftragslage im Januar. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist ein Rückgang der Auftragseingänge um 11% zu verzeichnen.

Die Steigerung der Auftragseingänge gegenüber Januar 2010 geht in erster Linie auf die positive Nachfrageentwicklung im Tiefbau (+31,4%) zurück – insbesondere auf den öffentlichen Tiefbau (+37,1%) und den Straßenbau (+35,1%). Aber auch die anderen Bereiche des Bauhauptgewerbes profitierten von Auftragszuwächsen. Eine Ausnahme stellt lediglich der öffentliche Hochbau mit einem Auftragsrückgang in Höhe von 16,6% dar, wobei dieses Minus auf nur wenige Betriebe zurückzuführen ist.

Im Vorjahresvergleich steigerten nur der öffentliche Tiefbau (+25,5%), der gewerbliche Hochbau (+10,4%) und der Straßenbau (+7,9%) die Auftragseingänge. Der mit Abstand kräftigste Nachfragerückgang ist für den öffentlichen Hochbau zu verbuchen (–62,1%). Bei der Interpretation dieser Entwicklung muss allerdings beachtet werden, dass die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau im Vorjahresmonat auf einem außerordentlich hohen Niveau lagen; der Indexwert betrug damals 189,1 Punkte. Der enorme Nachfrageeinbruch ist demnach auf einen statistischen Basis-effekt zurückzuführen.

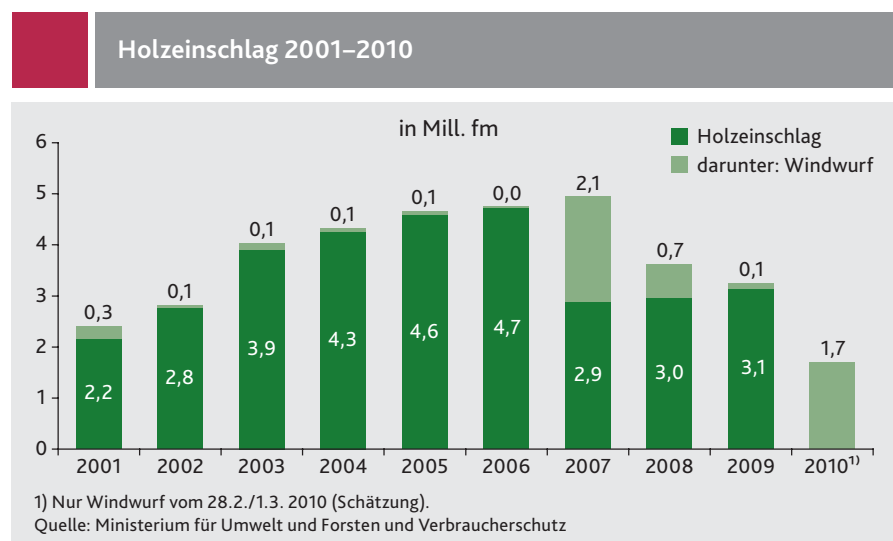
Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe stiegen

im Vergleich zum Vormonat um 14,2%. (Auch in dieser Zahl schlägt sich die ungünstige Entwicklung im Januar nieder.) Lediglich der Straßenbau musste gegenüber Januar 2010 Umsatzeinbußen hinnehmen (–15,4%). Während der Tiefbau seinen Umsatz nur geringfügig steigern konnte (+2,1%), erhöhte sich der baugewerbliche Umsatz im Hochbau um fast ein Viertel (+24,2%). Verglichen mit Februar 2009 sank der baugewerbliche Umsatz um 14,6%. Nur der öffentliche Hochbau verbuchte im Februar 2010 mehr Umsätze als im Vorjahresmonat (+7,2%).

Weniger Bäume gefällt

In den rheinland-pfälzischen Wäldern wurden 2009 wieder weniger Bäume gefällt. Mit 3,26 Mill. Festmetern (fm) lag der Holzeinschlag im vergangenen Jahr rund 10% unter dem des Jahres 2008 und 11,5% unter dem Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2008. Der unterdurchschnittliche Einschlag ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es 2009 zu weniger Windbruch kam als in den beiden Jahren zuvor. Für 2010 zeichnet sich hingegen bereits heute ein anderes Bild ab: Sturmtief „Xynthia“ verursachte Ende Februar in Rheinland-Pfalz einen Schaden, der auf 1,7 Mill. fm Sturmholz geschätzt wird. Dies entspricht fast der Hälfte der im langjährigen Durchschnitt eingeschlagenen Holzmenge (3,6 Mill. fm).

Über die Hälfte des Holzes (52%) wurde im Jahr 2009 in Körperschaftsforsten, die sich überwiegend im Besitz



von Städten, Gemeinden oder Kirchen befinden, gefällt. Ein Drittel (33%) des Holzeinschlags entstammte dem Landeswald, die restlichen 15% kamen aus Privatwaldbeständen sowie aus den Bundesforsten. Wie die aktuellen Daten aus der für die Landes- und Körperschaftsforsten zuständigen Forsteinrichtung belegen, kommt dem nachhaltigen Wirtschaften große Bedeutung zu. Die im Jahr 2009 aus Landes- und Körperschaftswald eingeschlagene Holzmenge (2,8 Mill. fm) war deutlich niedriger als die in diesen Wäldern nachwachsende (4,3 Mill. fm). Der erntefähige Holzvorrat aus den Landes- und Körperschaftsforsten belief sich 2009 auf rund 135 Mill. fm. Der Einschlag 2009 betrug somit 2,1% des Bestandes.

Das überwiegend in Sägewerken verarbeitete Stammholz stellte im Jahr 2009 mit 50% die wichtigste Quelle der Holzvermarktung dar. Jeweils rund 22% wurden als Industrieholz – z. B. für die Produktion von Spanplatten – und für energetische Zwecke genutzt. Steigende Bedeutung kommt bei

Letzterem dem Brennholzmarkt zu. Dessen Vermarktungsanteil hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Rund 6% des eingeschlagenen Holzes wurden nicht verwertet.

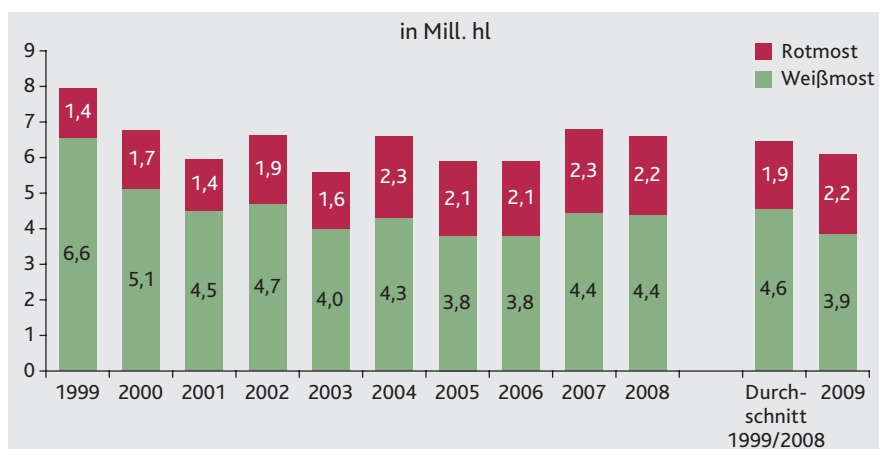
6,1 Mill. hl Weinmost geerntet

2009er-Jahrgang mit breitem Qualitätsspektrum

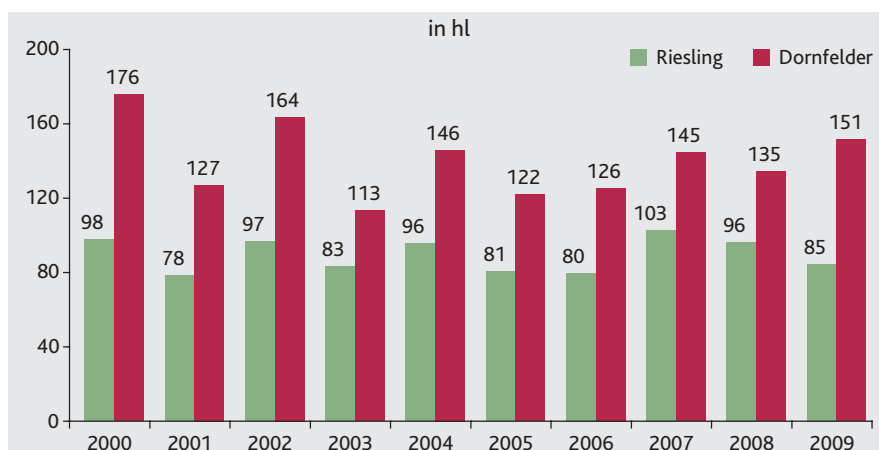
Die rheinland-pfälzischen Weinbaubetriebe ernteten im Herbst 2009 mit 6,1 Mill. hl Weinmost weniger als ein Jahr zuvor (–7,9%). Die durchschnittliche Erntemenge der zurückliegenden zehn Jahre wurde um 6% unterschritten. Während die Menge an Weißmost gegenüber 2008 auf 3,9 Mill. hl deutlich abnahm (–12%), stieg die geerntete Menge an Rotmost leicht auf 2,2 Mill. hl (+0,8%).

Eine wesentliche Ursache für die unterdurchschnittliche Weinmosternte waren die ungünstigen Witterungsbedingungen während der Blüte. Optimales Wetter gegen Ende

Weinmosternte 1999–2009



Hektarerträge ausgewählter Rebsorten 2000–2009



der Beerenreife im September ließen noch einen qualitativ ausgewogenen Jahrgang heranreifen. Knapp 59% des Mostes sind zum Ausbau als Qualitätswein vorgesehen, fast 37% für die Erzeugung von Prädikatsweinen, wie Spät- oder Auslesen. Lediglich 5% des Erntegutes können nur als Landwein vermarktet werden.

Die Unterschiede im Weinausbau aus weißem und rotem Weinmost sind deutlich. Während bei weißen Rebsorten über die Hälfte als Prädikatswein

ausgebaut wird, sind es bei den roten Sorten nur 12%. Der Schwerpunkt bei den Rotweinsorten liegt eindeutig im Qualitätsweinebereich (86%). Grundlegende Entscheidungen für unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich Quantität und Qualität wurden offensichtlich bereits beim Anschnitt in den Weinbergen getroffen. So bewegt sich der durchschnittliche Hektarertrag von Weißmost mit knapp 90 hl auf dem Niveau des Jahrhundertjahrgangs 2003 und unterschreitet das langjährige Mittel von 99 hl deutlich.

Von einem Hektar roter Sorten kel-
terten die Winzer jedoch 115 hl. Das
ist für Rotmost ein durchschnittliches
Ertragsniveau, im Vergleich zu Weiß-
most aber ein um 28% höherer Hek-
tarertrag. Bei den jeweils führenden
Rebsorten stehen durchschnittliche
Hektarerträge von 85 hl für Riesling
151 hl für Dornfelder gegenüber.

In den Anbaugebieten des Landes
entwickelten sich die Erntemengen
im Vergleich zu 2008 unterschiedlich.
In der Pfalz (2,4 Mill. hl) fiel die Ernte
2009 nur geringfügig niedriger als
im Vorjahr aus (–1,6%). In Rheinhes-
sen (2,6 Mill. hl) sowie an der Mosel
(0,8 Mill. hl) nahm die Menge um
10,8 bzw. 10,4% ab. Vergleichsweise
stark waren die Ernteeinbußen an der
Nahe (313 000 hl, –17%) und in den
kleinen Anbaugebieten, am Mittel-
rhein (27 000 hl, –22%) und an der
Ahr (33 000 hl, –23%).

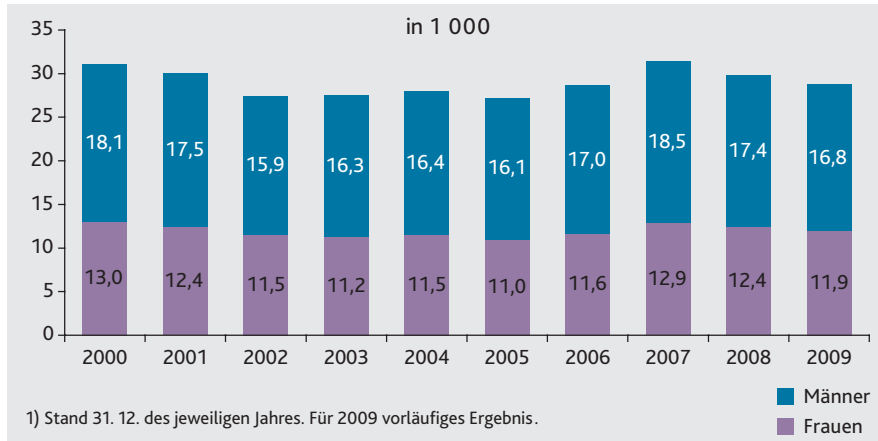
Weniger Neuabschlüsse:

28 735 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen

Im Jahr 2009 haben in Rheinland-
Pfalz – nach vorläufigen Auswer-
tungen der Meldungen der Kammern
und der sonstigen für die Ausbildung
im dualen System zuständigen Stel-
len – 28 735 Jugendliche und junge
Erwachsene einen neuen Ausbil-
dungsvertrag abgeschlossen. Dies
waren 1124 Personen weniger als im
Vorjahr (–3,8%).

Im Vergleich zum Jahr 2008 sank
die Zahl der Neuabschlüsse in drei
von sechs Ausbildungsbereichen.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2000–2009¹⁾ nach Geschlecht



Am stärksten war der Rückgang im zahlenmäßig bedeutendsten Bereich „Industrie und Handel“. Hier wurden im vergangenen Jahr 15 791 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen und damit 1 168 weniger als noch im Jahr zuvor (–6,9%). Auch in den Bereichen Landwirtschaft (–4,7%) und freie Berufe (–4,5%) ging die Zahl der Neuabschlüsse merklich zurück. Im zahlenmäßig zweitgrößten Ausbildungsbereich, dem Handwerk, stieg die Zahl der neuen Ausbildungsverträge dagegen um 134 bzw. 1,5% auf nun 9 130 an. Einen Zuwachs verzeichnete auch der öffentliche Dienst. Hier wurden im vergangenen Jahr insgesamt 660 neue Ausbildungsverträge unterzeichnet. Das sind 46 bzw. 7,5% mehr als im Jahr 2008. Im zahlenmäßig kleinsten Ausbildungsbereich, der Hauswirtschaft, gab es mit 292 Neuabschlüssen genauso viele Neuverträge wie im Jahr zuvor.

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage wurde auch im vergangenen Jahr die Mehrzahl der Ausbildungsplatzsuchenden fündig.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren zum 30. September 2009 in Rheinland-Pfalz insgesamt 635 Bewerber gemeldet, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten (Vorjahr: 868). Gleichzeitig wurden 873 unbesetzte Ausbildungsplätze registriert (Vorjahr: 942). Diese Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass die Zahl der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen – die im Wesentlichen die Ausbildungsplätze nachfragen – im Jahr 2009 deutlich geringer ausfiel als ein Jahr zuvor. Insgesamt verließen 45 768 Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen. Das waren 976 und damit 2,1% weniger als im Vorjahr.

Am 31. Dezember 2009 befanden sich insgesamt 79 186 Auszubildende in einer dualen Berufsausbildung, darunter 38,7% Frauen (30 607). Damit sank die Zahl der Auszubildenden erstmals seit drei Jahren. Insgesamt wurden im Jahr 2009 im Vergleich zum vorangegangenen Jahr 926 Jugendliche weniger ausgebildet (–1,2%).

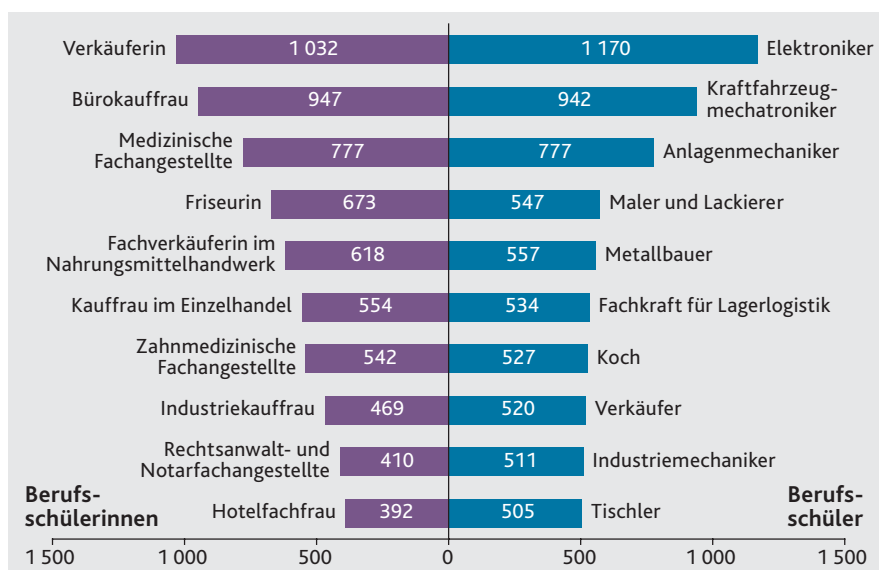
Junge Frauen in der technischen Ausbildung unterrepräsentiert

Junge Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen häufiger mit höheren Schulabschlüssen als Männer. Rund 76% der Schulabgängerinnen des Jahres 2009 hatten die mittlere Reife oder sogar die Hochschulreife. Bei den männlichen Schulentlassenen traf dies lediglich auf 65,8% zu. Trotz ihrer guten schulischen Leistungen konzentrieren sich die jungen Frauen bei der Berufswahl nach wie vor nur auf wenige Berufe und nutzen damit das breite Ausbildungsspektrum nur sehr eingeschränkt.

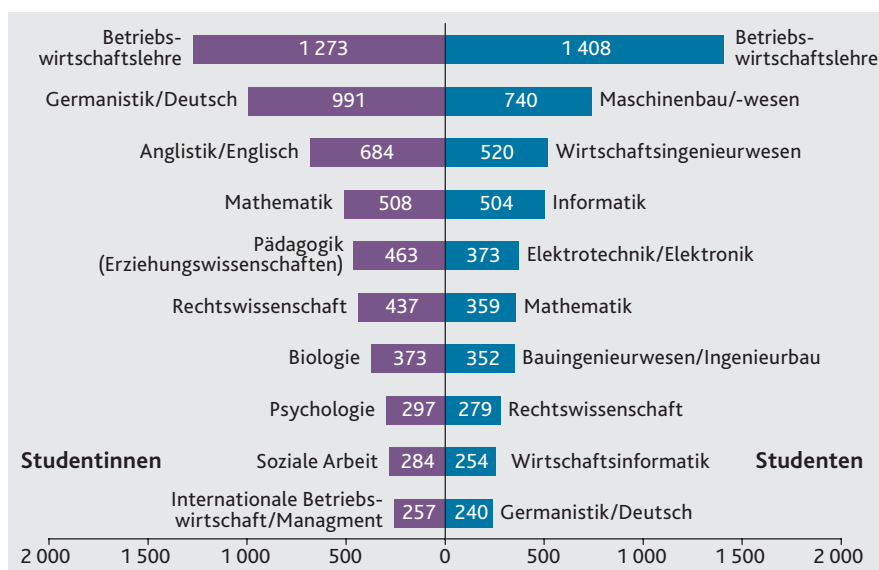
So befanden sich im Schuljahr 2009/10 an Berufsschulen 59,3% der 10 815 Ausbildungsanfängerinnen in nur zehn Berufen. Darunter war kein einziger mit technischer Ausrichtung. Die meisten dieser Frauen im ersten Lehrjahr werden derzeit zur Verkäuferin (1 032), zur Bürokauffrau (947) und zur medizinischen Fachangestellten (777) ausgebildet. Bei den 15 086 männlichen Ausbildungsanfängern sind dagegen die Berufe Elektroniker (1 170), Kraftfahrzeugmechatroniker (942) und Anlagenmechaniker (777) am stärksten besetzt.

Auch bei der Studienfachwahl zeigen sich Unterschiede zwischen Frauen und Männern. So waren im Studienjahr 2009 an rheinland-pfälzischen Hochschulen zwar mehr als die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester weiblich (52,4%). In technischen Studiengängen waren die Frauen jedoch deutlich unterrepräsentiert. Lediglich 16,4% der Stu-

Berufsschüler des 1. Ausbildungsjahres in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im Schuljahr 2009/10 nach Geschlecht



Studierende im 1. Hochschulsesemester in den zehn am stärksten besetzten Studienfächern im Studienjahr 2009 nach Geschlecht



dienanfängerinnen (Männer: 22,9%) belegten mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, nur 8,2% (Männer: 26,5%) waren in einer ingenieurwissenschaftlichen Disziplin eingeschrieben. Die Frauenanteile in diesen beiden Fächergruppen lagen bei 44,1 bzw. bei 25,4%. Zu den am stärksten

besetzten Studienfächern zählten bei den Frauen Betriebswirtschaftslehre (1 273), gefolgt von Germanistik/Deutsch (991) und Anglistik/Englisch (684). Bei den Männern waren es Betriebswirtschaftslehre (1 408), Maschinenbau/-wesen (740) und Wirtschaftsingenieurwesen (520).

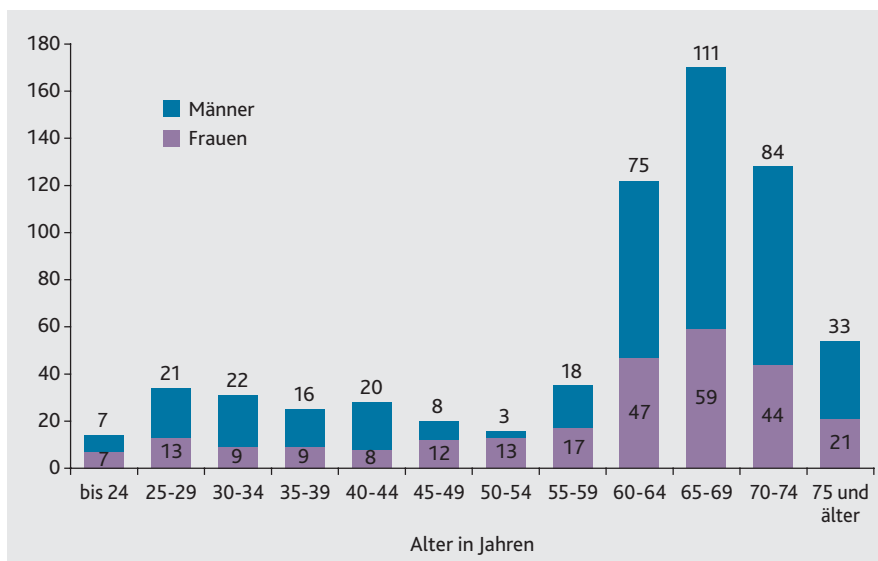
Sieben von zehn Gasthörern sind 60 Jahre oder älter

Katholische Theologie und Geschichte beliebteste Fachrichtungen

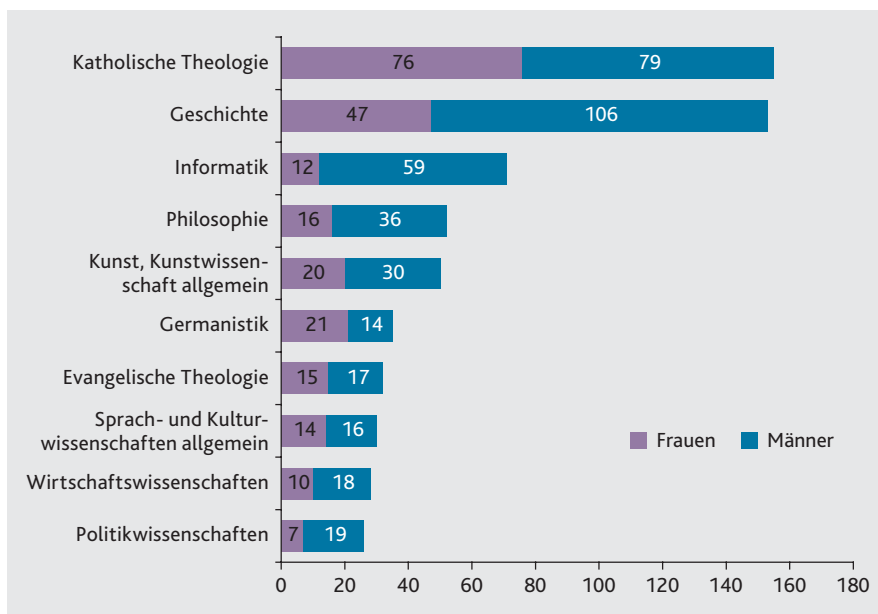
Im Wintersemester 2009/10 besuchten 677 Gasthörerinnen und Gasthörer Lehrveranstaltungen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen. Das waren 45 Hörerinnen und Hörer weniger als ein Jahr zuvor (-6,2%) und damit die bisher niedrigste Zahl seit der erstmaligen Erhebung im Wintersemester 1992/93. Mit der Einführung von Gebühren für das Gaststudium zum Wintersemester 2004/05 – die sich auf bis zu 250 Euro je Semester belaufen können – war die Zahl der Gaststudierenden deutlich eingebrochen und ist seither anhaltend rückläufig.

Wie auch in den Vorjahren bildeten sich im Wintersemester 2009/10 vor allem Seniorinnen und Senioren im Rahmen eines Gaststudiums weiter. Fast drei Viertel der Gasthörerinnen und Gasthörer waren bereits 60 Jahre oder älter (70%). Die stärkste Gruppe stellten, mit einem Anteil von 25,1%, die 65- bis 69-Jährigen, gefolgt von den 70- bis 74-Jährigen (18,9%) und den Menschen im Alter von 60 bis 64 Jahren (18%). Immerhin 8% der Gasthörer hatten bereits das 75. Lebensjahr vollendet. Im Durchschnitt lag das Alter der Hörerinnen und Hörer bei 59,7 Jahren und damit gut sieben Jahre höher als im Wintersemester 1999/2000 (52,6 Jahre).

Gasthörer im Wintersemester 2009/10 nach Altersgruppen und Geschlecht



Die zehn am häufigsten von Gasthörern belegten Fachrichtungen im Wintersemester 2009/10 nach Geschlecht



Der hohe Anteil der Älteren mag eine Ursache für die starke Fokussierung auf bestimmte Fächergruppen sein. So besuchten 68,5% der Gasthörerinnen und Gasthörer in der ersten Fachrichtung Angebote der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften,

14,5% wählten mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, 9,2% entschieden sich für Fächer der Gruppe Rechts- und Sozialwissenschaften und 5,5% für die Fächergruppe Kunst- und Kunstwissenschaft. Am beliebtesten waren Veranstaltungen der Fachrich-

tungen Katholische Theologie (155), Geschichte (153) und Informatik (71). Da sich zahlreiche Gasthörer in mehreren Fachrichtungen einschrieben, ergab sich eine Gesamtzahl von 881 Belegungen.

Die meisten Gaststudierenden waren an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz eingeschrieben (237). Die Universität Trier (175), die Theologische Fakultät Trier (96) und die Fachhochschule Trier (67) bildeten ebenfalls zahlreiche Gasthörerinnen und Gasthörer weiter. Gaststudierende dürfen auch ohne allgemeine Hochschulreife Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen. Sie können jedoch keine Prüfungen ablegen. Mit dem Angebot des Gasthörerstudiums leisten die Hochschulen einen wichtigen Beitrag zur Förderung des „lebenslangen Lernens“.

Verkehrsunfälle fordern zu Jahresbeginn weniger Opfer

Trotz steigender Zahl der Verkehrsunfälle wurden in den ersten beiden Monaten des Jahres 2010 deutlich weniger Unfälle mit Todesopfern oder Verletzten registriert. Im Januar und Februar verloren insgesamt 21 Menschen bei Verkehrsunfällen das Leben, das waren 15 weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 12,4% auf 303 zurück. 1845 Personen wurden leicht verletzt, was einem Rückgang von 4,8% entspricht. Insgesamt registrierte die Polizei etwa 20 000 Unfälle, das waren 5,1% mehr als in den beiden ersten Monaten 2009.

Verbraucherpreise im April 2010

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz lagen im April um 1,2% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Für diese Entwicklung waren erneut die binnen Jahresfrist deutlich gestiegenen Preise für Heizöl und Kraftstoffe ausschlaggebend. In der Folge erhöhte sich auch der Teilindex in der Hauptgruppe Verkehr überdurchschnittlich um 4,7%. Dagegen entwickelten sich die Preise für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl und andere Brennstoffe) uneinheitlich. Während die Gaspreise (-7,6%) im Vergleich zum Vormonat sanken, zogen die Preise für Strom (+3,4%) sowie insbesondere für Heizöl (+32,6%) spürbar an.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen gegenüber April 2009 durchschnittlich um 1,1%.

Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat merklich (+3,5%). Sinkende Preise waren hingegen bei der Nachrichtenübermittlung (-1,8%), Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-1,9%) und im Bildungswesen (-17,7%) festzustellen.

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,1%. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen gegenüber März waren vor allem in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+1,2%) auszumachen. Günstig für die Verbraucherinnen und Verbraucher verlief die Entwicklung bei den Preisen für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-2,8%) sowie bei „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (-1,2%).

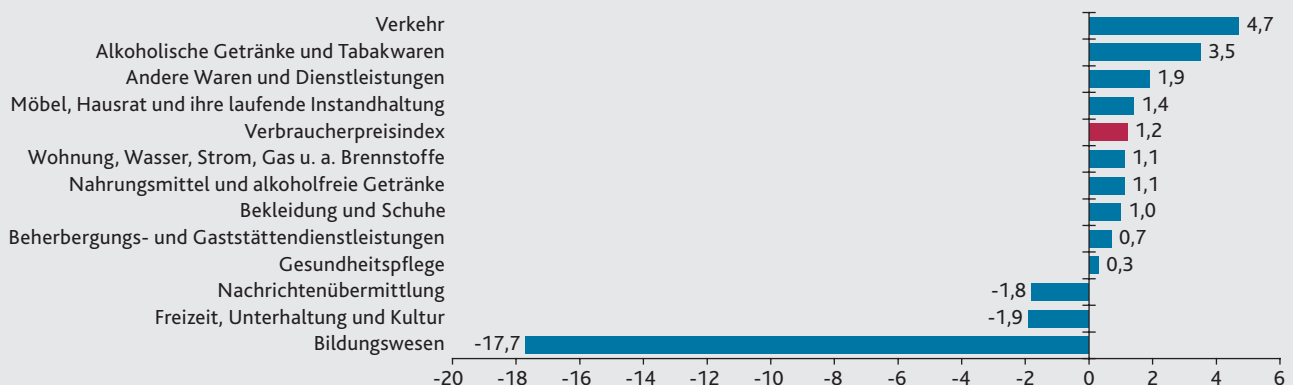
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

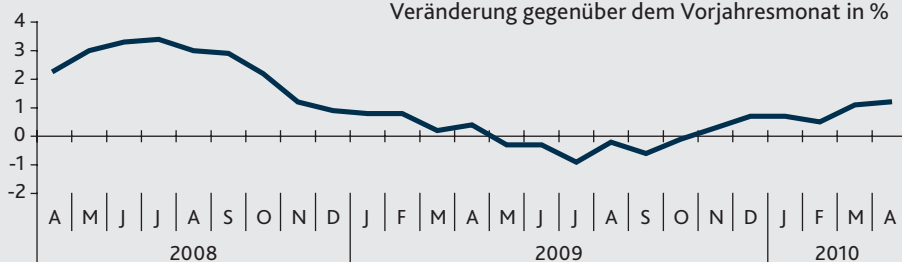
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2010

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber April 2009 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



April 2010

Verbraucherpreisindex: +1,2%

Ausgewählte Preisentwicklungen:

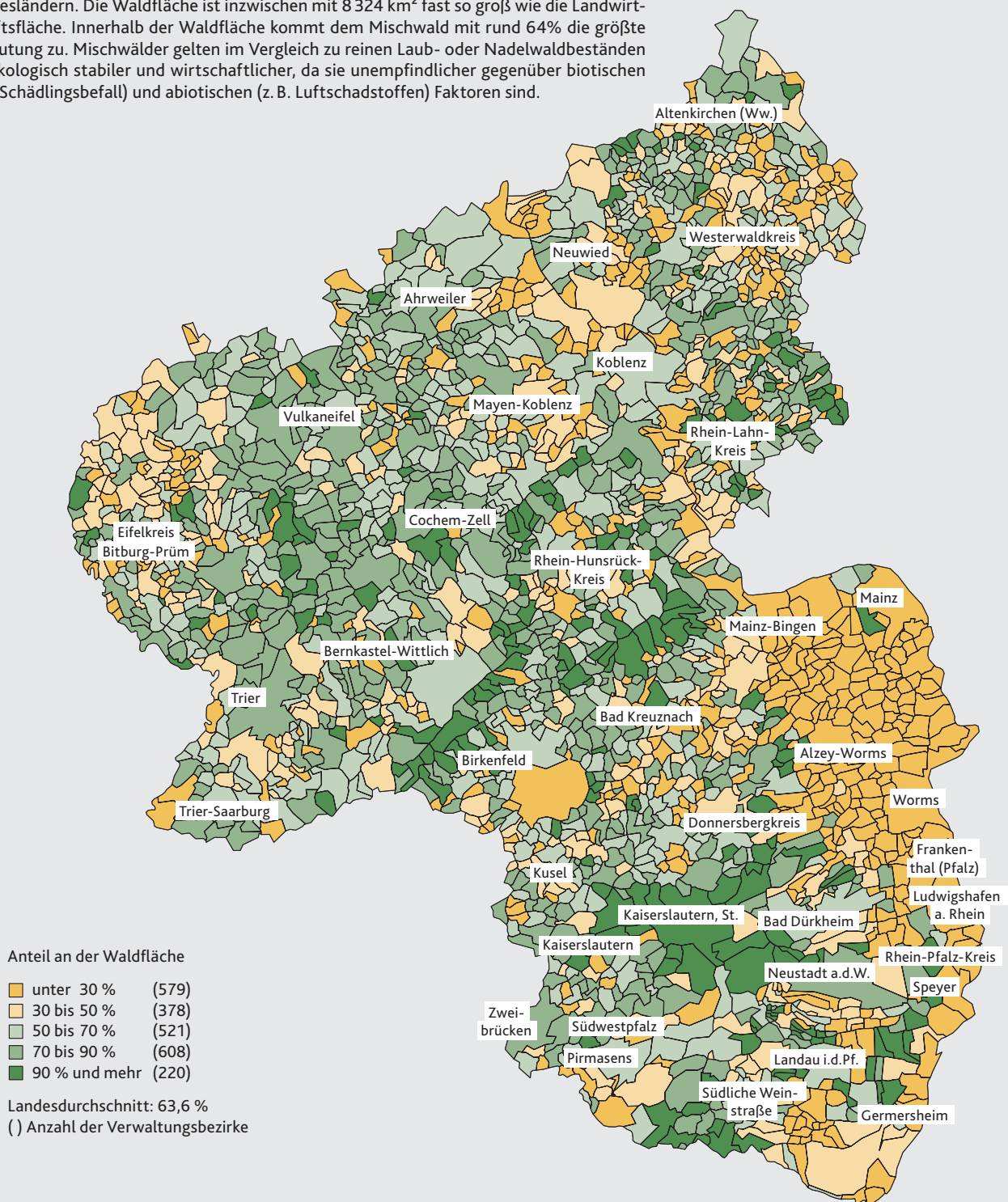
Tomaten: +33,6%

Mehl: -5,8%

Anteil des Mischwaldes an der Waldfläche insgesamt 2009 nach Verwaltungsbezirken

Rheinland-Pfalz mit höchstem Waldanteil aller Bundesländer

Rheinland-Pfalz hat mit knapp 42% der Landesfläche den höchsten Waldanteil unter den Bundesländern. Die Waldfläche ist inzwischen mit 8 324 km² fast so groß wie die Landwirtschaftsfläche. Innerhalb der Waldfläche kommt dem Mischwald mit rund 64% die größte Bedeutung zu. Mischwälder gelten im Vergleich zu reinen Laub- oder Nadelwaldbeständen als ökologisch stabiler und wirtschaftlicher, da sie unempfindlicher gegenüber biotischen (z. B. Schädlingsbefall) und abiotischen (z. B. Luftschadstoffen) Faktoren sind.



Rheinland-Pfalz regional: Neustadt an der Weinstraße

Von Simone Emmerichs und Romy Feldmann

Vom 11. bis 13. Juni 2010 findet in Neustadt an der Weinstraße der 27. Rheinland-Pfalz-Tag statt. Aus diesem Anlass wird diese kreisfreie Stadt, die zum rheinland-pfälzischen Teil des Verbands Region Rhein-Neckar gehört, in der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ vorgestellt.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz wird von ihren strukturellen Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise jeweils einer regional-statistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Wiege der deutschen Demokratie

Lange
Siedlungs-
geschichte

In ihren heutigen Grenzen gibt es die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße seit der Verwaltungsreform von 1969/74. Das Stadtgebiet hat jedoch eine viel längere Siedlungsgeschichte. Archäologische Funde deuten auf eine Besiedelung durch die Kelten ab etwa 150 vor Christus hin. Nachdem das Gebiet etwa ab 20 nach Christus Teil des Römischen Reiches war, wurde es um 400 von den Alemannen, und etwa ab 500 von den Franken besiedelt. Urkundlich erwähnt wurden erste Dörfer, die zum heutigen Stadtgebiet gehören, bereits 774. Nur wenige Jahrzehnte nach der Gründung erhielt der damals Nova Civitas genannte Ort im Jahr 1275 Stadtrechte. Im Jahr 1832 wurde auf dem heutigen Gebiet von Neustadt an der Weinstraße deutsche Geschichte geschrieben. Auf dem Schlossberg des damals noch

selbstständigen Dorfes Hambach demonstrierten 30 000 Menschen für Demokratie und staatliche Einheit. Das sogenannte Hambacher Fest gilt als die Geburtsstunde der deutschen Demokratie. Heute gehört Neustadt an der Weinstraße zum rheinland-pfälzischen Teil des Verbands Region Rhein-Neckar im Süden von Rheinland-Pfalz.

1832
Hambacher
Fest

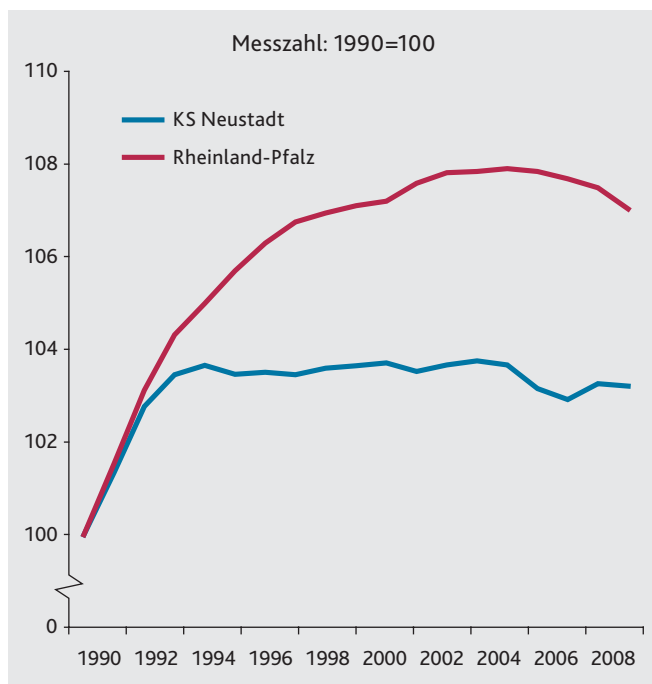
Unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum

In Neustadt an der Weinstraße lebten Ende 2008 rund 53 660 Menschen auf einer Fläche von 117 km². Damit gehört Neustadt zu den größeren Städten in Rheinland-Pfalz (Rang sieben).

Die Bevölkerungszahl nahm in den vergangenen Jahren nur unterdurchschnittlich zu. Zwar konnte die Stadt zu Beginn der 1990er-Jahre ähnlich hohe Zuwachsraten

G 1

Bevölkerung 1990–2008



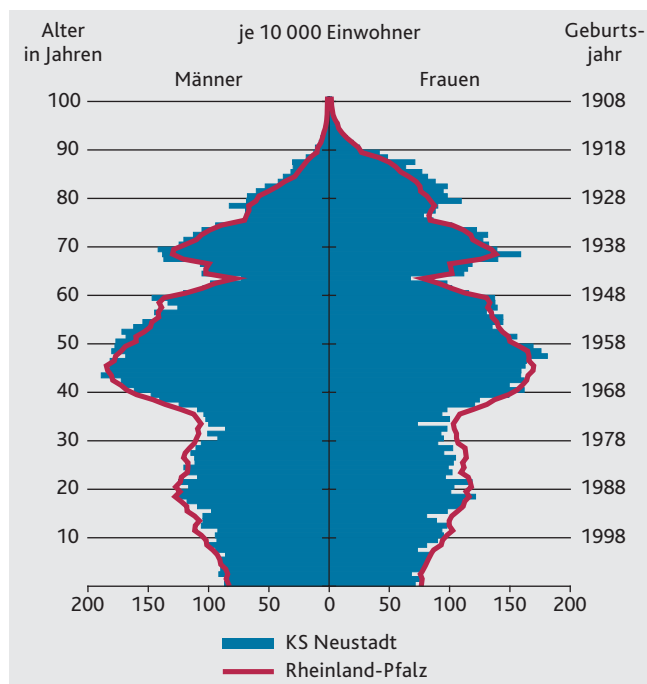
Bevölkerungs-
zahl seit Mitte
der 1990er-
Jahre konstant

verzeichnen wie das Land; ab Mitte der 1990er-Jahre blieb die Bevölkerungszahl in der Stadt aber in etwa konstant, während Rheinland-Pfalz insgesamt eine Zunahme verzeichnen konnte. Den vorläufigen Höchststand der Bevölkerungszahl erreichte Neustadt im Jahr 2003 mit 53 940 Einwohner. Seitdem ist die Bevölkerungszahl der Stadt tendenziell rückläufig, weil die Wanderungsüberschüsse nicht mehr ausreichen, um die Geburtendefizite auszugleichen.

Wanderungs-
überschuss

Im Jahr 2008 zogen mehr Menschen nach Neustadt an der Weinstraße (4 701) als aus der Stadt abwanderten (4 520). Bezogen auf 1 000 Einwohner belief sich die Nettozuwanderung nach Neustadt auf 3,4 Personen (Rheinland-Pfalz: –1,7). Im Vergleich zu den anderen großen Städten in Rheinland-Pfalz weist die Zuwanderung nach Neustadt mit 30% nur einen relativ geringen Anteil jüngerer Erwachsener zwischen 18 und 30 Jahren auf. In den kreisfreien Städten

G 2

Aufbau der Bevölkerung 2008
nach Alter und Geschlecht


zusammen liegt dieser Anteil bei 47%. Verantwortlich dafür sind die zahlreichen Bildungseinrichtungen in den Universitätsstädten Kaiserslautern, Koblenz, Mainz und Trier, die vor allem junge Erwachsene anziehen. Neustadt verfügt über keine solcher Bildungseinrichtungen.

Im Jahr 2008 erblickten in Neustadt 413 Kinder das Licht der Welt. Um einen Vergleich mit den anderen Regionen in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, wird die Zahl der Geborenen auf 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren bezogen. Hierbei liegt Neustadt im Vergleich der 36 Verwaltungsbezirke mit 1 461 Kindern auf Platz neun (Rheinland-Pfalz: 1 376 Kinder). Da jedoch der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter an allen Frauen mit 34% zu den niedrigsten im Land zählt, ergibt sich mit 7,7 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner nur eine unterdurchschnittliche allgemeine Geburtenziffer (Rheinland-Pfalz: 8).

Neunthöchste
Geburtenrate
im Land

Die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße

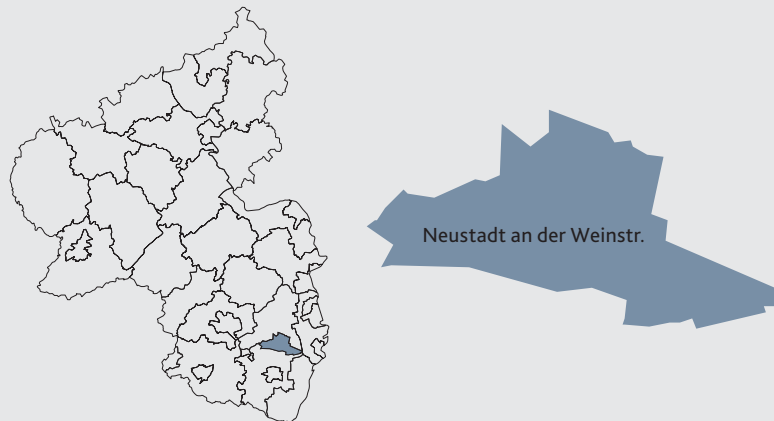
Verwaltungsstruktur und Bevölkerung



Die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße ist ein voll ausgebautes Mittelzentrum in der Metropolregion Rhein-Neckar. Bekanntheit erlangte Neustadt durch das im Stadtgebiet gelegene Hambacher Schloss, das 1832 Schauplatz des Hambacher Festes war, der ersten Volksversammlung der neueren deutschen Geschichte.

Die Stadt ist Sitz der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz sowie zahlreicher weiterer Behörden. Auch die vielen in Neustadt tätigen Verbände prägen den Charakter der Stadt als Dienstleistungszentrum.

Neustadt an der Weinstraße setzt sich zusammen aus der Kernstadt und den umliegenden neun Weindörfern und zählt damit zu den drei flächen größten Städten des Landes. In Neustadt leben etwa 53 660 Menschen auf einer Fläche von 117 km². Daraus ergibt sich mit 458 Einwohnern je km² die niedrigste Bevölkerungsdichte der kreisfreien Städte (Durchschnitt der kreisfreien Städte: 959 km²). Landesweit beträgt die Bevölkerungsdichte 203 Einwohner je km².



Geografische Lage und Flächennutzung

Die Stadt Neustadt liegt im Dreiländereck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Im Norden grenzt Neustadt an den Landkreis Bad Dürkheim, im Süden an den Kreis Südliche Weinstraße. Das Gebiet von Neustadt reicht von der Pfälzischen Rheinebene im Osten bis weit in den Pfälzerwald im Westen, wodurch sich der überdurchschnittlich hohe Waldanteil an der Gesamtfläche der Stadt erklärt. Mit 2 000 ha Rebfläche ist Neustadt die zweitgrößte Weinbaubetreibende Gemeinde Deutschlands und zugleich geografischer Mittelpunkt der Deutschen Weinstraße. Jährlich findet hier das Deutsche Weinlesefest mit der Wahl der Deutschen Weinkönigin statt.

Die Bodenfläche von 117 km² ist zu 44% bewaldet, 36% werden landwirtschaftlich genutzt und 20% dienen als Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Die Infrastruktur der Stadt ist aufgrund ihrer günstigen Lage gut ausgebaut. Dank des Direktanschlusses an die A61 und A65 besitzt Neustadt eine sehr gute Verkehrsanbindung. Zum Frankfurter Flughafen benötigt man mit dem Auto rund 70 Minuten, den Flughafen Frankfurt-Hahn erreicht man in etwa 80 Minuten. An das nationale Schienennetz ist Neustadt über die Strecke Saarbrücken-Kaiserslautern-Ludwigshafen-Mannheim angebunden.

Die allgemeine Sterbeziffer (Zahl der Gestorbenen je 1000 Einwohner) belief sich auf 11,5 (Rheinland-Pfalz: 10,6). Zusammen mit der allgemeinen Geburtenziffer führte die natürliche Bevölkerungsbewegung damit zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl.

Die demografische Alterung ist in Neustadt an der Weinstraße bereits weiter fortgeschritten als im Land. Das zeigt schon ein Blick auf die aktuellen Bevölkerungspyramiden: Bezogen auf 10 000 Einwohner sind die Jahrgänge über 50 Jahre in Neustadt fast durchgängig stärker besetzt als im Landesdurchschnitt; dagegen sind die unter 50-jährigen unterrepräsentiert.

Niedriger
Jugend-
quotient

Der Jugendquotient setzt die unter 20-jährigen ins Verhältnis zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Er gilt als Anhaltspunkt für die Aufwendungen der Gesellschaft für Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen. Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kamen 2008 in Neustadt an der Weinstraße 32 jüngere Menschen unter 20 Jahren (kreisfreie Städte: 29; Rheinland-Pfalz: 33).

Zweithöchster
Altenquotient
unter den
kreisfreien
Städten

Der Altenquotient setzt die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Er dient als Kennzahl zur Beschreibung von Aufwendungen für Transfers und Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen, die im Wesentlichen durch die erwerbsfähige Bevölkerung finanziert werden müssen. Im Jahr 2008 wurden in Neustadt auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 40 ältere Menschen über 65 Jahre gezählt. Das ist der zweithöchste Wert aller kreisfreien Städte (33) und der vierthöchste Wert im gesamten Rheinland-Pfalz (34).

1) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Bad Ems 2007.

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes¹⁾ könnte die Bevölkerungszahl von Neustadt bis 2050 um 19% sinken (Rheinland-Pfalz: –15%). Während die Zahl der jungen Menschen unter 20 Jahren um etwa 32% sinken wird, liegt der Rückgang im Land bei 34%. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter könnte sich mit –31% deutlich stärker verringern als in Rheinland-Pfalz (–26%). Die Zahl der älteren Menschen über 65 Jahre wird in Neustadt dagegen schwächer steigen (+23%) als in Rheinland-Pfalz (+38%). Im Jahr 2050 werden auf 100 Menschen zwischen 20 und 65 Jahren 71 ältere Menschen über 65 Jahren kommen. Damit wird sich der Altenquotient in Neustadt an der Weinstraße fast verdoppeln und auch im Jahr 2050 noch den vierthöchsten Wert aufweisen.

Bevölkerungs-
rückgang
schwächer als
im Land

Wirtschaftskraft unter dem Landesdurchschnitt

In Neustadt wurde im Jahr 2007 ein nominales Bruttoinlandsprodukt von 1,26 Mrd. Euro erwirtschaftet. Das waren 1,2% des gesamten rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts. Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter), die innerhalb eines Jahres in einer Region erstellt worden sind. Es ist somit ein wichtiger Gradmesser für die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region.

Im Vergleich zu 2006 stieg das nominale Bruttoinlandsprodukt in Neustadt um 1,7%. Damit lag der Zuwachs deutlich unter dem rheinland-pfälzischen Wert von 4,3%. Auch im langfristigen Vergleich liegt das Wirtschaftswachstum erheblich unter dem Landesdurchschnitt: Gegenüber 1997 erhöhte

Unterdurchschnittliches
Wirtschafts-
wachstum

T 1

Ausgewählte Kennzahlen für die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße
im Städte- und Landesvergleich

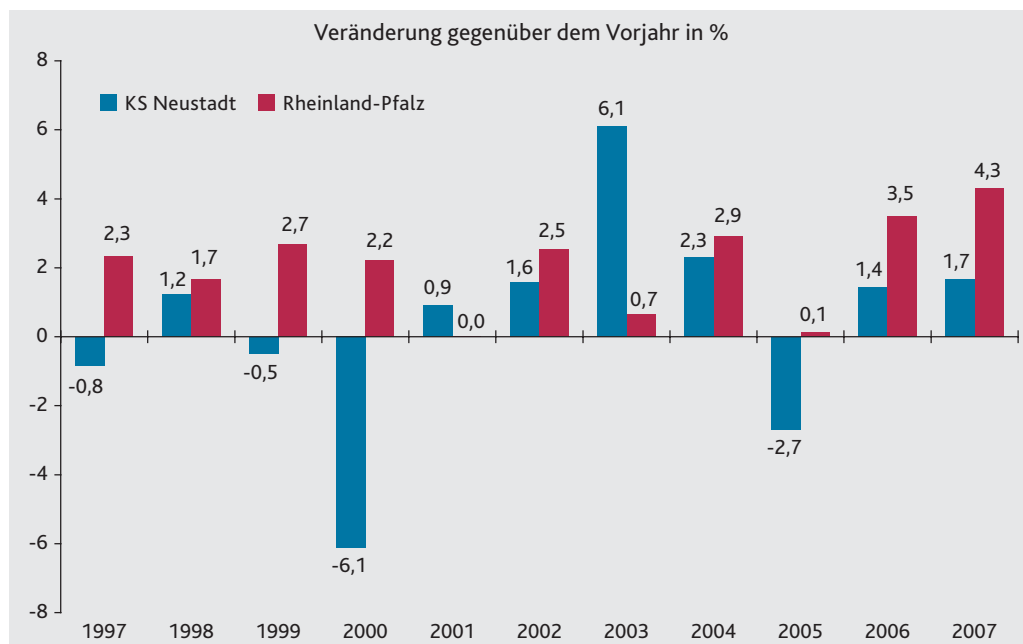
Merkmal	Jahr	Einheit	KS Neustadt	Kreisfreie Städte zusammen	Rheinland-Pfalz
Bevölkerung	2008	Anzahl	53 658	1 020 926	4 028 351
Veränderung	2000–2008	%	-0,5	1,5	-0,2
	2006–2050	%	-18,7	-14,9	-14,9
Bevölkerungsdichte ¹⁾	2008	Einwohner je km ²	458	959	203
Anteil an der Gesamtbevölkerung					
unter 20-Jährige	2008	%	18,8	18,0	19,8
20- bis 65-Jährige	2008	%	58,2	61,8	59,7
65-Jährige und Ältere	2008	%	23,0	20,1	20,5
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2008	je 100 Personen	32,3	29,2	33,1
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2008	je 100 Personen	39,5	32,6	34,3
Natürlicher Saldo	2008	Anzahl	-206	-1 895	-10 709
Wanderungssaldo	2008	Anzahl	181	-228	-6 645
Verfügbares Einkommen	2007	EUR je Einwohner	19 146	17 126	17 855
SGB-II-Quote ²⁾	November 2009	je 100 unter 65-Jährige	9,0	x	7,6
Bruttoinlandsprodukt	2007	Mill. EUR	1 264	41 668	104 579
Veränderung	2006–2007	%	1,7	3,9	4,3
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	2007	EUR	48 663	60 527	57 066
Erwerbstätige am Arbeitsort	2007	1 000	26,0	688,4	1 832,6
Arbeitsplatzdichte ³⁾	2007	je 1 000 Einwohner	484	674	453
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2009	Anzahl	15 518	483 541	1 201 046
Arbeitslosenquote ⁴⁾	April 2010	%	7,1	x	6,0
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	April 2010	%	5,6	x	5,6
Gründungsintensität	2004–2007	je 10 000 Erwerbsfähige	85	58	50
Patentdichte	2003–2005	je 100 000 Einwohner	77	62	45
Beschäftigte mit Hochschulabschluss	2009	Anteil in %	6,2	11,2	7,8
Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen	2009	Anteil in %	6,8	19,1	14,8
Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen	2009	Anteil in %	45,1	43,7	36,5

1) Gebietsstand 31. 12. 2008. – 2) Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II im Oktober 2009 bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren zum 31. 12. 2008 – 3) Je 1 000 Einwohner der Durchschnittsbevölkerung.

4) Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

G 3

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1997–2007



sich das Inlandsprodukt in Neustadt lediglich um 5,6%, während es in Rheinland-Pfalz um 22,6% zulegte.

Dienstleistungsanteil im Land. Durchschnittlich liegt der Anteil des tertiären Sektors in Rheinland-Pfalz bei knapp 66%.

Arbeitsproduktivität deutlich unter Landesdurchschnitt

Wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen, die es erwirtschaftet haben, ergibt sich ein Maß für die Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2007 erbrachte jeder in Neustadt arbeitende Erwerbstätige ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 48 660 Euro. Dies entspricht 85,3% der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität in Rheinland-Pfalz (57 070 Euro). Zehn Jahre zuvor hatte Neustadt noch knapp 93% der landesdurchschnittlichen Produktivität erreicht.

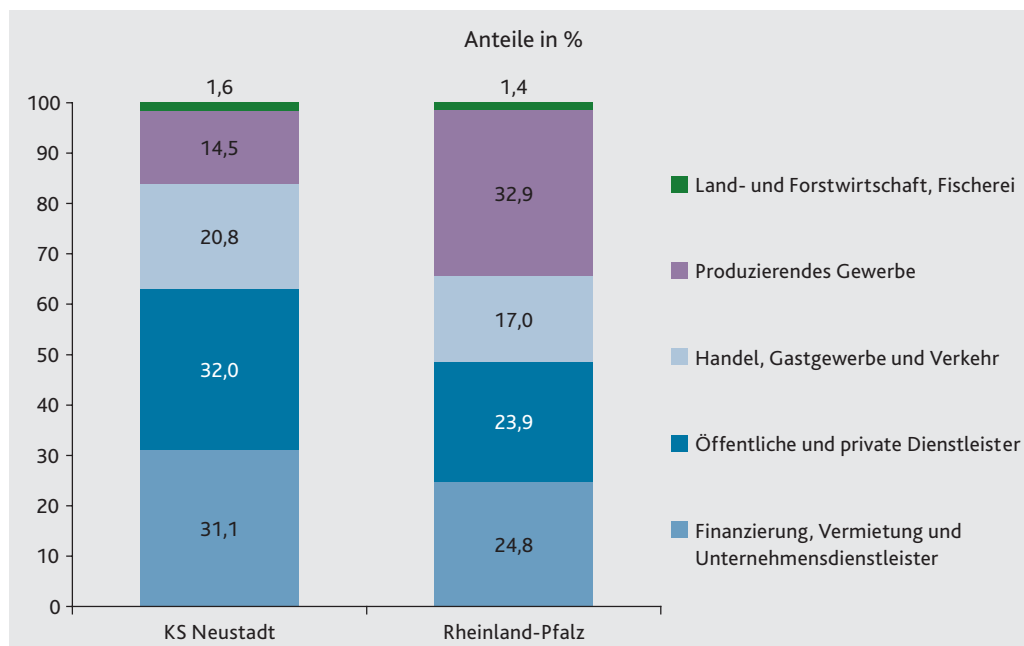
Sehr hoher Anteil der Dienstleistungen

Die unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität liegt auch in der Wirtschaftsstruktur der Stadt begründet, die deutlich von der des Landes abweicht: In Neustadt werden fast 84% der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen erwirtschaftet und nur 14,5% im produzierenden Gewerbe. Das ist nach Mainz (84,1%) der zweithöchste

Die Arbeitsproduktivität in den Dienstleistungsbereichen ist niedriger als im produzierenden Gewerbe, da dort die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze höher ist. Zudem ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen deutlich höher als im produzierenden Gewerbe, wodurch die Arbeitsproduktivität – als Quotient aus Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigen – tendenziell niedriger ausfällt. Um den Umfang der erbrachten Arbeit zu berücksichtigen, wird als Maßstab für die Produktivität die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde berechnet. Auch bei diesem Indikator liegt Neustadt mit 34,84 Euro deutlich unter dem Landesdurchschnitt (40,77 Euro) und belegt damit den letzten Platz unter den kreisfreien Städten. Niedriger ist der Wert nur in den Landkreisen Cochem-Zell und Vulkaneifel.

G 4

Bruttowertschöpfung 2007 nach Wirtschaftsbereichen



Wirtschaftsstruktur von Dienstleistungen bestimmt

Der Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ hatte im Jahr 2007 in Neustadt den höchsten Anteil an der Wirtschaftsleistung. Mit 32% lag der Wertschöpfungsanteil auch deutlich höher als im Landesdurchschnitt (knapp 24%). Zu diesem Bereich gehört neben der öffentlichen Verwaltung auch das Erziehungs- und Unterrichtswesen, das Gesundheitswesen, die persönlichen Dienstleister sowie die häuslichen Dienste. Auf die öffentliche Verwaltung entfiel in Neustadt ein überdurchschnittlich hoher Anteil: Die Stadt ist Sitz der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd sowie des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz. Außerdem ist in Neustadt die Bundesfinanzdirektion Südwest und das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Rheinpfalz ansässig. Seit 1997 hat sich die Wertschöpfung dieses Bereichs deutlich gesteigert (+14%), im Landesdurchschnitt lag der Anstieg nur geringfügig höher (+15%).

Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ trug 31% zur Wertschöpfung bei (Rheinland-Pfalz: 25%). Zu diesem Bereich gehören das Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich der Wohnungsvermietung und Dienstleister für Unternehmen. Hier war seit 1997 mit einem Plus von 20% die stärkste Zunahme zu verbuchen; in Rheinland-Pfalz wurde mit +37% jedoch eine noch höhere Steigerung erreicht.

Auf den Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ entfielen im Jahr 2007 rund 21% der Wertschöpfung (Rheinland-Pfalz: 17%). Zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei gut 26%, seitdem ist die Wirtschaftsleistung dieses Bereichs in Neustadt jedoch erheblich gesunken (–18%), während sie im Land insgesamt gestiegen ist (+17%). Durch diese gegenläufige Entwicklung in „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ ergibt sich für die Dienstleistungsbereiche insgesamt

nur ein Anstieg um +6,1% gegenüber 1997. In Rheinland-Pfalz insgesamt hat sich die Wertschöpfung der Dienstleistungsbereiche dagegen wesentlich stärker erhöht (+23%).

Produzierendes
Gewerbe hat
nur geringes
Gewicht

Lediglich 14,5% der Wertschöpfung werden in Neustadt im produzierenden Gewerbe erwirtschaftet; im Landesdurchschnitt liegt dieser Wert mehr als doppelt so hoch (33%). Zwischen 1997 und 2007 ist die Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe in Neustadt zudem etwas gesunken (–1%), während sie im Landesdurchschnitt deutlich gestiegen ist (+19%). Vor allem im verarbeitenden Gewerbe weicht die Entwicklung deutlich vom Land ab: In Neustadt sank die Wertschöpfung um 3,2%, während im Landesdurchschnitt ein Wachstum von knapp +23% festzustellen war.

Trotz seines relativ geringen Anteils von 1,6% hat der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ durch den Weinbau eine große Bedeutung für Neustadt. Unter den

kreisfreien Städten war nur in Neustadt und Worms ein Anteilswert von über 1% festzustellen. Der Städtedurchschnitt lag bei 0,3% (Rheinland-Pfalz: 1,4%). Neustadt ist mit 1994 Hektar Rebfläche nach Landau in der Pfalz die zweitgrößte Weinbaugemeinde Deutschlands.

Zweitgrößte
Weinbau-
gemeinde
Deutschlands

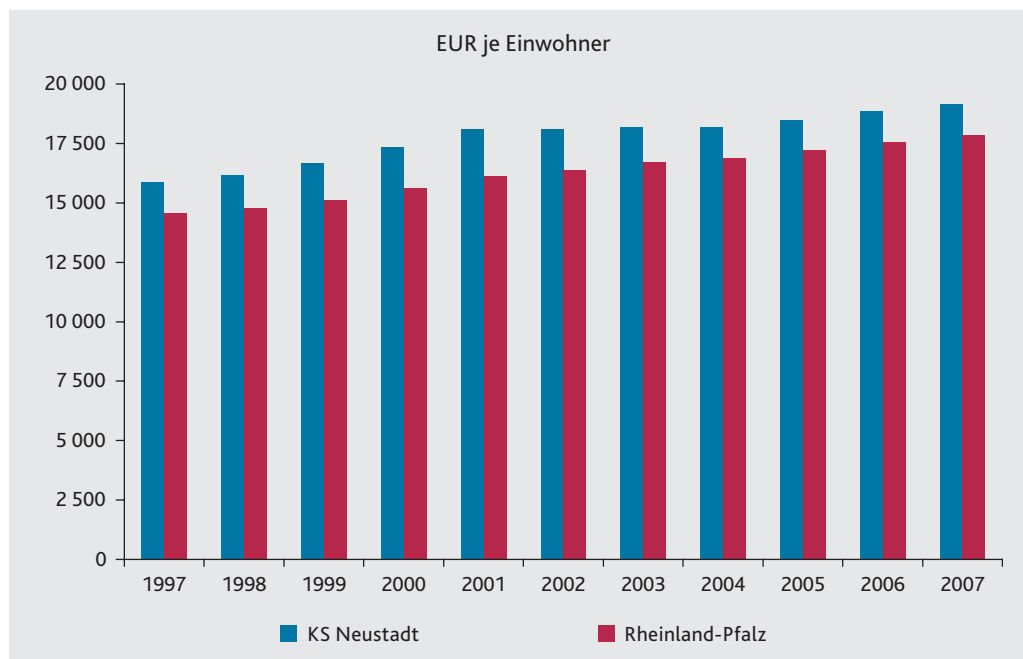
Pro-Kopf-Einkommen deutlich über dem Landesdurchschnitt

Die beschriebenen Kennzahlen zur Einkommensentstehung werden nach dem Inlands-konzept abgegrenzt, d. h. sie weisen nach, was in der Stadt erwirtschaftet worden ist. Die Wirtschaftsleistung, die von Auspendlern in anderen Kreisen erbracht wurde, ist also nicht berücksichtigt, die Leistung der Einpendler ist jedoch enthalten. Aufgrund der relativ hohen Auspendlerzahl kann die Einkommenssituation der Neustädter durch diese Kennzahlen alleine nur unzureichend abgebildet werden. Als Maß für den mone-

Indikator für
Wohlstand und
Kaufkraft

G 5

Verfügbares Einkommen 1997–2007



tären Wohlstand wird daher das verfügbare Einkommen (Inländerkonzept) herangezogen. Dieses umfasst sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in Neustadt lebenden Personen zuzüglich der empfangenen Übertragungen – wie Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld usw. – und abzüglich der geleisteten Übertragungen, wie insbesondere direkte Steuern und Sozialbeiträge. Es entspricht also dem Einkommen, das den privaten Haushalten in Neustadt letztlich zufließt und das sie für den Konsum oder die Vermögensbildung verwenden können. Damit spiegelt es die potenzielle Kaufkraft der Stadt wider.

Insgesamt standen den privaten Haushalten in Neustadt im Jahr 2007 rund 1,03 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit lag der Anteil am Land bei 1,4%. Im Zeitraum von 1997 bis 2007 ist das verfügbare Einkommen in der Stadt um +20% gestiegen; im Landesdurchschnitt lag der Zuwachs mit +24% etwas höher.

Höchster
Städte-
wert:
19 150 Euro
je Einwohner

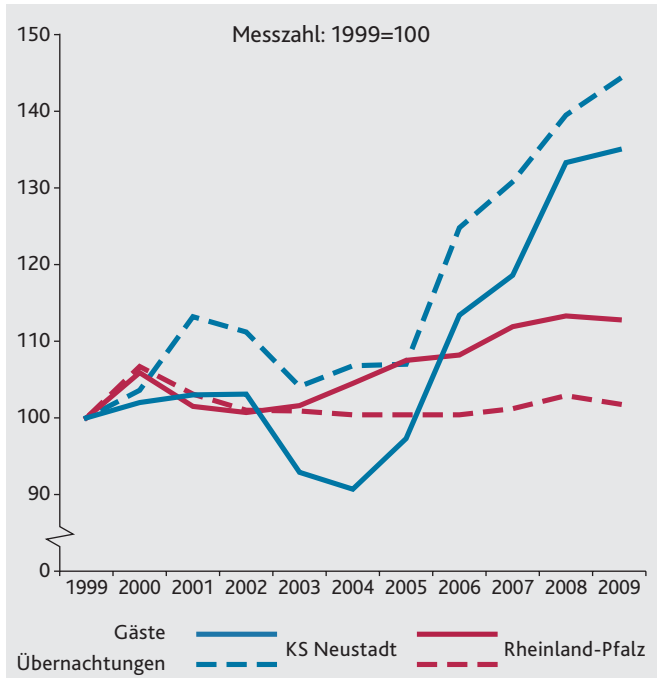
Bezogen auf die Zahl der Einwohner in Neustadt ergibt sich für das Jahr 2007 ein verfügbares Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 19 150 Euro. Damit erreichte Neustadt den höchsten Wert der kreisfreien Städte und lag auch deutlich über dem Landesdurchschnitt von 17 860 Euro. Das Neustädter Pro-Kopf-Einkommen wurde nur vom Landkreis Mainz-Bingen (21 120 Euro) und dem Rhein-Pfalz-Kreis (19 540 Euro) übertroffen.

Historische Bauwerke, Mandelblüte und Weinlese locken Besucher

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz. Auch Neustadt mit seiner historischen Altstadt ist ein beliebtes Reiseziel. Zu den bekanntesten Anziehungspunkten gehören die Stiftskirche

G 6

Gäste und Übernachtungen 1999–2009



aus dem 14. Jahrhundert, die ehemalige Universität Casimirianum und der Steinhäuser Hof. Außerhalb des Stadtgebietes finden sich weitere Sehenswürdigkeiten wie beispielsweise das Hambacher Schloss, die Wolfsburg, die Burg Winzingen sowie das Haardter Schloss. Die Mandelblüte im Frühjahr sowie das Deutsche Weinlesefest mit der Wahl der Weinkönigin ziehen ebenfalls viele Besucher nach Neustadt.

Im Jahr 2009 kamen 85 760 Gäste, das waren 1,3% mehr als im Vorjahr (Rheinland-Pfalz: –0,5%). Im Vergleich zu 1999 wurde mit +35% eine erhebliche Steigerung erzielt, die weit über dem Landesdurchschnitt lag (+13%).

Besucherzahlen
in den letzten
zehn Jahren
stark gestiegen

Auf 100 Einwohner in Neustadt kamen 2009 rund 160 Gäste. Damit lag die Gästeintensität jedoch deutlich unter dem Landesdurchschnitt (192 Gäste). In den letzten zehn Jahren hat Neustadt aber gegenüber

Höhere Gäste-
intensität

dem Land aufgeholt. Im Jahr 1999 lag der Wert mit 118 Gästen je 100 Einwohner noch deutlich stärker unter dem Landesdurchschnitt (170 Gäste).

Deutlicher Anstieg der Übernachtungszahlen

Die Übernachtungszahlen lagen im Jahr 2009 mit 203 060 um 3,3% über denen des Vorjahres (Rheinland-Pfalz: -1,1%). In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Übernachtungen mit +44% sehr stark gestiegen, während in Rheinland-Pfalz insgesamt nur ein leichter Anstieg (+1,8%) zu verzeichnen war.

Beliebtes Reiseziel für Kurzurlauber

Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste liegt in Neustadt mit 2,4 Tagen etwas unter dem Landesdurchschnitt von 2,8 Tagen. Im Vergleich zu 1999 ist die Verweildauer in Neustadt jedoch um 6,8% gestiegen, während sie im Landesdurchschnitt um 9,7% gesunken ist.

Hohe Patentdichte und viele Neugründungen machen Neustadt zukunftsfähig

Entwicklungspotenziale bestimmen die Zukunftsfähigkeit einer Region

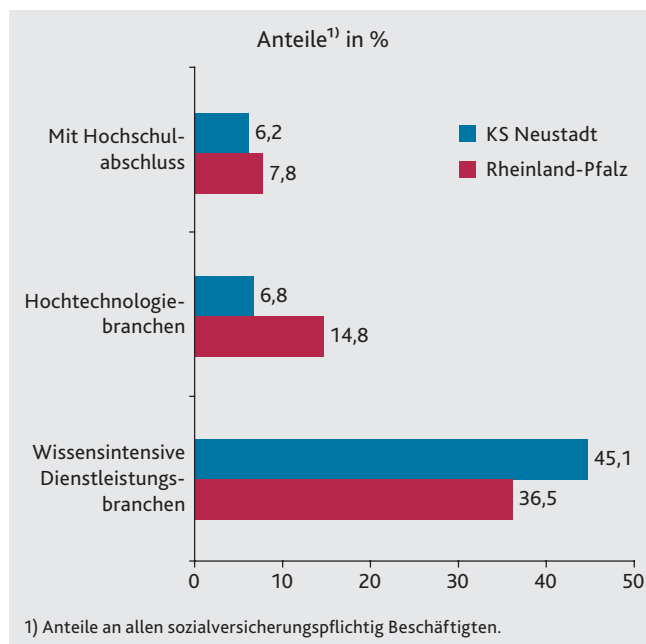
Wachstum und Strukturwandel werden vor allem von neuen Produkten und Produktionsverfahren angetrieben, die sich am Markt durchsetzen (Innovationen). Grundvoraussetzungen für die Innovations- und damit Zukunftsfähigkeit einer Region sind u. a. risikobereite Unternehmensgründer und hoch qualifizierte, motivierte Arbeitskräfte insbesondere in den zukunftsträchtigen Hochtechnologie- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen sowie eine rege Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (FuE) in den Unternehmensforschungsstätten.

Überdurchschnittlich hohe Patentdichte

In Neustadt wurden zwischen 2003 und 2005 durchschnittlich rund 41 Patente pro Jahr beim Deutschen Patent- und Markenamt oder beim Europäischen Patentamt angemeldet. Um interregionale Vergleiche zu ermöglichen, wird die Zahl der Patent-

G 7

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009 nach Qualifikation bzw. ausgewählten Branchengruppen



anmeldungen auf die Anzahl der Einwohner bezogen (Patentdichte). In Neustadt liegt die Patentdichte mit durchschnittlich 77 Patenten je 100 000 Einwohner im Zeitraum von 2003 bis 2005 deutlich über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (45) und auch über dem Wert der kreisfreien Städte (62).

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss, der als Kennzahl für das Potenzial an hoch qualifizierten Arbeitskräften gewertet werden kann, lag in Neustadt im Jahr 2009 bei 6,2%. Im Landesmittel hatten 7,8% der Beschäftigten einen Hochschulabschluss, im Durchschnitt der kreisfreien Städte lag der Anteil mit 11,2% nochmals deutlich höher.

Die Beschäftigung in Hochtechnologiebranchen – hierzu gehören beispielsweise die chemische Industrie, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Forschung und Entwicklung – spielt in Neustadt eine eher untergeord-

Hochtechnologiebranchen von relativ geringer Bedeutung

nete Rolle. Zum Bereich der Hochtechnologie gehören zu einem großen Teil Branchen des produzierenden Gewerbes, welches in Neustadt ein geringes Gewicht hat. Im Jahr 2009 arbeiteten 6,8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Hochtechnologiebranche. Das rheinland-pfälzische Mittel lag mit 15% deutlich höher. In den kreisfreien Städten waren sogar durchschnittlich 19% in Hochtechnologiebranchen tätig.

Schwerpunkt
bei den wissens-
intensiven
Dienstleistungen

Beim Anteil der Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen liegt Neustadt mit 45% dagegen deutlich über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (36,5%). Zu den wichtigsten Branchen in Neustadt gehören die öffentliche Verwaltung, das Gesundheits- und Sozialwesen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

Arbeitsmarkt

Leichter
Anstieg der
Arbeitsplatz-
zahlen

In Neustadt an der Weinstraße gab es im Jahr 2007 Arbeitsplätze für rund 26 000 Menschen. Das waren etwas mehr als 2006 (+0,5%). Im langfristigen Vergleich gegenüber 1997 stieg die Zahl um rund 760 bzw. 3%. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Land insgesamt um 9,7%. Ursächlich dafür ist die unterschiedliche Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen: In Rheinland-Pfalz war der Anstieg mit knapp 18% deutlich stärker als in Neustadt mit 5,2%.

Arbeitsplatz-
dichte deutlich
unter Städte-
durchschnitt

Die absolute Zahl der Erwerbstätigen ist als Indikator für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wenig aussagekräftig. Deshalb wird häufig die sogenannte Arbeitsplatzdichte betrachtet. Sie bezieht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Einwohnerzahl. Im Jahr 2007 kamen in Neustadt

T 2

Einpendler nach und Auspendler aus der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße 2009

Herkunftsgebiet Zielgebiet	Einpendler ¹⁾		Auspendler ²⁾	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Insgesamt	8 579	100	10 088	100
darunter				
Rheinland-Pfalz	7 490	87,3	7 362	73,0
LK Bad Dürkheim	2 757	32,1	1 753	17,4
LK Südliche Weinstraße	1 708	19,9	889	8,8
Rhein-Pfalz-Kreis	659	7,7	486	4,8
KS Landau i. d. Pfalz	443	5,2	558	5,5
LK Germersheim	363	4,2	382	3,8
KS Ludwigshafen a. Rhein	250	2,9	2 003	19,9
Baden-Württemberg	443	5,2	1 864	18,5

1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Neustadt am 30. Juni 2009. – 2) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Neustadt am 30. Juni 2009.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

auf 1000 Einwohner 484 Erwerbstätige. Damit liegt die Stadt zwar etwas über dem Landesdurchschnitt (453), jedoch deutlich unter dem Mittel der kreisfreien Städte von 674 Erwerbstätigen je 1000 Einwohnern.

Im Jahr 2009 waren in Neustadt rund 15 520 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Stadt um 3,2% gestiegen, während sie im Landesdurchschnitt etwas gefallen ist (–0,2%). Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Neustadt allerdings etwas zurückgegangen (–1,2%), während sie im Land insgesamt gestiegen ist (+2,2%).

Anstieg der
Beschäftigten-
zahlen

Wie in anderen Regionen, so hat auch in Neustadt die geringfügige Beschäftigung in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Für 2009 weist die Bundesagentur für Arbeit Neustadt rund 5 230 geringfügig entlohnte Beschäftigte aus. Fast 69% von ihnen sind ausschließlich geringfügig beschäftigt.

Geringfügige
Beschäftigung
weiter aus-
geweitet

Starke Pendler- verflechtungen

Zwischen der Stadt Neustadt und den umliegenden Regionen in Rheinland-Pfalz sowie auch den angrenzenden Bundesländern gibt es enge Verflechtungen der Arbeitsmärkte über sogenannte Berufspendler. Berufsauspendler sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die in Neustadt wohnen, aber außerhalb der Stadt arbeiten. Berufseinpender dagegen arbeiten in Neustadt, wohnen aber außerhalb des Stadtgebiets.

Auspendler- überschuss in Höhe von rund 1500 Beschäftigten

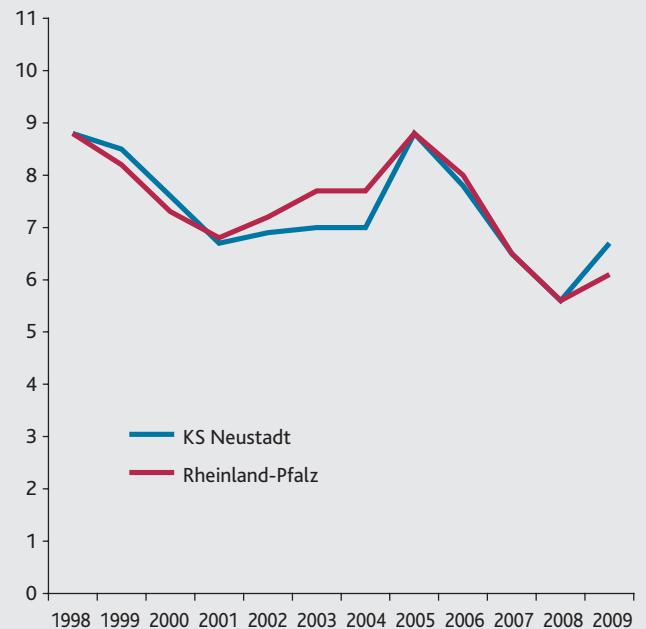
Im Jahr 2009 pendelten täglich knapp 10 100 Beschäftigte aus Neustadt aus und nur rund 8 600 in die Stadt ein. Daraus ergibt sich ein Auspendlerüberschuss von gut 1 500 Beschäftigten. Vergleiche mit anderen Regionen sind wegen der Größenunterschiede nur mit Hilfe von Kennzahlen möglich: Auf 100 Beschäftigte mit Wohnort in der Stadt kommen 59 Auspendler. Auf 100 Beschäftigte mit Arbeitsort in Neustadt kommen dagegen nur 55 Einpendler. Charakteristisch für die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz ist jedoch eher eine hohe Einpendlerquote (63) und eine relativ geringe Auspendlerquote (44). Von den kreisfreien Städten hat lediglich Frankenthal ebenfalls einen Auspendlerüberschuss; dieser ist jedoch deutlich geringer als in Neustadt.

Ein Fünftel der Neustädter arbeitet in Ludwigshafen

Der Großteil der Einpendler (87%) kommt aus Rheinland-Pfalz in die Stadt: fast ein Drittel (32%) aus dem angrenzenden Landkreis Bad Dürkheim, ein Fünftel (20%) aus dem Kreis Südliche Weinstraße. Rund 5% der Einpendler haben ihren Wohnort in Baden-Württemberg. Von den Auspendlern arbeiten knapp drei Viertel im restlichen Rheinland-Pfalz, gut ein Viertel fährt in die angrenzenden Bundesländer. Der stärkste Auspendlerstrom mit rund 20% führt in das nahe gelegene Ludwigshafen am Rhein und in den Landkreis Bad Dürkheim (17%).

G 8

Arbeitslosenquote¹⁾ 1998–2009



1) Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen an. Sie belief sich im Jahr 2009 in Neustadt auf 6,7%. Damit überstieg die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 wieder den rheinland-pfälzischen Wert (6,1%). Anfang des Jahres 2010 deutet sich eine weitere Verschlechterung an: Im April lag die Arbeitslosenquote in Neustadt bei 7,1%.

Arbeitslosen-
quote etwas
höher als im
Land

Die SGB-II-Quote bezieht die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) auf 100 Personen im Alter von unter 65 Jahren. In Neustadt sind 9 von 100 unter 65-Jährigen auf das Arbeitslosengeld II angewiesen; im Landesdurchschnitt sind es etwas weniger (7,6 Personen). Von 100 Kindern im Alter bis 15 Jahre sind etwa 14 hilfebedürftig; in Rheinland-Pfalz ist die Quote etwas höher (12,3).

Anteil der hilfe-
bedürftigen
Kinder relativ
gering

Fazit

Neustadt zählt zu den größeren Städten in Rheinland-Pfalz. Die Wirtschaftsstruktur ist von den Dienstleistungsbereichen geprägt, der Industrie kommt eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft ist für eine kreisfreie Stadt überdurchschnittlich hoch. Der Weinbau prägt in vielen Bereichen das Bild der Stadt und zieht auch Touristen an: Sowohl die Zahl der Gäste als auch die Übernachtungen sind in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich gestiegen.

Während für die übrigen kreisfreien Städte eine hohe Einpendlerquote charakteristisch ist, besteht in Neustadt ein Auspendler-

überschuss. Viele Einwohner arbeiten in den umliegenden Kreisen und Städten, haben aber Neustadt als Wohnort gewählt. Daraus resultiert für Neustadt das höchste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der kreisfreien Städte.

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH) ist Mitarbeiterin in diesem Referat.

Das Gründungsgeschehen 2009

Mehr Gewerbeanmeldungen als in den Vorjahren



Von Diane Dammers

Im Jahr 2009 wurden rund 42 200 Gewerbe angemeldet. Das waren 3,7% mehr als im Jahr zuvor. Damit wurde der seit mehreren Jahren andauernde Rückgang der Gründungstätigkeit unterbrochen.

Die Gewerbeanzeigenstatistik ermöglicht einen Überblick über die Gründungsaktivitäten in vielen Bereichen der Wirtschaft. Zu Beginn des Beitrags wird die Entwicklung der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen der Jahre 2000 bis 2009 untersucht. Darüber hinaus werden die rheinland-pfälzischen Neugründungen des Jahres 2009 nach Wirtschaftsbereichen und Regionen dargestellt. Schließlich werden die an den Neugründungen beteiligten Personen nach dem Geschlecht und der Staatsangehörigkeit differenziert.

Mehr Gewerbeanmeldungen als im Vorjahr

Auch deutschlandweit Zunahme der Gewerbeanmeldungen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2009 mehr Gewerbe angemeldet als im Vorjahr. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen stieg um 3,7% auf 42 208. Damit entsprach die rheinland-pfälzische Entwicklung genau dem Bundesdurchschnitt. Der in den Vorjahren zu beobachtende Rückgang der Gründungsaktivität wurde somit unterbrochen.

Rekordergebnis 2004 durch Zusammentreffen mehrerer Ereignisse begünstigt

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen erreichte 2004 sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit einen Höhepunkt. Dieses Rekordergebnis kann durch das Zusammentreffen mehrerer Ereignisse erklärt werden, so z. B.

durch die Einführung der sogenannten „Ich-AG“ zur staatlichen Förderung von Existenzgründungen Arbeitsloser und das Inkrafttreten der novellierten Handwerksordnung.¹⁾

Der anschließende Rückgang der Gewerbeanmeldungen hing zu Teilen wahrscheinlich mit der Reform der staatlichen Gründungsförderung im Jahr 2006 zusammen, die die Gewährung von Fördermitteln an strengere Kriterien knüpfte.²⁾ Gleichzeitig machte sich eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Es sahen sich weniger Menschen gezwungen, wegen des Arbeitsplatzmangels den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Umgekehrt ist die neuerdings zu beobachtende Zunahme der Gewerbeanmeldungen vermutlich zum Teil auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen, indem sich mehr Menschen angesichts drohender oder bereits eingetretener Arbeitslosigkeit selbstständig machten.

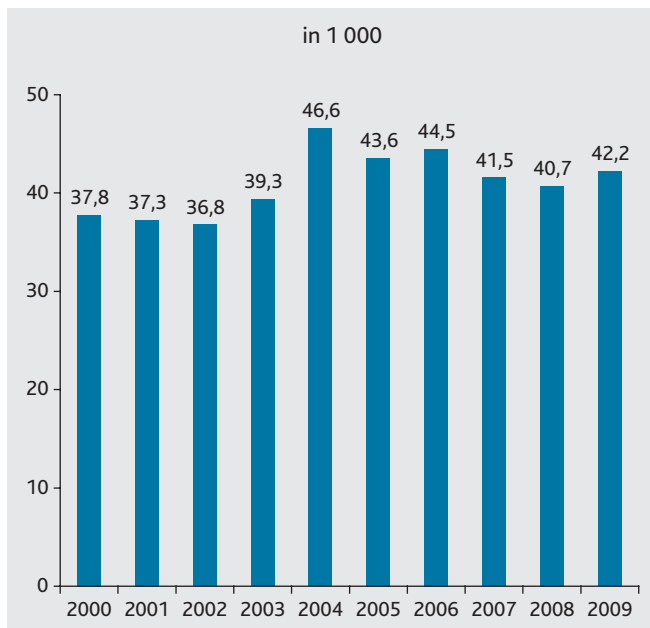
Gewerbeanmeldungen durch Reform der Gründungsförderung beeinflusst

1) Eine ausführlichere Beschreibung der Einflussfaktoren befindet sich im Beitrag der Autorin zum Gründungsgeschehen 2008 im Statistischen Monatsheft 6/2009.

2) Vgl. Oettel, Andreas/Wohlrab, Christiane: Untersuchungen zur Eignung der Gewerbemeldungstätigkeit als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung, in: Statistik in Sachsen 1/2009, S. 19.

G 1

Gewerbeanmeldungen 2000–2009



Boom im Bereich Energieversorgung: Zunahme der Gewerbeanmeldungen um über 40%

Einen erheblichen Anteil an der Zunahme der Gewerbeanmeldungen hatte die Sonderkonjunktur im Bereich der Energieversorgung. Während 2008 in dieser Branche 1670 Gewerbe angemeldet wurden, waren es im Jahr 2009 gut 2370. Damit erhöhte sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen um mehr als 40% im Vergleich zum Vorjahr. Der Anstieg von 2007 auf 2008 hatte bereits eine ähnliche Größenordnung erreicht. Zu erklären ist dieser Boom durch die wachsende Zahl von Fotovoltaikanlagen, für deren Betrieb in der Regel eine Gewerbeanmeldung erfolgt.

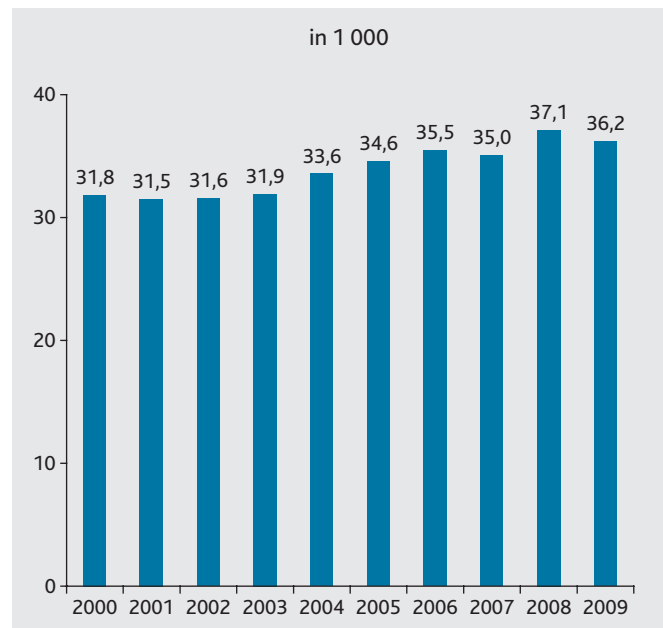
Zahl der Gewerbeanzeigen nicht nur konjunkturabhängig

Angesichts dieser vielfältigen Einflussfaktoren lässt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Zahl der Gewerbeanmeldungen und dem Konjunkturverlauf nicht erkennen. Gleiches gilt auch für die Entwicklung der Gewerbeabmeldungen.

3) Vgl. John, Birgit: Existenzgründungen nehmen zu. Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2005, S. 34.

G 2

Gewerbeabmeldungen 2000–2009



Zahl der Gewerbeabmeldungen 2009 rückläufig

Nachdem die Zahl der Gewerbeabmeldungen zuvor relativ konstant geblieben war, stieg die Zahl der Abmeldungen von 2003 bis 2008 deutlich. Nur im Jahr 2007 gab es einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung könnte unter anderem auf Veränderungen in der Verwaltungspraxis zurückzuführen sein. Seit Inkrafttreten der reformierten Gewerbeordnung am 1. Januar 2003 sind die Finanzbehörden verpflichtet, das zuständige Gewerbeamt zu informieren, wenn die Steuerpflicht eines Gewerbetreibenden endet. Meldet dieser das Gewerbe nicht beim Gewerbeamt ab, so kann die Gewerbeabmeldung nach einer angemessenen Wartezeit „von Amts wegen“ veranlasst werden.³⁾ Steigende Gewerbeabmeldungen bei verbesserter Arbeitsmarktsituation können auch darauf zurückzuführen sein, dass Personen angesichts attraktiver Arbeitsplatzangebote ihre selbstständige

2003 bis 2008 Zunahme der Gewerbeabmeldungen

2009 weniger
Gewerbeab-
meldungen als
im Vorjahr

Tätigkeit aufgeben und in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis wechseln. Das Ausbleiben dieser Anreize in der derzeitigen Konjunkturschwäche könnte ein möglicher Grund dafür sein, dass im Jahr 2009 weniger Gewerbe abgemeldet wurden als im Vorjahr. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ging um 2,5% auf 36 182 zurück (Deutschland: -0,5%).

Gut 80% der Gewerbeanmeldungen sind Neugründungen

Mehr als 80% der gesamten Gewerbeanmeldungen entfielen auf Neugründungen (siehe Textkasten). Knapp 18% davon waren Betriebe, bei denen aufgrund ihrer Eigenschaften eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet wird. Diese wirtschaftlich bedeutsamen Betriebsgründungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um 5,3% zu. Währenddessen stieg die Zahl der sonstigen Neugründungen nur um 3,7%.

Anlässe für
Gewerbe-
anmeldungen:
Umzüge,
Übernahmen,
Umwandlungen

Für 9% der Gewerbeanmeldungen waren Umzüge zwischen Gewerbebezirken verantwortlich. Knapp 7% der Gewerbeanmeldungen fanden aufgrund von Übernahmen durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Rechtsformwechsel oder Gesellschaftereintritt statt. Umwandlungen waren als Meldegrund von untergeordneter Bedeutung.

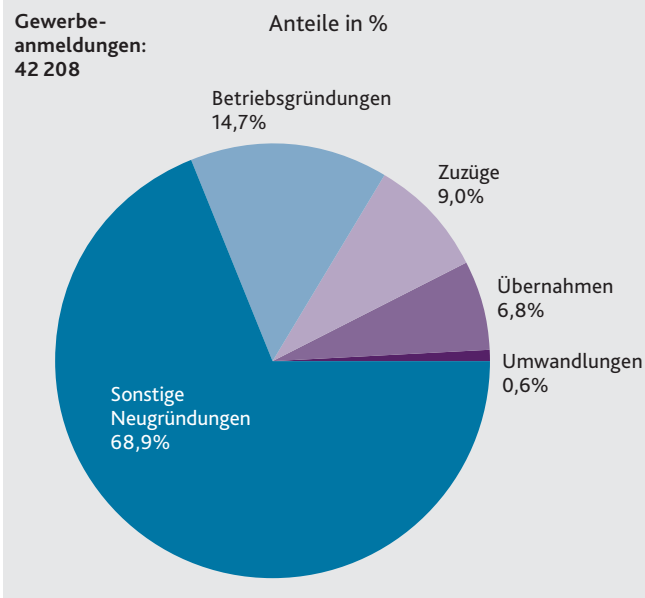
Zusammen-
setzung der
Gewerbeabmel-
dungen ähnelt
Gewerbe-
anmeldungen

Die Gewerbeabmeldungen setzten sich ähnlich zusammen wie die Gewerbeanmeldungen: 81% der Abmeldungen entfielen auf vollständige Aufgaben, knapp 11% auf Umzüge zwischen Gewerbebezirken, gut 7% auf Übergaben und 0,7% auf Umwandlungen.

Bei den Betriebsaufgaben mit größerer wirtschaftlicher Relevanz und den sonstigen Stilllegungen waren im Jahr 2009 gegen-

G 3

Art der Gewerbeanmeldungen 2009



läufige Tendenzen zu beobachten. Während die Betriebsaufgaben um 6,4% stiegen, gingen die sonstigen Stilllegungen um 4,7% zurück.

Einzelhandel für Gewerbeanmeldungen von hoher Bedeutung

Die folgenden Ausführungen beziehen sich nicht auf die gesamten Gewerbeanmeldungen, sondern auf Neugründungen und vollständige Aufgaben, weil diese wirtschaftspolitisch besonders interessant sind.

Knapp 24% aller Neugründungen fanden im Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ statt. Innerhalb dieses Bereichs dominierte der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel), auf den knapp zwei Drittel dieser Meldungen entfielen. An zweiter Stelle unter den Wirtschaftsabschnitten folgte die „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 11,7% aller

Im Handel die
meisten Neu-
gründungen

Info

Die Gewerbeanzeigenstatistik

Laut Gewerbeordnung besteht die Verpflichtung, die Aufnahme oder Beendigung einer selbstständigen gewerblichen Tätigkeit dem zuständigen Gewerbeamt zu melden. Auch Veränderungen bereits existierender Gewerbe, wie zum Beispiel Besitzwechsel, Änderungen der Rechtsform oder Standortverlegungen, sind den Gewerbeämtern mitzuteilen. Auf bundeseinheitlich gestalteten Formularen sind unter anderem die ausgeübte Tätigkeit, die Art des Betriebes, die Anzahl der Beschäftigten, der Grad der Selbstständigkeit und der Grund der Meldung anzugeben. Darüber hinaus werden Staatsangehörigkeit und Geschlecht der Gewerbetreibenden erfragt.

Die Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen dienen in erster Linie dazu, die Gewerbeämter über die in ihrem Bezirk vorhandenen Gewerbebetriebe zu informieren. Darüber hinaus übermitteln die Gewerbeämter die Gewerbeabmeldungen an andere Institutionen, wie zum Beispiel an die Industrie- und Handelskammern und an die Statistischen Landesämter. Die Statistischen Landesämter erstellen auf dieser Basis die Gewerbeanzeigenstatistik. Auf diese Weise kann die Gewerbeanzeigenstatistik einen Überblick über das Meldegesehen im Land bieten, ohne die Gewerbetreibenden durch Auskunftspflichten zusätzlich zu belasten.

Die Gewerbeanmeldungen umfassen:

- Neuerrichtungen
- Zuzüge aus anderen Gewerbebezirken
- Übernahmen durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Rechtsformwechsel oder Gesellschaftereintritt

Zu den Neuerrichtungen zählen die so genannten Umwandlungen, die die Verschmelzung oder Aufspaltung bereits bestehender Unternehmen und die Ausgliederung von Unternehmensteilen umfassen. Den Großteil der Neuerrichtungen machen die Neugründungen aus. Neugründungen sind dadurch gekennzeichnet, dass neue Kombinationen von Produktionsfaktoren am Markt auftreten, während die anderen Formen von Gewerbeanmeldungen lediglich bereits bestehende Kombinationen von Produktionsfaktoren betreffen. Aus diesem Grund sind die Neugründungen wirtschaftspolitisch besonders interessant.

Um ein differenzierteres Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung der Neugründungen zu erhalten, werden Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen unterschieden. Die Gewerbeanmeldung einer Einzelperson gilt dann als Betriebsgründung, wenn ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder wenn im Gewer-

betrieb mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Die Gründung einer Personen- oder Kapitalgesellschaft wird generell zu den Betriebsgründungen gezählt. Gleiches gilt für die Gründung von Zweigniederlassungen, da diese in der Regel von größeren Unternehmen gegründet werden. Zu den sonstigen Neugründungen zählen Kleinunternehmen ohne Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die im Haupt- oder Nebenerwerb betrieben werden.

Die Gewerbeabmeldungen umfassen:

- Aufgaben
- Fortzüge in andere Gewerbebezirke
- Übergaben durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt oder Aufspaltung

Die weitere Untergliederung der Aufgaben erfolgt analog zu den Neuerrichtungen. Zu den Aufgaben gehören Umwandlungen durch Verschmelzung von Unternehmen oder Ausgliederung von Unternehmensteilen und vollständige Aufgaben. Die vollständigen Aufgaben setzen sich zusammen aus Betriebsaufgaben und sonstigen Stilllegungen. Entscheidend für die Zuordnung zu den Betriebsaufgaben ist die wirtschaftliche Relevanz, die sich an den gleichen Kriterien orientiert wie bei den Betriebsgründungen. Eine sonstige Stilllegung ist die Aufgabe eines Kleinunternehmens, das weder Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte noch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hat. Bei der Untersuchung des Gründungsgeschehens anhand der Gewerbeanzeigenstatistik sind einige Besonderheiten zu beachten. Einige Wirtschaftsbereiche unterliegen nicht der Gewerbeordnung, wie zum Beispiel die Freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte etc.). Das Gründungsgeschehen in diesen Bereichen kann von der Gewerbeanzeigenstatistik nicht erfasst werden.

Auffällig ist, dass die Zahl der Gewerbeabmeldungen in der Regel niedriger als die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Gewerbetreibenden die zuständigen Gewerbeämter nicht immer pflichtgemäß über die Aufgabe der Geschäftstätigkeit informieren. Umgekehrt führt nicht jedes neu angemeldete Gewerbe zu einer dauerhaften wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Gewerbeanzeigenstatistik erfasst nur die Gründungsabsicht des Gewerbetreibenden zum Zeitpunkt der Anmeldung. Daher ist es nicht sinnvoll, die Zahl der Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen zu saldieren und daraus Aussagen über die Wirtschaftsentwicklung abzuleiten.

T 1

Gewerbeanmeldungen 2009 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt	Gewerbeanmeldungen						Zuzüge	Über- nahmen
	Insge- samt	Neuerichtungen						
		zu- sammen	davon					
			Betriebs- grün- dungen	sonstige Neugrün- dungen	Umwand- lungen			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	322	269	24	245	-	34	19	
Bergbau, Gewinnung von Steinen u. Erden	6	2	2	-	-	3	1	
Verarbeitendes Gewerbe	1 528	1 204	404	784	16	168	156	
Energieversorgung	2 372	2 291	156	2 129	6	60	21	
Wasser-, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	72	50	16	29	5	9	13	
Baugewerbe	4 299	3 617	650	2 961	6	470	212	
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	10 081	8 455	1 815	6 510	130	816	810	
Verkehr und Lagerei	1 203	1 009	209	793	7	126	68	
Gastgewerbe	3 293	2 326	603	1 717	6	39	928	
Information und Kommunikation	1 559	1 249	175	1 068	6	235	75	
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 774	1 428	227	1 141	60	285	61	
Grundstücks- und Wohnungswesen	792	633	220	413	-	125	34	
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	4 388	3 807	647	3 145	15	501	80	
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	4 703	4 137	469	3 658	10	449	117	
Erziehung und Unterricht	588	490	80	410	-	65	33	
Gesundheits- und Sozialwesen	644	581	82	496	3	46	17	
Kunst, Unterhaltung und Erholung	822	687	131	554	2	74	61	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, sonstige Dienstleistungen	3 762	3 332	289	3 041	2	284	146	
Insgesamt	42 208	35 567	6 199	29 094	274	3 789	2 852	

Neugründungen. Darin sind unter anderem die Vermietung von beweglichen Sachen, die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros und Reiseveranstalter sowie die Gebäudebetreuung enthalten. Mit einem Anteil von 10,7% stand der Bereich der „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ an dritter Stelle. Hierzu zählen beispielsweise Unternehmensberatung, Werbung und Marktforschung.

Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz haben in den Bran-

chen einen unterschiedlich hohen Stellenwert. Besonders hoch war der Anteil der Betriebsgründungen an den Neugründungen im Bereich „Wasser-, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ mit 35,6%, gefolgt vom Grundstücks- und Wohnungswesen (34,8%) und dem verarbeitenden Gewerbe (34,0%). Am niedrigsten fiel der Anteil mit 6,8% im Bereich der Energieversorgung aus, was durch den erwähnten Boom der Fotovoltaikanlagen bedingt ist, die den sonstigen Neugründungen zugerechnet werden. Unter-

Stellenwert von Betriebsgründungen in Wirtschaftsabschnitten unterschiedlich

T 2

Gewerbeabmeldungen 2009 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt	Gewerbeabmeldungen						Über- gaben
	Insge- samt	Aufgaben				Fortzüge	
		zu- sammen	davon				
			Betriebs- aufgaben	sonstige Still- legungen	Umwand- lungen		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	246	200	18	182	-	21	25
Bergbau, Gewinnung von Steinen u. Erden	7	5	3	1	1	-	2
Verarbeitendes Gewerbe	1 340	1 042	355	668	19	162	136
Energieversorgung	144	96	19	75	2	28	20
Wasser-, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	80	56	22	31	3	9	15
Baugewerbe	3 721	3 092	641	2 441	10	406	223
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	10 436	8 693	1 932	6 610	151	895	848
Verkehr und Lagerei	1 331	1 163	304	849	10	107	61
Gastgewerbe	3 309	2 583	694	1 885	4	53	673
Information und Kommunikation	1 337	1 019	147	863	9	242	76
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 790	1 429	182	1 236	11	316	45
Grundstücks- und Wohnungswesen	678	513	189	321	3	129	36
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	3 196	2 605	418	2 167	20	494	97
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	4 045	3 460	458	2 993	9	448	137
Erziehung und Unterricht	448	359	52	307	-	55	34
Gesundheits- und Sozialwesen	485	413	41	368	4	58	14
Kunst, Unterhaltung und Erholung	617	481	118	360	3	74	62
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, sonstige Dienstleistungen	2 972	2 523	282	2 237	4	304	145
Insgesamt	36 182	29 732	5 875	23 594	263	3 801	2 649

durchschnittliche Anteile wiesen auch der Wirtschaftsabschnitt „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ (8,9%) und die meisten Dienstleistungsbereiche auf.

Die unterschiedliche Bedeutung von Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz in den Wirtschaftsbereichen ist unter anderem durch Charakteristika des Produktionsprozesses zu erklären. Für die Gründung eines Dienstleistungsunternehmens muss häufig weniger Kapital eingesetzt werden als z. B. im verarbeitenden Gewerbe. Dies erleichtert die Gründung

eines Kleinunternehmens im Dienstleistungsbereich.

Bei den vollständigen Aufgaben (Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen) lag wie bei den Neugründungen der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit einem Anteil von 29% vorn. Es folgte mit 11,7% der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftliche Dienstleistungen“. An dritter Stelle lag das Baugewerbe mit 10,5% der vollständigen Aufgaben.

Handel auch bei vollständigen Aufgaben führend

Stärkste Gründungsaktivität in der Stadt Kaiserslautern

Um das Gründungsgeschehen auf regionaler Ebene zu vergleichen, wird die Zahl der Neugründungen zur Einwohnerzahl der Verwaltungsbezirke ins Verhältnis gesetzt.

In Kaiserslautern stärkste Gründungsaktivität

Unter den kreisfreien Städten wies Kaiserslautern mit 11,8 Neugründungen je 1000 Einwohner die stärkste Gründungsaktivität auf. Den niedrigsten Wert hatte Neustadt an der Weinstraße mit 6,8.

In den Landkreisen waren die Werte in der Regel etwas geringer als in den kreisfreien Städten. Hier lag der Kreis Bad Kreuznach mit zehn Gründungen je 1000 Einwohner an der Spitze. Die schwächste Gründungsaktivität war im Kreis Kusel zu verzeichnen (5,2). Der Landesdurchschnitt lag bei 8,8 Neugründungen je 1000 Einwohner.

Im Landesdurchschnitt 7,3 vollständige Aufgaben je 1000 Einwohner

Im Jahr 2009 wurden landesweit 7,3 Unternehmen je 1000 Einwohner aufgegeben. In Kaiserslautern wurden in Relation zur Bevölkerung die meisten vollständigen Aufgaben in den kreisfreien Städten gezählt (9,1 je 1000 Einwohner). Unter den Landkreisen erreichte Neuwied mit 8,6 den höchsten Wert. Die niedrigste Zahl an vollständigen Aufgaben je 1000 Einwohner hatte der Landkreis Trier-Saarburg zu verzeichnen (5,1). Unter den kreisfreien Städten hatte Landau in der Pfalz den niedrigsten Wert (6,4).

Knapp ein Drittel der Gründer sind Frauen

Im Jahr 2009 wagten in Rheinland-Pfalz 38 426 Personen den Schritt in die Selbst-

ständigkeit.⁴⁾ Darunter befanden sich 12 275 Frauen, was einem Anteil von 31,9% entspricht.

Etwa 23% der Frauen wurden im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ aktiv, davon die Mehrheit im Einzelhandel. Rund 20% suchten im Bereich „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ die Selbstständigkeit. Dazu gehören neben Friseur- und Kosmetiksalons, Saunen und Solarien auch Organisationen der Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie kulturelle Einrichtungen. In 11,6% der Fälle war die „Erbringung von freiberuflichen, wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ Gegenstand der Gewerbeanmeldung, wobei Werbung und Marktforschung die bevorzugten Arbeitsgebiete waren. Weitere 10,8% widmeten sich der „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“.

Bei der Wahl des Betätigungsfeldes spielten geschlechtsspezifische Unterschiede durchaus eine Rolle: Als absolute „Frauendomäne“ erwies sich der Bereich Gesundheits- und Sozialwesen – der Frauenanteil unter den neuen Gewerbetreibenden betrug dort knapp 74%. Gleiches gilt für den Bereich „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ mit einem Frauenanteil von mehr als 72%. Im Baugewerbe kam den von Frauen veranlassten Neugründungen die geringste Bedeutung zu. Ihr Anteil an den Gründern betrug dort nur 6,8%. Auch im Bereich „Information und Kommunikation“ lag der Frauenanteil mit 16,7% weit unter dem Durchschnitt.

Frauenanteil in einigen Wirtschaftsschnitten über 70%

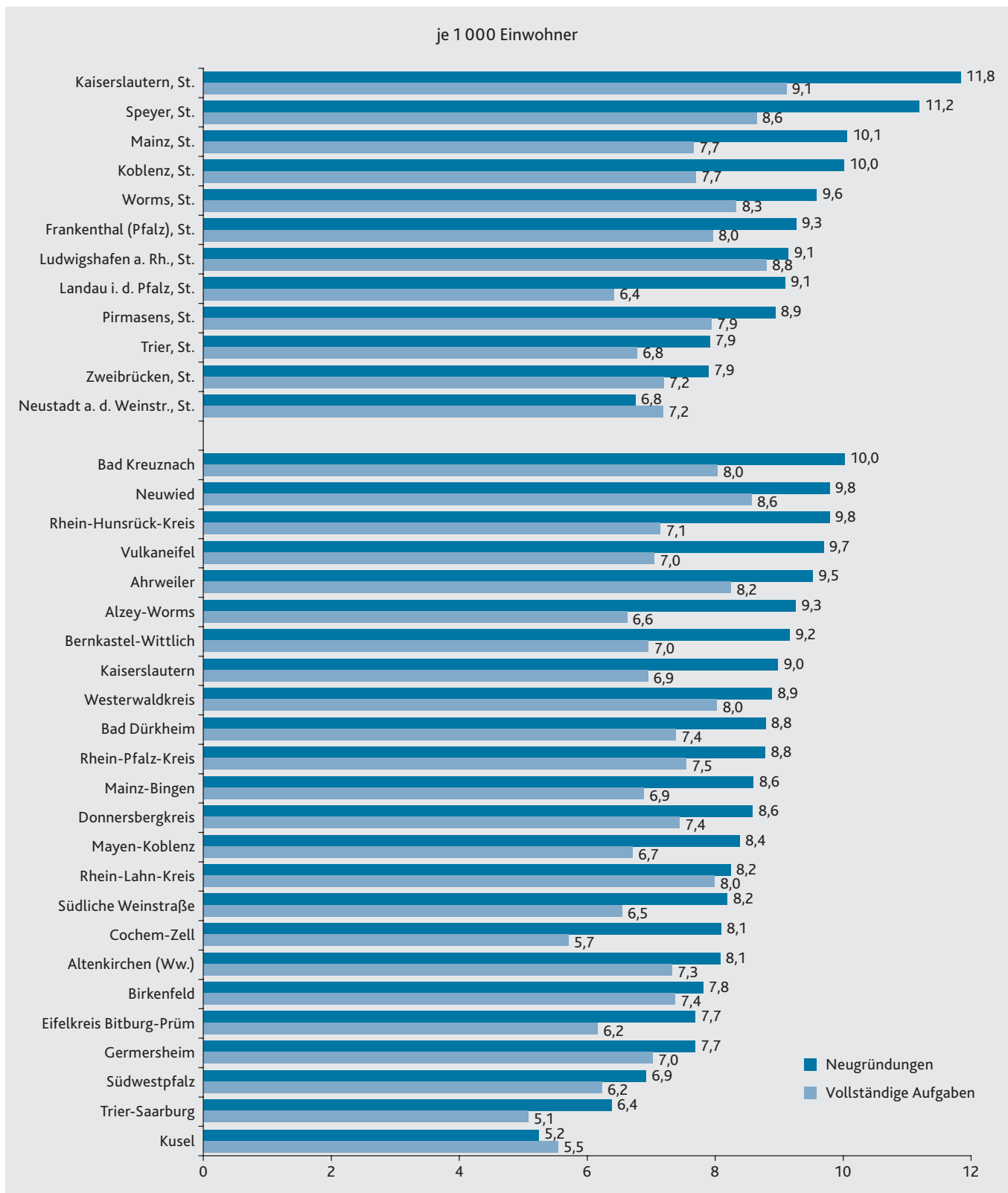
Auch hinsichtlich der Form der Gewerbeausübung unterschied sich das Gründungsverhalten von Frauen und Männern: Frauen entschieden sich häufiger dafür, sich

Gründung im Nebenerwerb bei Frauen besonders beliebt

4) Die Zahl der Gründerinnen und Gründer übersteigt die Zahl der Neugründungen, weil ein Teil der Unternehmen von mehreren Personen gemeinsam gegründet wurde. Personen, die sich durch die Übernahme eines bereits bestehenden Gewerbes selbstständig machten, sind in den Angaben nicht enthalten. Als Gründer werden hier und im Folgenden – unabhängig vom Geschlecht – alle Personen bezeichnet, die an Neugründungen beteiligt sind.

G 4

Neugründungen und vollständige Aufgaben 2009 nach Verwaltungsbezirken



Anteil von Frauen an den Gründern im jeweiligen Wirtschaftsabschnitt in %



im Nebenerwerb selbstständig zu machen. Während knapp die Hälfte der Frauen eine Gründung im Nebenerwerb wählten, lag dieser Anteil bei den Männern bei nur rund 37%.

Die meisten Gründer mit ausländischer Staatsangehörigkeit stammen aus Polen, der Türkei oder Rumänien

16% der Gründer sind ausländische Staatsbürger

Gut 6 000 Personen bzw. knapp 16% der in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 an Neugründungen Beteiligten besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Unter den Gründern mit ausländischem Pass bildeten polnische Staatsbürger mit einem Anteil von rund einem Viertel die größte Gruppe, 16%

waren türkischer Nationalität. An dritter Stelle folgten rumänische Staatsbürger mit einem Anteil von 7,3%.

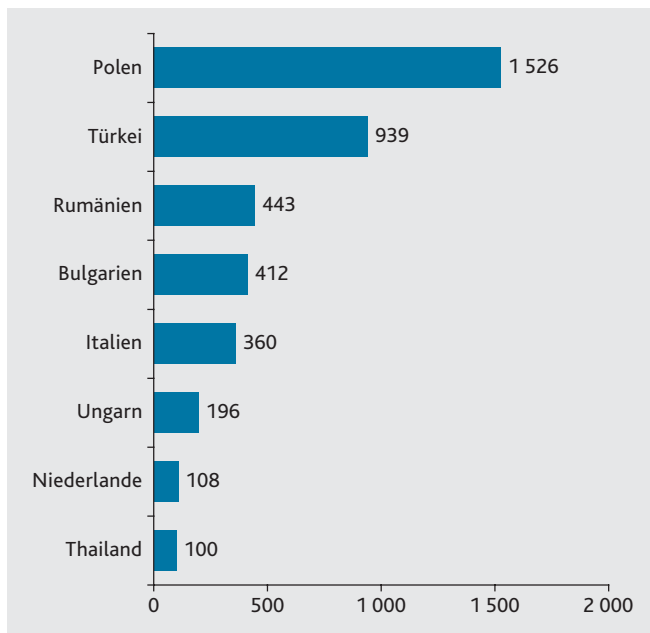
Die meisten Gründer mit ausländischer Staatsangehörigkeit wurden im Baugewerbe tätig (1 718), gefolgt vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (1 056) und dem Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (750).

Deutliche Unterschiede ergaben sich hinsichtlich des Anteils der Gründer mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Gesamtzahl der Gründer zwischen den Wirtschaftsabschnitten. Der Anteil ausländischer Gründer an der Gesamtzahl der

Anteil von ausländischen Gründern im Baugewerbe am höchsten

G 6

Gründer mit ausländischer Staatsangehörigkeit 2009 nach Herkunftsländern



Gründer war im Baugewerbe mit rund 44% am höchsten. Im Gastgewerbe besaßen 28% aller Gründer einen ausländischen Pass. Im Bereich „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ galt dies für 22% der an Neugründungen beteiligten Personen. Deutlich unterrepräsentiert waren ausländische Staatsbürger unter den Gründern in den Bereichen Energieversorgung (1,5%), „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (4,6%) sowie „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ (5,2%).

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Unternehmensstatistiken.

Energieverbrauch der privaten Haushalte

Regionalisierte Ergebnisse



Von Gerd Kramer

Der Primärenergieverbrauch aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer belief sich im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007 auf rund 650 000 Terajoule (TJ). Ein mit Steinkohlebriketts beladener Güterzug, der diese Energiemenge transportiert, wäre fast 6 000 km lang und würde von Sizilien bis zum Nordkap reichen. Rund drei Viertel der eingesetzten Primärenergie steht dem Endenergieverbraucher, z. B. in Form von elektrischem Strom, zur Verfügung. Die privaten Haushalte stellen eine bedeutende Endverbrauchergruppe dar, deren Energieverbrauch mit entsprechenden CO₂-Emissionen einhergeht.

Energieverbrauch ist derzeit noch wenig nachhaltig

Energieversorgung ist überwiegend von endlichen Rohstoffen abhängig

Die Energieversorgung ist weiterhin in hohem Maße auf die Nutzung nicht erneuerbarer (fossiler) Energieträger angewiesen. Im Jahr 2007 beruhten laut Energiebilanz 91,5% der Primärenergie¹⁾ auf der Verbrennung und stofflichen Nutzung der Bodenschätze Erdöl, Erdgas und Kohle. Angesichts dieser Werte und der Tatsache des sich nur geringfügig steigenden Einsatzes von erneuerbaren Energien, werden noch 30 Jahre benötigt, bis die Hälfte des rheinland-pfälzischen Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden kann.

Langwieriger Umstieg auf erneuerbare Energieträger

Die Bundesregierung beabsichtigt deshalb, den Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch von 6,7% im Jahr 2007 auf mindestens 10% im Jahr 2020 zu steigern.²⁾ Dieses Nachhaltigkeitsziel muss aufgrund der großen Bedeutung der Energieverbraucher „private Haushalte“ auch auf lokaler Ebene angesetzt werden. Als Datengrundlage für eine Analyse des Energieverbrauchs der Privathaushalte können die Energiebilanzen der Bundesländer herangezogen werden. Diese enthalten auch für private Endenergieverbraucher eine Vielzahl von absatzbezogenen Verbrauchsangaben, die in der Regel aus bundesweit vorliegenden Zahlen abgeleitet werden. Die so errechneten Landeszahlen erlauben es daher nicht, methodisch vergleichbare Energiebilanzen für Regionen, Kreise und Gemeinden abzuleiten.

Energiebilanzen nur bis auf Landesebene

1) Der in den Strombezügen nach Rheinland-Pfalz enthaltene Anteil aus erneuerbaren Energieträgern bleibt hierbei unberücksichtigt.

2) <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Startseite/Startseite.html>

Hinweise zum methodischen Vorgehen

Zielsetzung des Beitrages ist es, den direkten Endenergieverbrauch der privaten Haushalte für Zwecke des Wohnens und der Mobilität im Hinblick auf nicht erneuerbare Energieträger und die von ihnen ausgehenden CO₂-Emissionen näher zu beschreiben. Als Datenbasis wurden die Energie- und CO₂-Bilanzen des Landes sowie die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Bundesländer (UGRdL) herangezogen. Hierbei stand der Verbrauch der Energieträger Erdgas, Heizöl und Strom (Bereich Wohnen) sowie Benzin und Diesel für die Pkw-Nutzung (Bereich Mobilität) im Vordergrund.

Zur Regionalisierung der Eckdaten des Energieverbrauchs wurden die verbrauchsbestimmenden Faktoren aus Statistiken der Bereiche Mikrozensus, Bevölkerung, Einkommensteuer, Kraftfahrzeugbestand und Wohnungsbestand (in der jeweils tiefsten regionalen Gliederung) abgeleitet. Diese Daten entstammen der amtlichen Statistik, dem Deutschen bzw. dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Kraftfahrtbundesamt sowie dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Im Sinne eines bottom-up-Vorgehens wurden die mehr oder weniger kleinräumlichen

Strukturdaten zur Landesebene aggregiert und anschließend mit den Eckdaten der Energiebilanz in Beziehung gesetzt.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Datenaktualität der einzelnen Bereiche wurden der Untersuchung hinsichtlich des Energieverbrauchs bzw. CO₂-Ausstoßes Mittelwerte der Jahre 2004 bis 2007 zugrunde gelegt. Dieses Vorgehen minimierte zugleich Diskrepanzen, die beispielsweise zwischen dem Absatz und dem tatsächlichen Verbrauch von Heizöl in einem Jahr bestehen. Im Vordergrund stand weniger das Ziel „höchstmögliche Aktualität“ – das durch den Zeitverzug der Landesenergiebilanzen von knapp zwei Jahren von vornherein eingeschränkt ist – als vielmehr das Ziel, die als gesichert anzusehenden Eckwerte des Energieverbrauchs auf Landesebene auf der Grundlage statistischer Strukturdaten auf Räume (Strukturräume, Regionen, Verwaltungsbezirke) herunter zu brechen.

Die tiefste regionale Gliederungsstufe der Ergebnisse bildet hierbei die Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass es keine statistisch gesicherten Angaben zum tatsächlichen Energieverbrauchsverhalten der Bevölkerung gibt.

Private Haushalte haben beachtlichen Anteil am Endenergieverbrauch

Der Endenergieverbrauch (476 000 TJ bzw. 132 Mill. kWh³⁾) macht mit durchschnittlich 73% in den Jahren 2004 bis 2007 den größten Teil des Primärenergieverbrauchs aus. Dieser Energieanteil wird von den Endverbrauchern für verschiedene Zwecke wie

z. B. zur Erzeugung von Wärme oder als elektrische und kinetische Energie genutzt. Bezüglich des Endenergieverbrauchs dominieren fossile Energieträger: Fast 70% der direkt verbrauchten Energie (Erdgas, leichtes Heizöl, Otto- und Dieselmotortreibstoffe, Kohle) entstammen nicht-regenerativen Quellen. Diese Zahl enthält dabei nicht den fossilen Energieanteil, der im Endenergieverbrauch von Strom zu berücksichtigen wäre.

Direkte Verbrennung basiert zu zwei Dritteln auf fossilen Energieträgern

3) 1 Mill. Kilowattstunden (kWh) entspricht 3,6 TJ.

T 1

Endenergieverbrauch im Durchschnitt der Jahre 2004–2007
nach Verbrauchergruppen und Energieträgern

Verbrauchergruppe	Ver- brauch ins- gesamt	Fossile Energieträger						Strom	Erneuer- bare Energie- träger	Sonstige Energie- träger ²⁾
		zu- sammen	Heizöl	Erdgas	Benzin	Diesel	Sonstige ¹⁾			
Mill. kWh										
Endenergieverbrauch	132 186	90 777	15 129	36 070	17 859	16 952	4 767	29 009	5 102	7 299
Industrie	38 604	18 072	935	15 441	-	5	1 692	15 498	585	4 449
Verkehr	37 826	35 818	-	25	17 728	15 991	2 073	504	1 504	-
darunter										
Straßenverkehr	34 881	33 395	-	25	17 714	15 597	60	.	1 486	-
nachrichtlich: Verbrauch der Pkw der Privathaushalte ³⁾	18 703	X	X	X	12 745	5 957	X	X	.	X
Privathaushalte, GHD ⁴⁾	55 756	36 887	14 194	20 604	131	956	1 001	13 006	3 013	2 850
darunter										
Privathaushalte	37 392	26 802	11 055	14 959	.	.	788	7 386	2 906	297
Anteil am Endenergieverbrauch in %										
Endenergieverbrauch	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Industrie	29,2	19,9	6,2	42,8	-	0,0	35,5	53,4	11,5	61,0
Verkehr	28,6	39,5	-	0,1	99,3	94,3	43,5	1,7	29,5	-
darunter										
Straßenverkehr	26,4	36,8	-	0,1	99,2	92,0	1,3	.	29,1	-
nachrichtlich: Verbrauch der Pkw der Privathaushalte ³⁾	14,1	X	X	X	71,4	35,1	X	X	.	X
Privathaushalte, GHD ⁴⁾	42,2	40,6	93,8	57,1	0,7	5,6	21,0	44,8	59,1	39,0
darunter										
Privathaushalte	28,3	29,5	73,1	41,5	.	.	16,5	25,5	57,0	4,1

1) Kohle, Flüssiggas, Kerosin, Schweres Heizöl, Petrolkoks, andere Mineralölprodukte. – 2) Fernwärme, Abfälle (nicht biogener Anteil), andere Energieträger.

3) Dieselverbrauch einschließlich Biodiesel. – 4) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

Quelle: Landesenergiebilanzen Rheinland-Pfalz, UGR, UGRdL, eigene Berechnungen

Private Haushalte verbrauchen soviel wie die Bereiche Industrie oder Verkehr

Auf die rheinland-pfälzischen Haushalte entfielen im Betrachtungszeitraum durchschnittlich 28% des Endenergieverbrauchs, auf die Bereiche Industrie und Verkehr jeweils 29%.

Im Bereich Wohnen verbrauchen die Haushalte hauptsächlich Erdgas (15 Mrd. kWh) und leichtes Heizöl (11,1 Mrd. kWh). Diese Energieträger, die vornehmlich für das Heizen von Räumen und für die Warmwasseraufbereitung genutzt werden, machen fast 70% des jährlichen Bedarfs aus. Der Stellenwert des Stromverbrauchs (7,4 Mrd. kWh) ist mit 20% dagegen vergleichsweise gering. Erneuerbare Energieträger

(2,9 Mrd. kWh) – vornehmlich Brennholz – decken 7,8% des Energiebedarfs. Die übrigen Energieträger (Fernwärme, Kohle) sind mit 1,1 Mrd. kWh bzw. 2,9% von nachgelagerter Bedeutung.

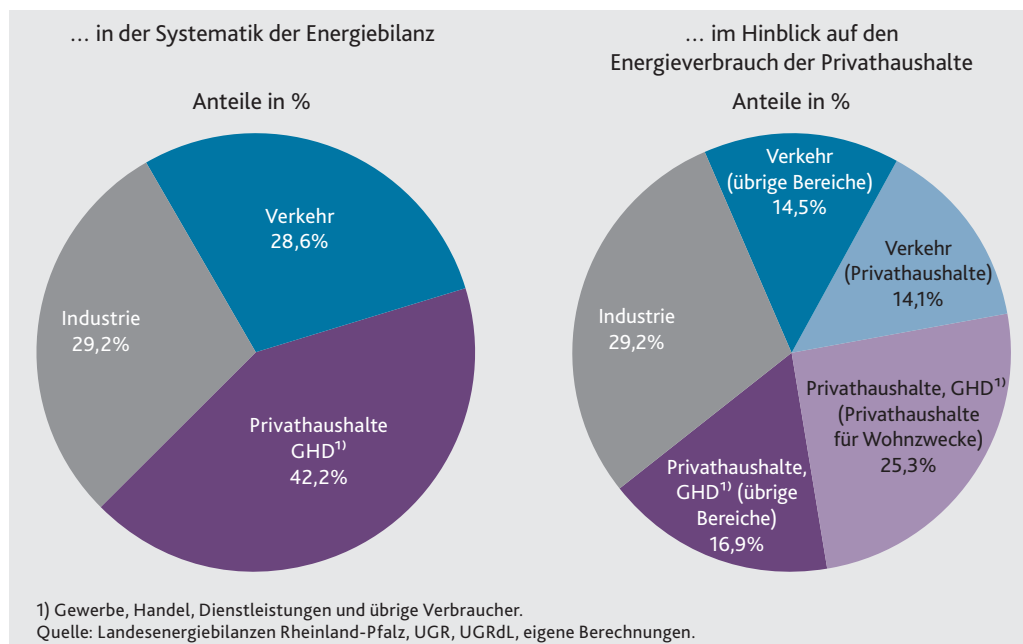
Mobilität der Haushalte ist ein wichtiger Verbrauchsfaktor

Neben dem Bereich Wohnen ist auch die Mobilität ein wichtiger Verbrauchsfaktor der Privathaushalte. Besonders im eher ländlich geprägten Rheinland-Pfalz kommt dem Straßenverkehr eine dominierende Rolle zu. Über 92% des rheinland-pfälzischen Ener-

Der Wohnkomfort hängt noch vielfach von Erdgas und Heizöl ab

G 1

Endenergieverbrauch im Durchschnitt der Jahre 2004–2007 nach Verbrauchergruppen



gieverbrauchs (35 Mrd. kWh) sind straßenverkehrsbedingt. Entsprechend gering sind die rheinland-pfälzischen Verbrauchswerte für die Verkehrsträger Eisenbahn, Flugzeug und Schiff.

Der den privaten Haushalten zugerechnete verkehrsbedingte Anteil (18,7 Mrd. kWh bzw. 14,1 %) gibt die Untergrenze der in diesem Bereich verbrauchten Treibstoffmenge an.⁴⁾ Dieser spiegelt den Verbrauch an Otto- und Dieselmotorkraftstoffen wider, der auf die in Rheinland-Pfalz zugelassenen Personenkraftwagen entfällt. Sonstige Kraftfahrzeuge wie Motorräder und Wohnmobile enthält die Auswertung nicht.

Mangels länderspezifischer Zahlen wird bei der Betrachtung der Pkw auf Verbrauchswerte (Liter je 100 km) und Angaben zur Jahresfahrleistung zurückgegriffen, die auf

Bundesebene ermittelt wurden. Etwa die Hälfte der auf die Verbrauchergruppe Verkehr entfallenden Mengen (19,1 Mrd. kWh bzw. 14,5 %) sind dem Güterverkehr auf der Straße bzw. anderen Verkehrsträger (Eisenbahn, Flugzeug, Schiff) zuzurechnen.

Für die auf die Privathaushalte entfallenden Bereiche Wohnen und Mobilität wird für den Zeitraum 2004 bis 2007 ein durchschnittlicher Endenergieverbrauch von rund 56 Mrd. kWh errechnet. Der Anteil am gesamten Endenergieverbrauch beträgt damit 42,4%. Der auf den Individualverkehr entfallende Energieverbrauch entspricht etwa der Hälfte des für Wohnzwecke aufgewendeten Energieverbrauchs. Vom Gesamtverbrauch der Privathaushalte in Höhe von 56 Mrd. kWh entfallen 52,1 Mrd. kWh (93 %) auf Mineralöle (Heizöl, Kraftstoffe), Erdgas oder Strom. Entsprechend hoch sind die Mengen an CO₂, die durch die Verbrennung dieser Energieträger freigesetzt werden.

Auf 2 kWh für Wohnen kommt mindestens 1 kWh für Mobilität

4) Der mit dem Konsum (von Waren und Dienstleistungen aus dem In- und Ausland) einhergehende und den privaten Verbrauchern (indirekt) zuzurechnende Energieverbrauch wurde – mangels belastbarer Daten – nicht berücksichtigt.

Der Durchschnittshaushalt verbraucht 28 000 kWh im Jahr

Jährlich werden
12 900 kWh
pro Kopf ver-
braucht

Rechnerisch hat jeder Einwohner des Landes in den Jahren 2004 bis 2007 rund 12 900 kWh Energie überwiegend fossiler Herkunft verbraucht. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,1 Personen errechnet sich für jeden der knapp 1,9 Mill. rheinland-pfälzischen Privathaushalte ein durchschnittlicher Energieverbrauch von 27 700 kWh. Zur Deckung des rheinland-pfälzischen Pro-Kopf-Energieverbrauchs werden unter anderem durchschnittlich 3 700 kWh Erdgas, 2 700 kWh Heizöl, 1 800 kWh Strom und 4 600 kWh an Motortreibstoffen aufgewendet.⁵⁾

Ländlicher Raum mit überdurchschnittlichem Energieverbrauch

In einer ersten großräumlichen Regionalisierung wurden die Verbrauchswerte für die von der Landesplanung abgegrenzten Räume „ländlich“, „verdichtet“ und „hochverdichtet“ (siehe Karte „Strukturräume“) gebildet. Dazu wurden die im rheinland-pfälzischen Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) ab 2009 geltende Gebietsabgrenzungen verwendet.

Da die Strukturräume hinsichtlich der Zahl der Verbraucher und der Strukturdaten voneinander abweichen, kommt es zu Unterschieden in der Zuordnung der absoluten Verbrauchsmengen. Vom Energieverbrauch aller Privathaushalte des Landes entfällt der größte Anteil (43%) auf die verdichteten Räume (22,6 Mrd. kWh). Dem ländlichen Raum (16,6 Mrd. kWh) werden anteilig 32% zugeordnet; die hoch verdichteten Räume (12,9 Mrd. kWh) weisen mit knapp 25% den geringsten Anteil am Energieverbrauch auf.

5) Hierbei handelt es sich um Durchschnittswerte. Der gleichzeitige Einsatz von Erdgas und Heizöl in einem Haushalt wird in der Regel nicht der Fall sein.

Regionalisierung des Energieverbrauchs

Strom

Es wurden haushaltsspezifische Bundesdurchschnitte (Forsa-Studie¹⁾) angelegt, die mit Zahlen zu Haushalten aus der CD-ROM „INKAR“ (Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zu Kreisergebnissen aufbereitet wurden. Der Strombedarf der Nachtspeicherheizungen (Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung) verblieb im Bereich Strom und wurde nicht dem Bereich Raumwärme zugeschlagen.

Mobilität (Kraftstoffe)

Grundlegend sind die Halterzahlen und Kraftstoffarten für Pkw aus der Statistik des Kraftfahrzeugbestandes, und zwar ohne Dienstwagen (Quelle: Kraftfahrtbundesamt). Der Gesamtverbrauch der Pkw errechnete sich aus bundesdurchschnittlichen Verbrauchsangaben für benzin- und dieselbetriebene Fahrzeuge (Statistisches Bundesamt/DWI). Die ebenfalls nur als Bundesdurchschnitte vorliegenden Jahreskilometerleistungen wurden regional gewichtet mit Daten aus der Einkommensteuerstatistik (Angaben der Pendler zur Entfernungspauschale).

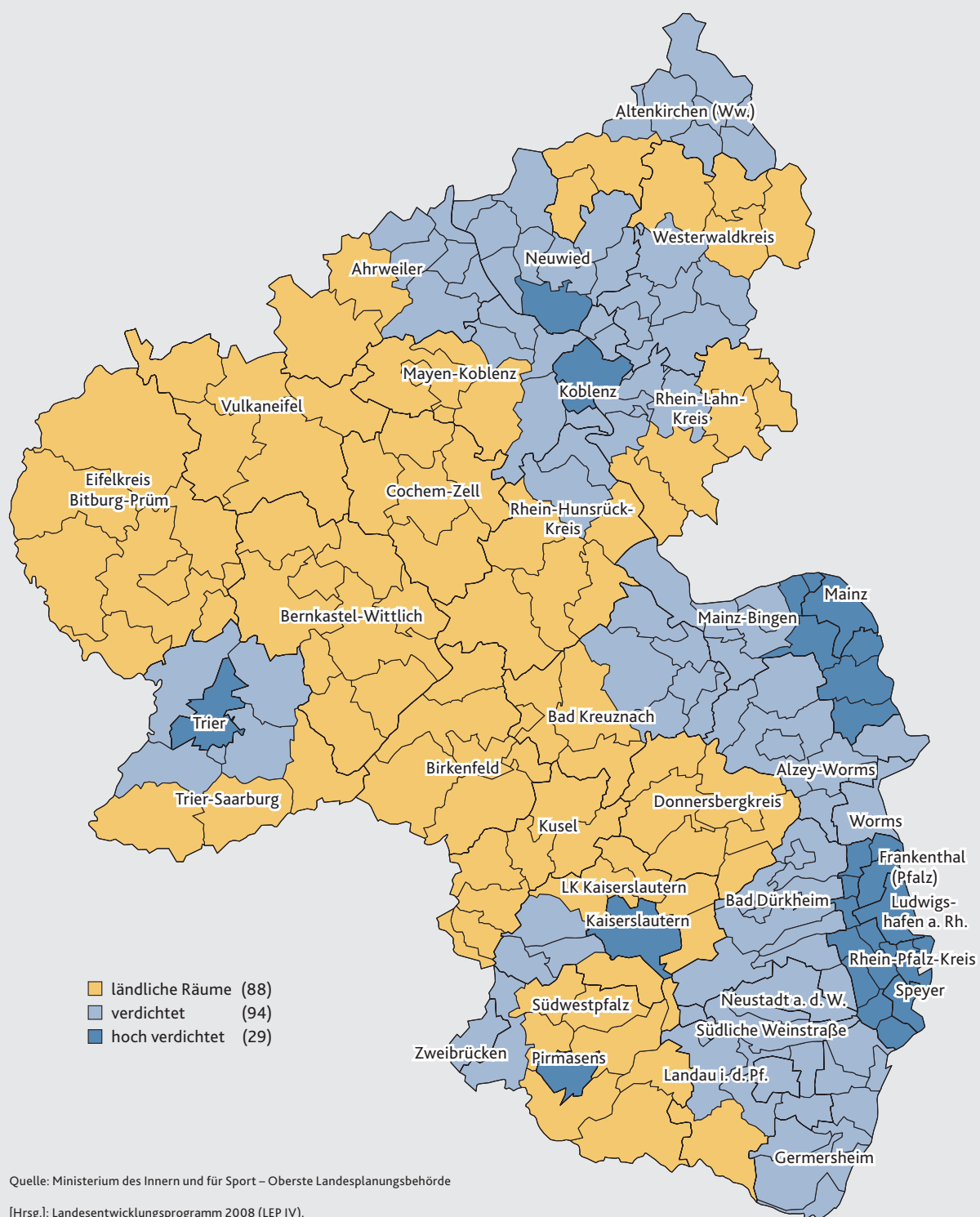
1) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) und forsa (Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH): Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für das Jahr 2005. Forschungsprojekt Nr. 15/06 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi).

Bei der Betrachtung des Pro-Kopf-Verbrauchs der Einwohner ergibt sich hingegen eine andere Reihenfolge. Demnach verbrauchen die Bewohner ländlicher Räume mit durchschnittlich 13 700 kWh am meisten Energie, die in den städtisch geprägten Regionen am wenigsten (11 400 kWh). Der Jahresenergiebedarf eines Landbewohners liegt somit 6,4% über dem Verbrauch eines im hoch verdichteten Raum Wohnenden und 11,5% unter dem Landesdurchschnitt. Ein „Städter“ verbraucht damit jedes Jahr etwa 2 300 kWh bzw. 17% weniger als ein Bewoh-

Pro-Kopf-
Verbrauch im
ländlichen
Raum 6% über
hoch verdich-
tetem Raum

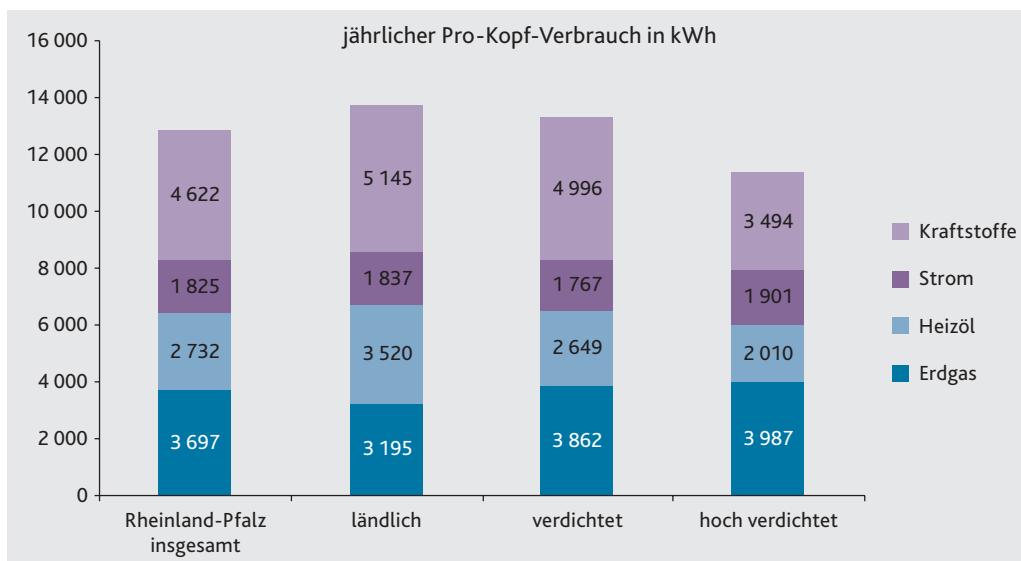
K 1

Strukturräume



G 2

Energieverbrauch der Privathaushalte im Durchschnitt der Jahre 2004–2007 nach ausgewählten Energieträgern und Strukturräumen



ner des ländlichen Raums. In verdichteten Räumen werden rund 13 300 kWh pro Kopf verbraucht, dies entspricht nahezu dem durchschnittlichen Landeswert.

Mobilität auf dem Land ist ressourcenintensiv

Das überdurchschnittliche Verbrauchsniveau der Privathaushalte des ländlichen Raums ist in erster Linie im erhöhten Energieaufwand für die individuelle Mobilität zu sehen. Mit 5 100 kWh pro Kopf-Verbrauch liegt dieser um ein Drittel über dem verdichteter Räume (3 500 kWh). Der Unterschied von 1 600 kWh entspricht dem Energieverbrauch eines Pkw bei einer Fahrstrecke von 3 000 km und einem Verbrauch von 6 l Benzin auf 100 km. Die Haushalte auf dem Land verbrauchen durchschnittlich 38% ihres jährlichen Energiebedarfs in Form von Benzin und Dieselkraftstoffen, in der Stadt hingegen sind es nur 31%. Relativ weite Wege innerhalb des ländlichen Raums (die vorzugsweise mit dem Auto zurückgelegt werden) und der Zwang des Pendelns zum Arbeitsplatz begründen den erhöhten Energieverbrauch. In den städtischen Regionen führen ausgebauter Nahverkehrsnetze zu im Vergleich niedrigeren

Pro-Kopf-Werten. Suburbanisierung zieht energieintensiven und umweltbelastenden Verkehr nach sich. Auch in den verdichteten Räumen werden vergleichsweise hohe Kraftstoffmengen (5 000 kWh pro Kopf) für den Sektor Verkehr aufgewendet.

Größere Wohnungen haben höheren Heizbedarf

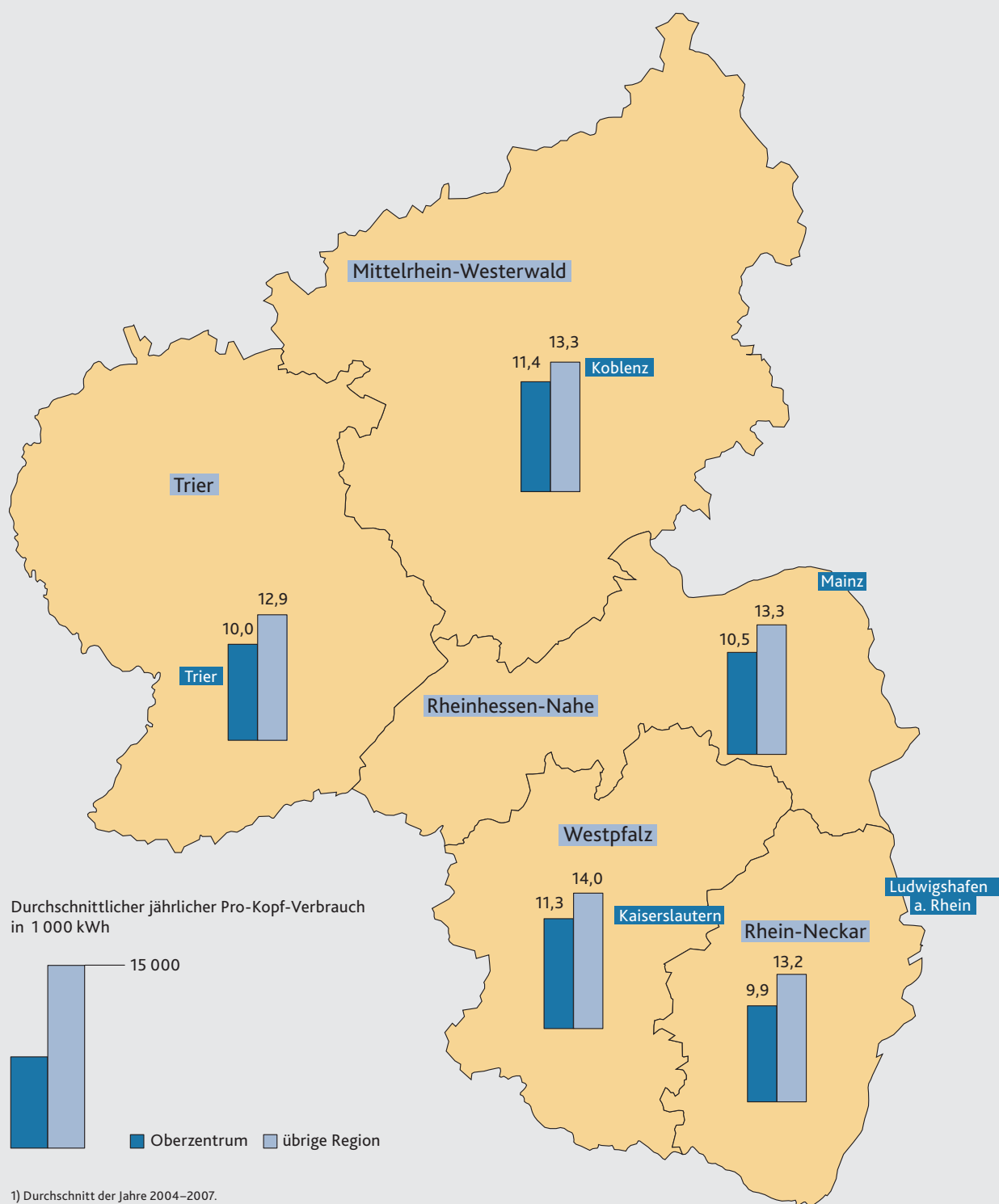
Ein deutliches Land-/Stadtgefälle besteht auch hinsichtlich des für Wohnungszwecke aufgewendeten Energieverbrauchs. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Erdgas und Heizöl ist im ländlichen Raum mit 6 700 kWh rund 11% höher als im hoch verdichteten Raum. Dies ist auf die größere Wohnfläche und die damit verbundenen höheren Heizkosten auf dem Land zurückzuführen.

Den geringsten Anteil am Endenergieverbrauch weist über alle Strukturraumtypen die Elektrizität mit 14% auf. Durchschnittlich verbraucht jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder Rheinland-Pfälzer jährlich rund

Landesdurchschnitt: 6 400 kWh für Heizöl und Erdgas

Stromverbrauch ist von untergeordneter Bedeutung

K 2

Energieverbrauch der Privathaushalte¹⁾ nach Gebietsteilen der Planungsregionen

T 2

**Energieverbrauch der Privathaushalte im Durchschnitt der Jahre 2004–2007
nach ausgewählten Energieträgern und Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Energieverbrauch		Für Wohnzwecke				Kraftstoffe für Pkw ¹⁾	
	insgesamt	pro Kopf	zusammen	Erdgas	Heizöl	Strom	zusammen	Anteil am Energiever- brauch
	Mill. kWh	kWh	Mill. kWh					%
Frankenthal (Pfalz), St.	530	11 270	366	223	60	84	164	31,0
Kaiserslautern, St.	1 109	11 328	796	346	252	198	313	28,3
Koblenz, St.	1 207	11 368	884	374	282	228	323	26,8
Landau i. d. Pfalz, St.	547	12 795	360	172	110	78	188	34,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 618	9 896	1 205	718	193	294	414	25,6
Mainz, St.	2 072	10 536	1 488	790	315	384	583	28,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	706	13 158	451	281	75	95	254	36,0
Pirmasens, St.	538	12 751	370	163	119	88	168	31,3
Speyer, St.	585	11 603	386	234	63	88	200	34,1
Trier, St.	1 031	10 017	781	153	392	236	251	24,3
Worms, St.	959	11 692	626	343	137	145	333	34,8
Zweibrücken, St.	440	12 625	295	132	96	66	145	33,0
Ahrweiler	1 770	13 680	1 063	468	353	242	708	40,0
Altenkirchen (Ww)	1 709	12 639	1 103	463	404	235	606	35,5
Alzey-Worms	1 808	14 372	1 040	597	238	206	768	42,5
Bad Dürkheim	1 870	13 916	1 147	729	196	222	724	38,7
Bad Kreuznach	2 108	13 381	1 280	383	605	292	828	39,3
Bernkastel-Wittlich	1 459	12 887	938	199	512	227	521	35,7
Birkenfeld	1 123	12 960	749	227	359	162	374	33,3
Cochem-Zell	929	14 267	581	263	199	119	347	37,4
Donnersbergkreis	1 089	13 945	646	297	216	133	443	40,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 271	13 325	807	175	448	185	463	36,5
Germersheim	1 655	13 182	1 051	514	329	208	604	36,5
Kaiserslautern	1 538	14 219	1 023	484	352	188	514	33,5
Kusel	1 099	14 589	673	312	227	134	425	38,7
Mainz-Bingen	2 694	13 400	1 637	928	370	339	1 057	39,2
Mayen-Koblenz	2 695	12 654	1 736	762	575	399	959	35,6
Neuwied	2 327	12 651	1 477	612	534	331	850	36,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 487	14 211	890	400	302	188	597	40,1
Rhein-Lahn-Kreis	1 797	14 174	1 074	451	394	229	723	40,2
Rhein-Pfalz-Kreis	1 960	13 147	1 266	802	215	248	694	35,4
Südliche Weinstraße	1 568	14 236	968	474	304	190	599	38,2
Südwestpfalz	1 470	14 419	890	411	299	180	580	39,4
Trier-Saarburg	1 740	12 374	1 109	233	598	278	631	36,3
Vulkaneifel	867	13 774	546	118	303	124	322	37,1
Westerwaldkreis	2 726	13 477	1 698	723	631	344	1 027	37,7
Rheinland-Pfalz	52 103	12 876	33 400	14 959	11 055	7 386	18 703	35,9

1) Benzin und Diesel (einschließlich Biodiesel).

1800 kWh. Der überdurchschnittliche Stromverbrauch (1900 kWh) im hoch verdichteten Raum liegt insbesondere an der im Schnitt kleineren Haushaltsgröße in den Städten begründet, denn in der Regel weisen kleinere Haushalte einen höheren Pro-Kopf-Stromverbrauch auf.

Land-/Stadt-Gefälle zeigt sich auch in Planungsregionen

Umland verbraucht ein Viertel mehr als die Oberzentren

Die Zuordnung des Energieverbrauchs zu den fünf Planungsregionen der rheinland-pfälzischen Länderplanung führt zu ähnlichen Ergebnissen wie bei den Strukturräumen. Auch hier zeigen sich zwischen den städtisch geprägten, hoch verdichteten Oberzentren und dem geringer verdichteten Umland deutliche Verbrauchsunterschiede. In den Oberzentren werden durchschnittlich 10 600 kWh pro Kopf verbraucht, in den übrigen Teilen der Regionen sind es dagegen 13 400 kWh.

Rheinland-Pfälzischer Teil der Region Rhein-Neckar mit hohem Verbrauchsgefälle

Die Spanne des errechneten Energieverbrauchs in den Oberzentren reicht von 9900 kWh in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein bis zu 11 400 kWh in der kreisfreien Stadt Koblenz. Ohne die in den Regionen gelegenen Oberzentren ist der Verbrauch in der Region Trier vergleichsweise gering (13 000 kWh pro Kopf), in der Westpfalz dagegen hoch (14 000 kWh). Im rheinland-pfälzischen Teil der Region Rhein-Neckar (ehemals Rheinpfalz) ist das Gefälle zwischen den Oberzentren und dem Umland aufgrund des niedrigen Verbrauchsniveaus von Ludwigshafen besonders stark ausgeprägt (34%). Am geringsten ist der Unterschied demgegenüber zwischen Koblenz und seinem Umland in der Region Mittelrhein-Westerwald (17%).

6) Aufgrund der in Rheinland-Pfalz differierenden naturräumlichen Gegebenheiten (Weinbauklima-Mittelgebirge) sind temperaturbereinigte Verbrauchswerte, z. B. für die Raumwärme, von Relevanz.

Landkreise liegen bei Energieverbrauch und CO₂-Emissionen vorn

Neben der Untersuchung der Strukturräume und Planungsregionen ist auch eine Auswertung für die kreisfreien Städte und Landkreise möglich. Über den Energieverbrauch aus fossilen Energieträgern hinausgehend wurden hierbei auch die energiebedingten CO₂-Emissionen ermittelt. Die Bildung von Kreisergebnissen ist in diesem Fall methodisch vertretbar, da wesentliche verbrauchsbestimmende Strukturdaten (Wohnungsgröße, Anzahl zugelassener Personenkraftwagen, Haushaltsgrößen, Pendlerströme) kreisscharf vorliegen.

Der in Tabelle 2 auf Kreisebene gegliederte Energieverbrauch der privaten Haushalte bezieht ausschließlich die mengenmäßig bedeutsamen CO₂-wirksamen Energieträger mit ein. Unterschiedliche Verbrauchsgewohnheiten auf Kreisebene, wie beispielsweise die Nutzung von Brennholz in waldreichen Gegenden, bleiben ebenso unberücksichtigt wie eine Temperaturbereinigung des Verbrauchs⁶⁾.

Ein Vergleich des Pro-Kopf-Verbrauchs an fossilen Energieträgern bietet sich auch bei der Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen an (Karte 3). Über energieträgerspezifische Emissionsfaktoren können dabei die CO₂-Emissionen errechnet werden, wobei zwischen den Verbrauchsbereichen Wohnen (Heizöl, Erdgas, Strom) und Mobilität (Kraftstoffe) unterschieden wird (Grafik 3).

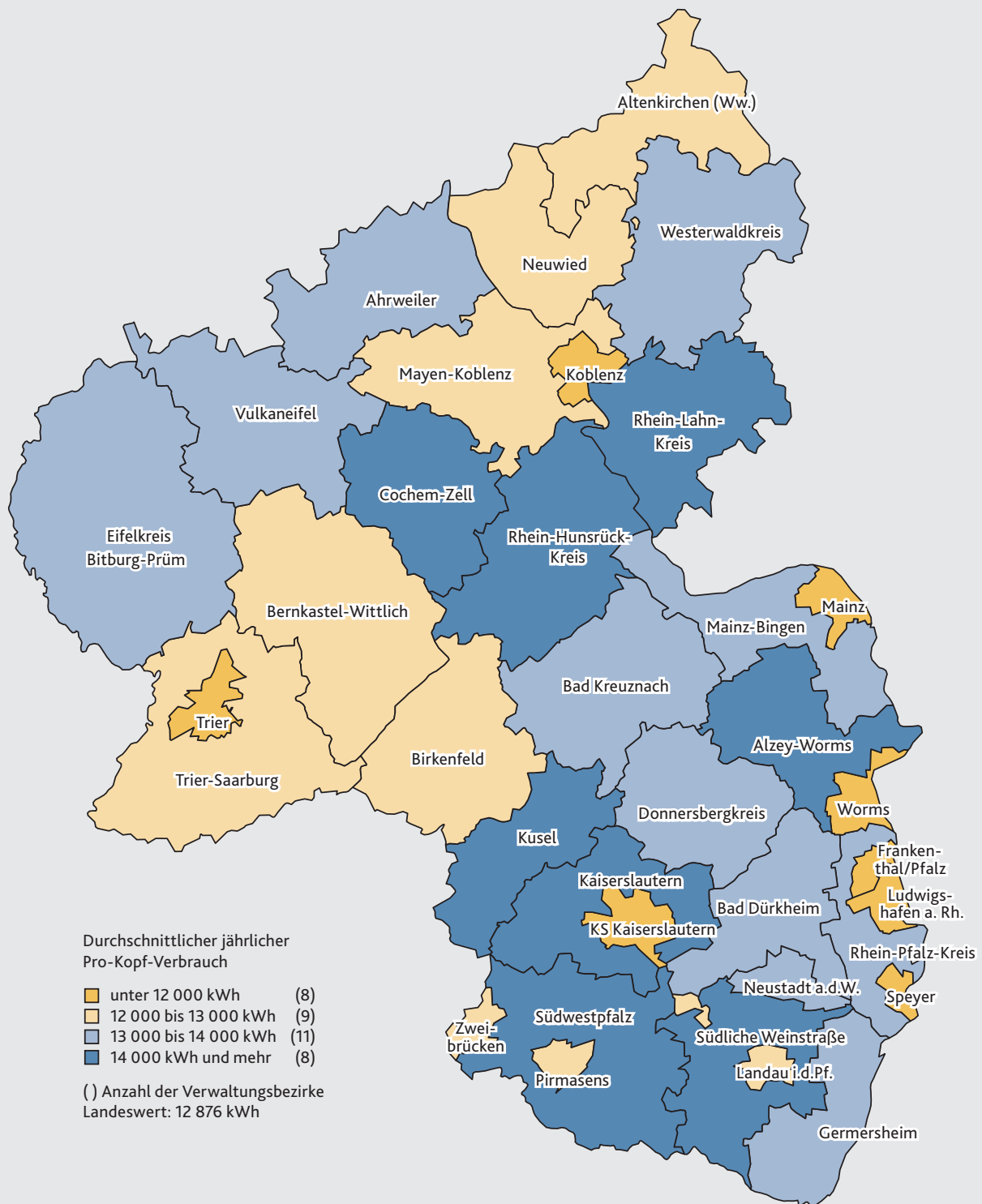
Die Pro-Kopf-Werte der kreisfreien Städte (im Durchschnitt 11 100 kWh) und der Landkreise (13 500 kWh) weichen deutlich voneinander ab. Die Bandbreite des Pro-Kopf-Verbrauchs schwankt dabei zwischen 9900 kWh in Ludwigshafen am Rhein und 14 600 kWh im Landkreis Kusel.

CO₂-Ausstoß aus dem Energieverbrauch

13 500 kWh für Landkreise gegenüber 11 100 kWh bei den kreisfreien Städten

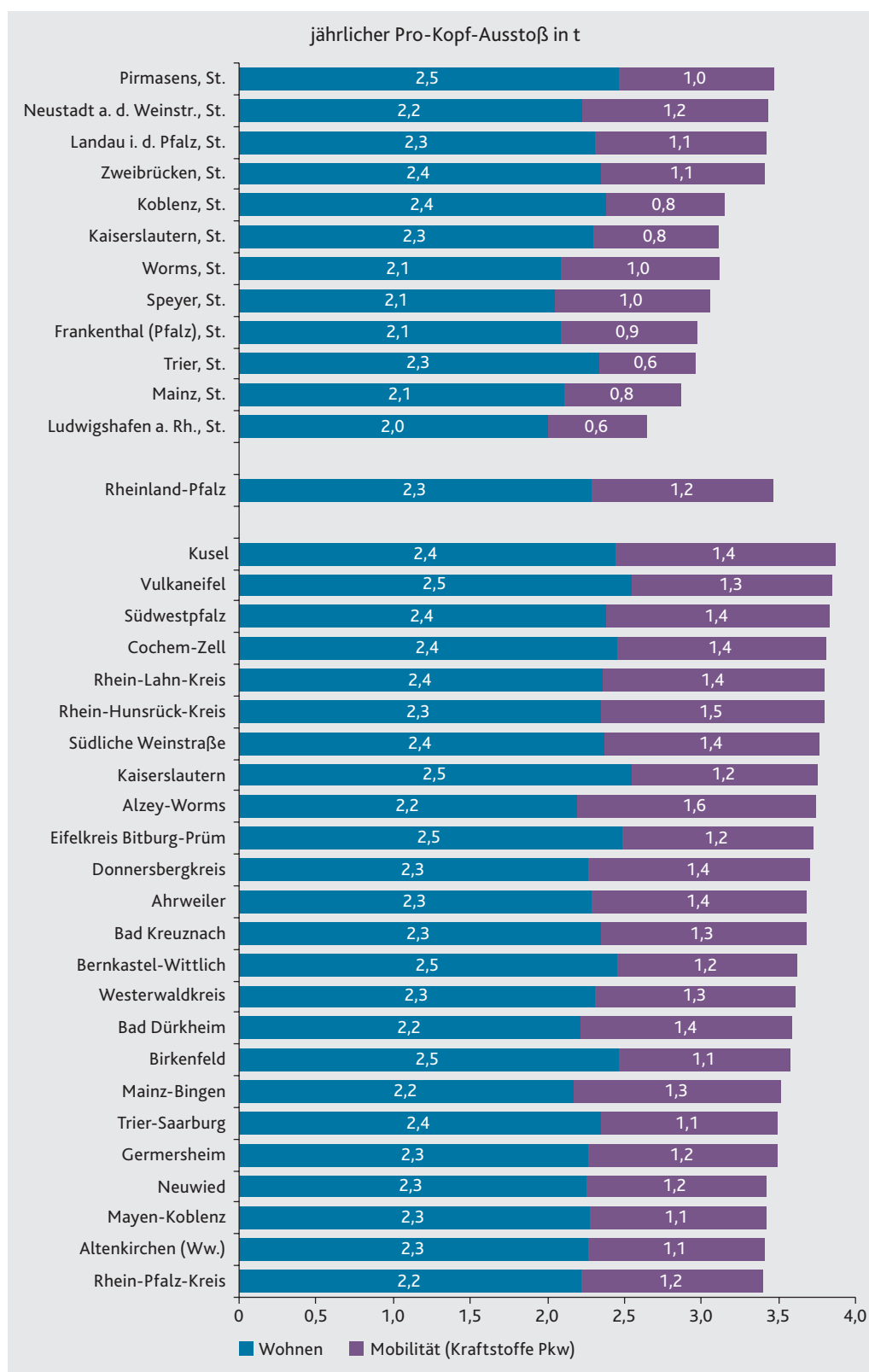
K 3

Energieverbrauch der Privathaushalte im Durchschnitt der Jahre 2004–2007 nach Verwaltungsbezirken



G 3

CO₂-Emissionen der Privathaushalte im Durchschnitt der Jahre 2004–2007 nach Verwaltungsbezirken



Unter den Landkreisen ergeben sich räumliche Verbrauchsschwerpunkte in der West- und Vorderpfalz (Landkreise Kusel, Südwestpfalz, Kaiserslautern, Südliche Weinstraße), in der Landesmitte (Cochem-Zell, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis) und im Landkreis Alzey-Worms.

Starker Einfluss der Mobilität auch auf Kreisebene

Ein Blick auf die CO₂-Emissionen nach Kreisen zeigt ein ähnliches Verteilungsmuster. Ausschlaggebend für ein hohes Verbrauchsbzw. Emissionsniveau ist meist der Faktor Mobilität (Kusel, Südwestpfalz, Rhein-Lahn-Kreis, Rhein-Hunsrück-Kreis, Alzey-Worms), weniger der Faktor Wohnen (Landkreise Vulkaneifel, Kaiserslautern) oder aber das Zusammentreffen beider Faktoren (Cochem-Zell, Südliche Weinstraße).

3,5 t CO₂ pro Kopf für den privaten Verbrauch

In Addition der mit dem Verbrauch von Heizöl, Erdgas, Strom und Kraftstoffen einhergehenden Emissionen ergibt sich ein landesdurchschnittlicher Pro-Kopf-Wert von 3,5 t, davon entfallen 2,3 t auf den Bereich Wohnen und 1,2 t auf den Bereich Mobilität. Zum Vergleich: Nach der Verursacherbilanz des Landes wurden im Betrachtungszeitraum durchschnittlich 9,9 t CO₂ pro Kopf freigesetzt. Der Anteil der privaten Haushalte liegt demnach bei mindestens einem Drittel der in Rheinland-Pfalz insgesamt freigesetzten Emissionen. Das ist vorsichtig geschätzt, da einige emissionswirksame Bereiche des Konsumverhaltens, wie beispielsweise Urlaubsreisen, nicht berücksichtigt wurden.

Die Werte auf Ebene der Verwaltungsbezirke differieren entsprechend den verbrauchten Energiemengen aus fossilen Energieträgern. Leichte Verschiebungen zwischen Verbrauch und Emissionen sind dabei auf unterschiedlich emissionswirksame Heizungssysteme zurückzuführen. So setzten technisch vergleichbare Ölheizungen mehr CO₂ frei als mit Erdgas betriebene. Für den CO₂-Ausstoß aus dem Betrieb elektrischer Nachtspeicherheizungen wurde daher mit einem etwa doppelt so hohen spezifischen Emissionswert gerechnet. Das zeigt sich beispielsweise in Landesteilen wie der Eifelregion, wo Erdgasanschlüsse weniger, dezentrale Ölheizungen aber häufiger vertreten sind. Das vom Energieverbrauch bereits bekannte räumliche Verteilungsmuster (Land/Stadt) zeigt sich auch bei den Kohlendioxidemissionen. Pro Kopf und Jahr emittieren Verbraucher im ländlichen Raum durchschnittlich 3,7 t, im verdichteten Raum 3,5 t und in hoch verdichteten Räumen 3,1 t.

Ein Drittel des CO₂-Ausstoßes wird von Privathaushalten verursacht

In der wissenschaftlichen Diskussion um die Verringerung der Klimagase wird eine zukünftige Pro-Kopf-Emission von 2,5 t jährlich als nachhaltig tolerable, globale Zielgröße postuliert. Von der Erfüllung dieses Ziels sind die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer weit entfernt. Dies zu erreichen wird angesichts der derzeit notwendigen Mobilität schwierig sein.

Zielgröße an CO₂ liegt deutlich unter dem heutigen Emissionsniveau

Gerd Kramer, Diplom-Umweltwissenschaftler, Sachgebiet Auswertungen Landwirtschaft und Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Kräftiger Anstieg des ifo Geschäfts-klimaindexes im April

Bessere Stimmung in der deutschen Wirtschaft

Nach der deutlichen Stimmungsverbesserung im März hat sich das Geschäftsklima auch im April weiter aufgehellt. Der ifo Geschäftsklimaindex machte einen weiteren Sprung nach oben, er stieg von 98,2 auf 101,6 Punkte. Das ist der höchste Stand seit Mitte 2008. Konjunkturexperten erwarten nun eine deutliche Wachstumsbelebung für das zweite Quartal 2010. Ein gewisses Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf beinhaltet allerdings die Griechenland-Krise.

Deutlich günstigere Einschätzung der Geschäftslage

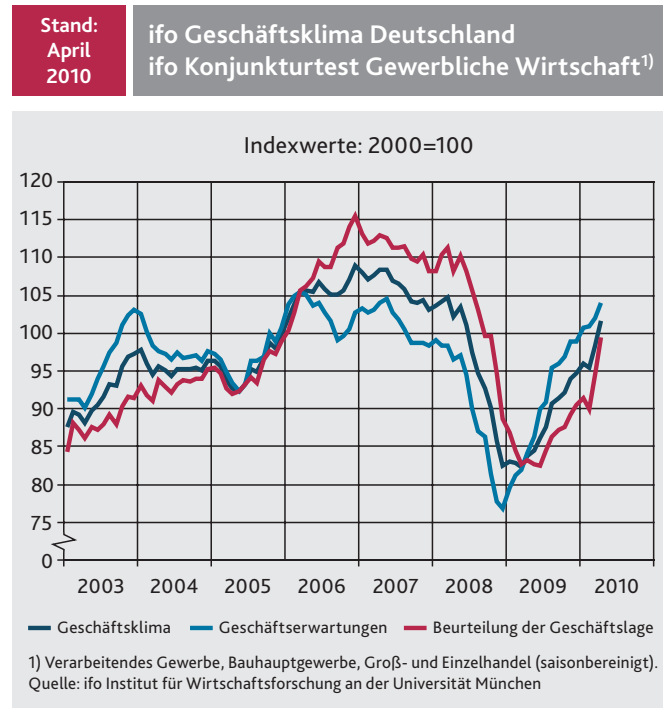
Wie bereits im März beurteilten die Unternehmen vor allem ihre Geschäftslage wesentlich günstiger. Der Lageindex stieg von 94,5 auf 99,3 Punkte. Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate verbesserten sich von 102 auf 104 Punkte, also schwächer als die Lagebeurteilung.

Bessere Stimmung in der Industrie und im Handel

Besonders stark fiel die Klimaverbesserung in der Industrie, im Groß- und im Einzelhandel aus. In allen drei Bereichen gab es vor allem eine wesentlich günstigere Lagebeurteilung als noch im März. Aber auch die Geschäftserwartungen verbesserten sich in den drei Bereichen. Im Bauhauptgewerbe hat sich die Stimmung durch ungünstigere Geschäftsaussichten dagegen etwas eingetrübt.

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich eine allmähliche Erholung der konjunkturellen Lage. Im Berichtsmonat Februar 2010 lagen die Auf-



tragseingänge um +33% über dem – infolge der Wirtschaftskrise – sehr schwachen Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat gab es allerdings ein Minus von 3%. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für Januar 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate Dezember 2009 sowie Januar und Februar 2010 einfließen) lag mit +16,5% zum dritten Mal in Folge über dem Vorjahreswert. Im Dezember 2009 hatte es einen Auftragszuwachs um 11% gegeben, nach einer leichten Verbesserung des Ordervolumens um 0,8% im November.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +16,5%

Im Berichtsmonat Februar 2010 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat um 9,7% gesunken, während sich die ausländische Nachfrage

Auslandsnachfrage zieht wieder stärker an

um 3,1% verbesserte. Im Vergleich zum Februar 2009 wiesen die Inlandsaufträge damit ein Plus von 19% auf, während die Auslandsaufträge in diesem Zeitraum sogar um 46% anzogen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im Januar 2010 um 10% (Dezember 2009: +5,9%), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich sogar um 22% (Dezember 2009: +16%).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie steigen um 3,9%

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29%) hat sich im Berichtsmonat Februar 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich weiter verbessert (+7,6%). Gegenüber Februar 2009 wurde ein kräftiges Plus von 37,5% registriert. Mit +3,9% wurde seit Beginn der Wirtschaftskrise erstmals nach 16 Monaten wieder ein Anstieg des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts festgestellt. Zuvor war das Auftragsminus im Vorjahresvergleich seit Juni 2009 kontinuierlich geringer geworden. Zuletzt verminderten sich die Auftragseingänge im Dezember 2009 gegenüber dem Vorjahr um 7,2%. Die Inlandsnachfrage ist auch im Januar 2010 wieder gestiegen (+10%). Dagegen wiesen die Auslandsbestellungen mit +0,6% erstmals seit August 2008 ein leichtes Plus auf.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge auf niedrigem Niveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Januar 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +47% wieder sehr kräftig. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage zum Jahreswechsel 2008/2009 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsäch-

lich ist. Im Berichtsmonat Februar 2010 lag das Auftragsvolumen um 21% unter dem Vormonatswert und erreichte etwa das Niveau vom Oktober 2008. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 10%. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen der Vormonate zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 128% sprunghaft an.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 9%) kam es im Berichtsmonat Februar 2010 zu einer leichten Verbesserung gegenüber dem Vormonat (+1,8%). Im Vergleich zum auftragschwachen Februar 2009 stieg dagegen die Nachfrage um 12% sehr deutlich. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen im Januar 2009 die Bestellungen mit +20% zum dritten Mal in Folge den Vorjahreswert, nach einem Plus von 27% im Dezember. Während die heimische Nachfrage mit -4,1% wieder gesunken ist, kam es bei der Auslandsnachfrage zu einem deutlichen Anstieg um 39%.

Deutliches Plus bei den Auftragseingängen im Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter rückläufig

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Januar 2010 gegenüber Januar 2009 „geglättet“ um 2,3% gesunken. Damit fiel die Verschlechterung schwächer aus als in den vorangegangenen Monaten. Zuletzt wurden im November und Dezember 2009 Rückgänge um 7,4 bzw. 3,8% festgestellt. In den drei vorangegangenen Monaten hatte es sogar ein Minus zwischen 18 und 25% gegeben. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt – nach den leichten Verbesserungen der Auftragslage zum Jahresende 2009 – mit +15% im Januar 2010

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 2,3%

zu einem kräftigen Umsatzplus. Im Hochbau fielen die Auftragsrückgänge mit –17% allerdings wieder stärker aus als im Vormonat. Hier hatte es von August bis Oktober 2009 Auftragseinbrüche um mehr als 40% gegeben. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52%, der des Hochbaus bei 48%.

Zahl der Baugenehmigungen leicht gestiegen

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Januar 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 3,6% gestiegen. Nach den kräftigen Rückgängen zur Jahresmitte 2009 hatte sich bereits seit August die Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich erhöht. Im Oktober 2009 wurde mit +40% die stärkste Verbesserung seit mehr als drei Jahren beobachtet.

Umsätze im Handel und im Gastgewerbe rückläufig

Umsatz im Einzelhandel geht zurück

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Januar 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 0,3% gegenüber Januar 2009 auf. Im Dezember 2009 waren die Umsätze mit –0,7% etwas stärker gesunken. Im November war noch ein Plus von 0,7% festgestellt worden.

Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Zum Jahreswechsel 2009/2010 gingen auch im Kraftfahrzeughandel die Umsätze zurück. Im Drei-Monats-Durchschnitt kam es im Januar 2010 zu einem realen Rückgang um 5%. Im Dezember 2009 hatte es im Vorjahresvergleich bereits ein leichtes Minus

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

von 1,1% gegeben, nachdem es zuvor sechs Mal in Folge zu einem Umsatzplus in einem Bereich von 0,3 bis 3,7% gekommen war.

Sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im Januar 2010 gegenüber Januar 2009 real um 4,5%. Der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts war etwa so stark wie in den beiden Vormonaten. Davor waren von Mai bis Oktober 2009 die Umsatzeinbußen in einem Bereich von –5,8 bis –8,1% deutlich kräftiger ausgefallen.

Weiterhin Umsatz-einbußen im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Januar 2010 preisbereinigt um 1,8% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Damit liegen die Umsatzrückgänge seit April 2009 im Vorjahresvergleich in einem engen Korridor von –1,3 bis –2,5%.

Jahresteuerrate im April bei 1,2%

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im April 2010 im Vergleich zum Vormonat um 0,1% gestiegen. Gegenüber dem April des Vorjahres hat sich der Index um 1,2% erhöht; nach +1,1% im März. In den Monaten von November 2009 bis Februar 2010 hatte die Teuerungsrate zwischen 0,3 und 0,7% betragen. Davor waren die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich sechs Mal in Folge gesunken. Zu dem Anstieg im April 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+33 bzw. +16%) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im April 2010 in den Indexhauptgruppen „Verkehr“ (+4,7%) sowie „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,5%). Niedrigere Preise als im Vorjahr

wurden in den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (–1,8%) sowie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–1,9%) festgestellt. Ein besonders starker Preisrückgang war wieder im Bereich „Bildungswesen“ (–18%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl im April weiter gesunken

Nach dem leichten Rückgang im März ist die Arbeitslosigkeit im April deutlicher gesunken. Insgesamt waren im Berichtsmonat 125 300 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 5 700 bzw. 4,4% weniger als im März. Gegenüber April 2009 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 9 700 bzw. 7,2% ab.

Zahl der Arbeitslosen verringert sich weiter

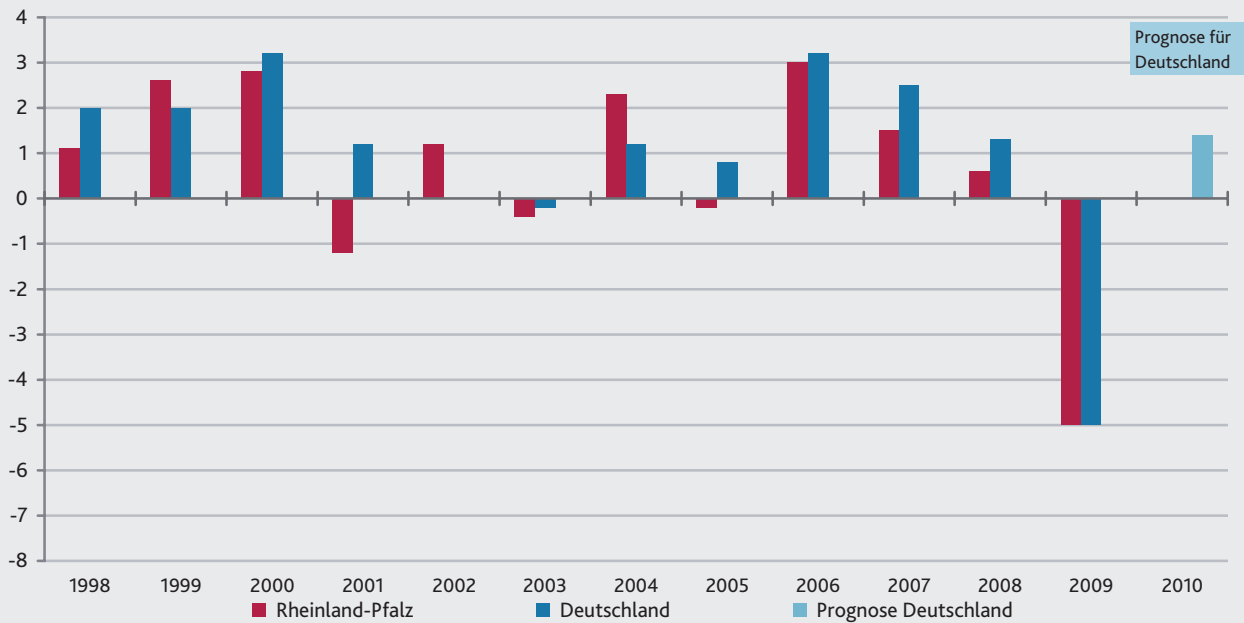
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, sank im April auf 6%. Im März hatte die Quote bei 6,2% und im April 2009 noch bei 6,5% gelegen.

Arbeitslosenquote 6%

Die aktuelle Entwicklung hat in erster Linie saisonale Ursachen. Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit sieht aber auch bereits Hinweise auf eine konjunkturelle Stabilisierung des Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz. Diese kommt vor allem in der Verringerung von Kurzarbeit, aber auch durch steigende Stellenangebote zum Ausdruck.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

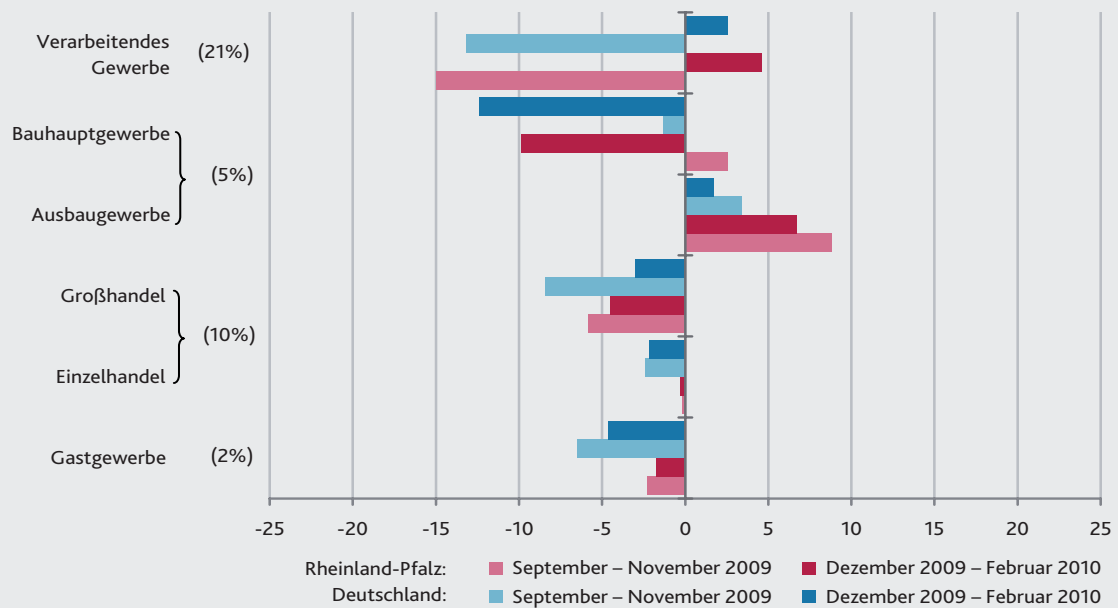


1) Nächster Fortschreibungstermin für 2010 im September 2010.

Quelle Prognosewert: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – Jahreswirtschaftsbericht 2010

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

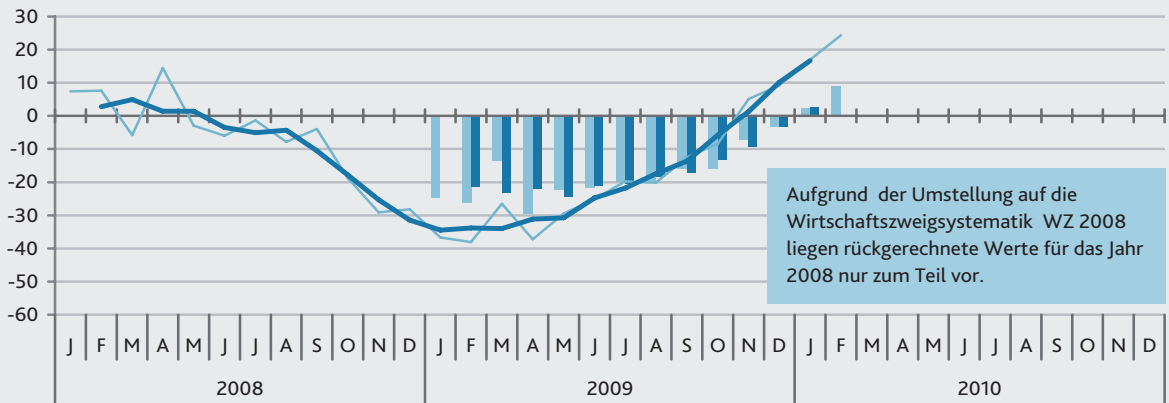
3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



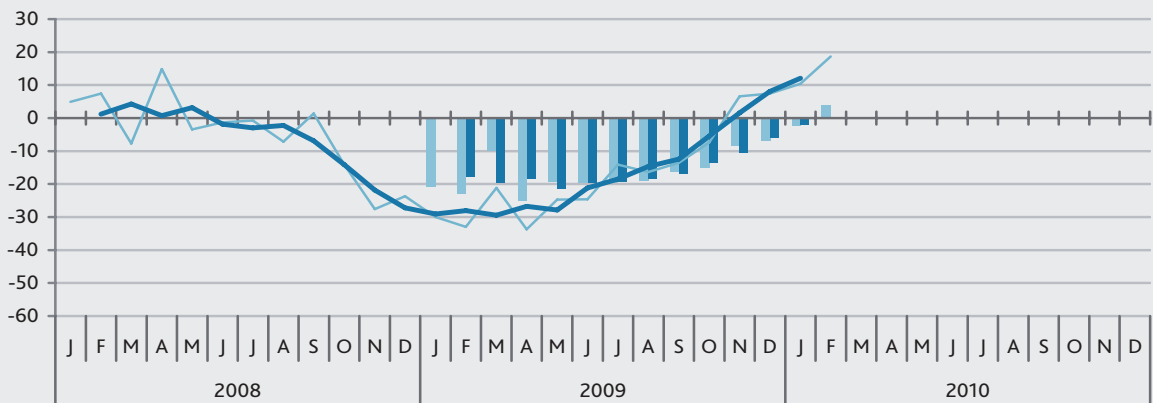
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

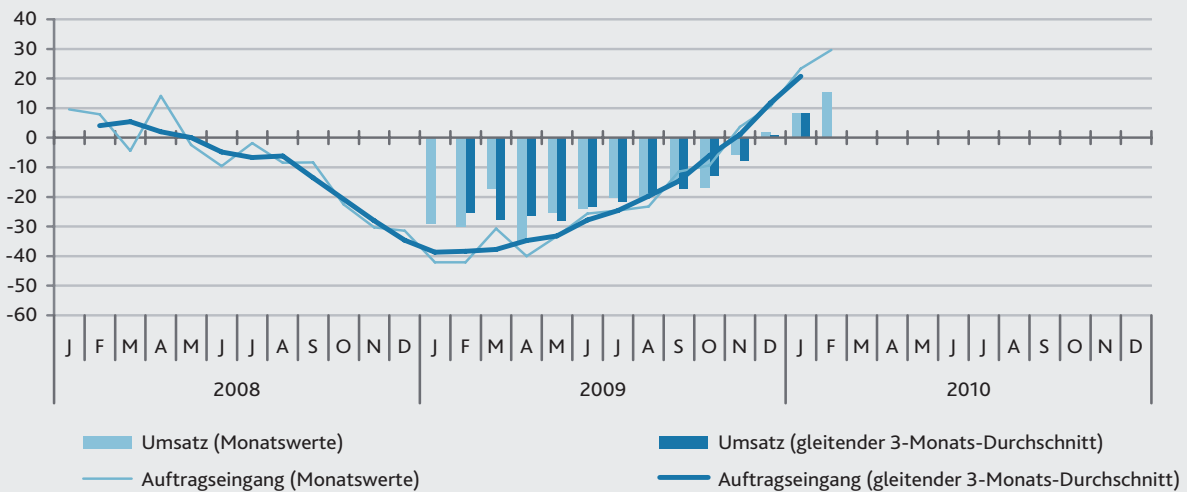
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
Insgesamt



Inland

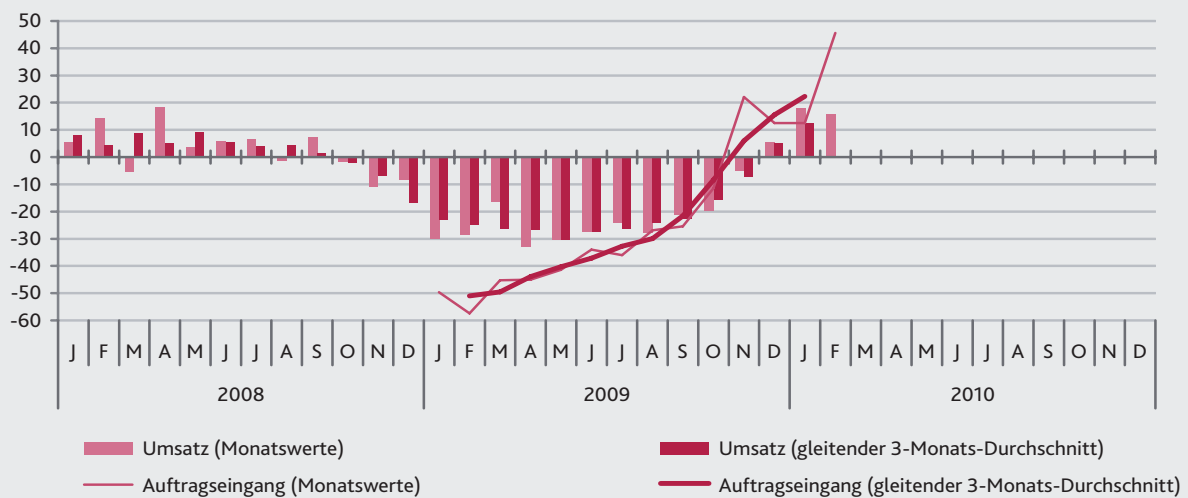
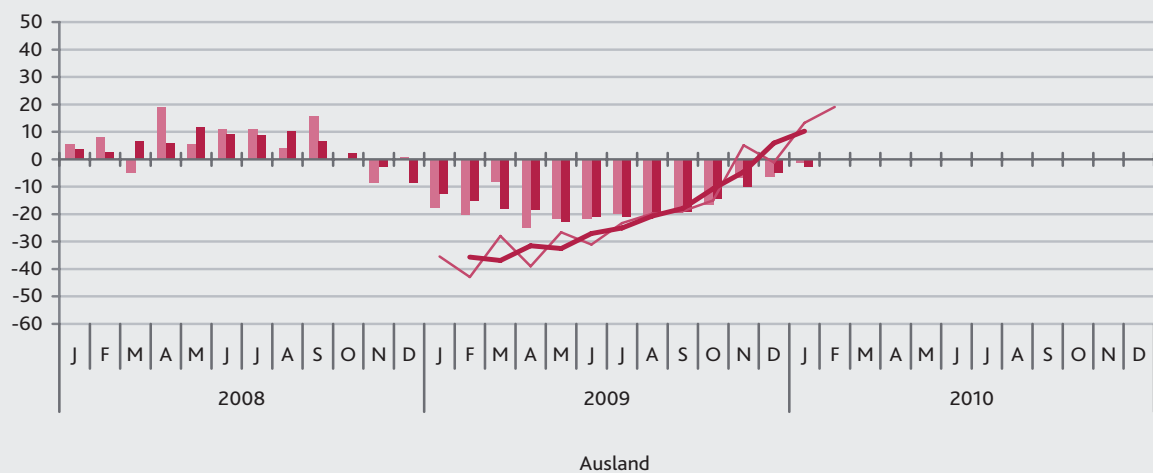


Ausland



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt

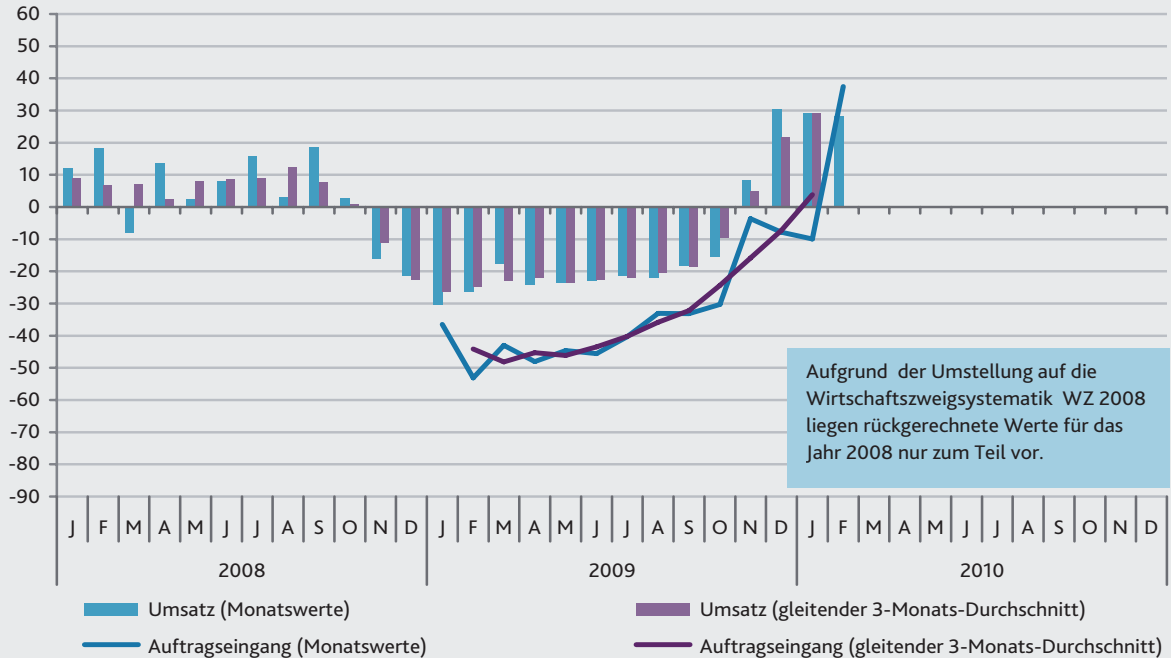


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

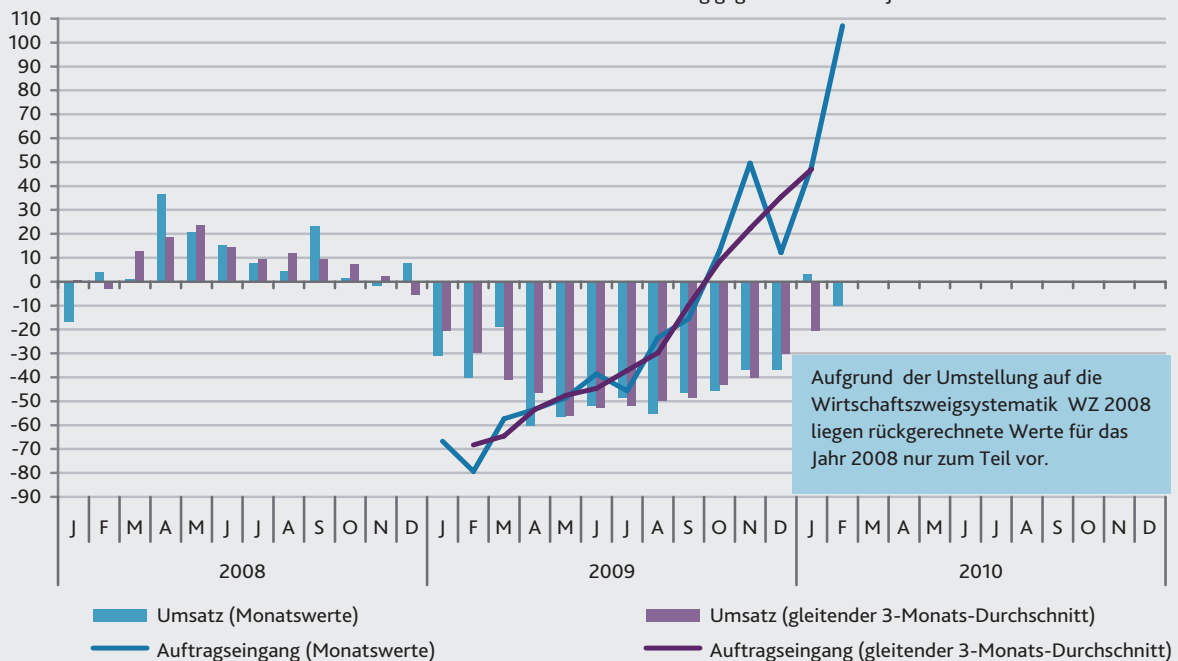


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

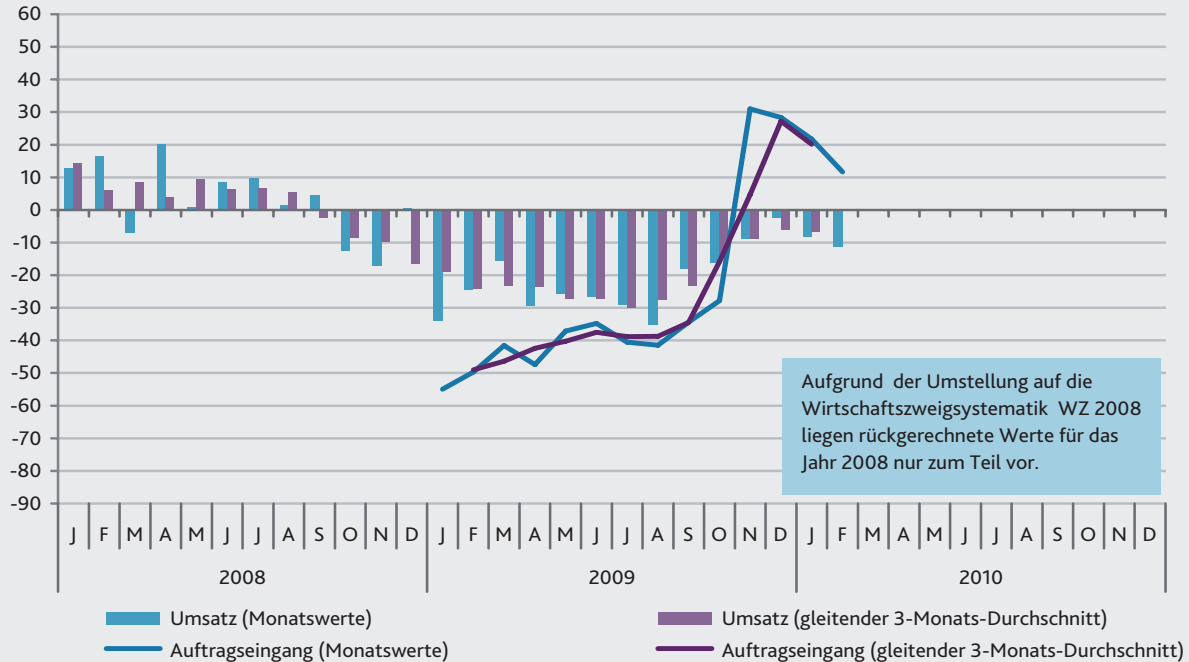


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



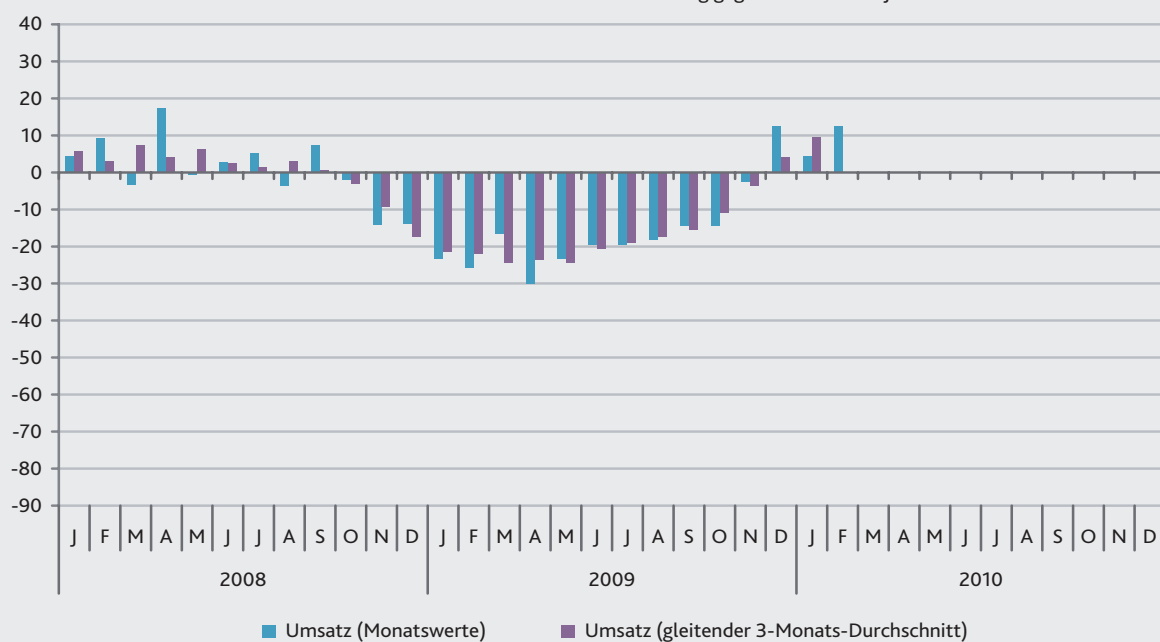
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

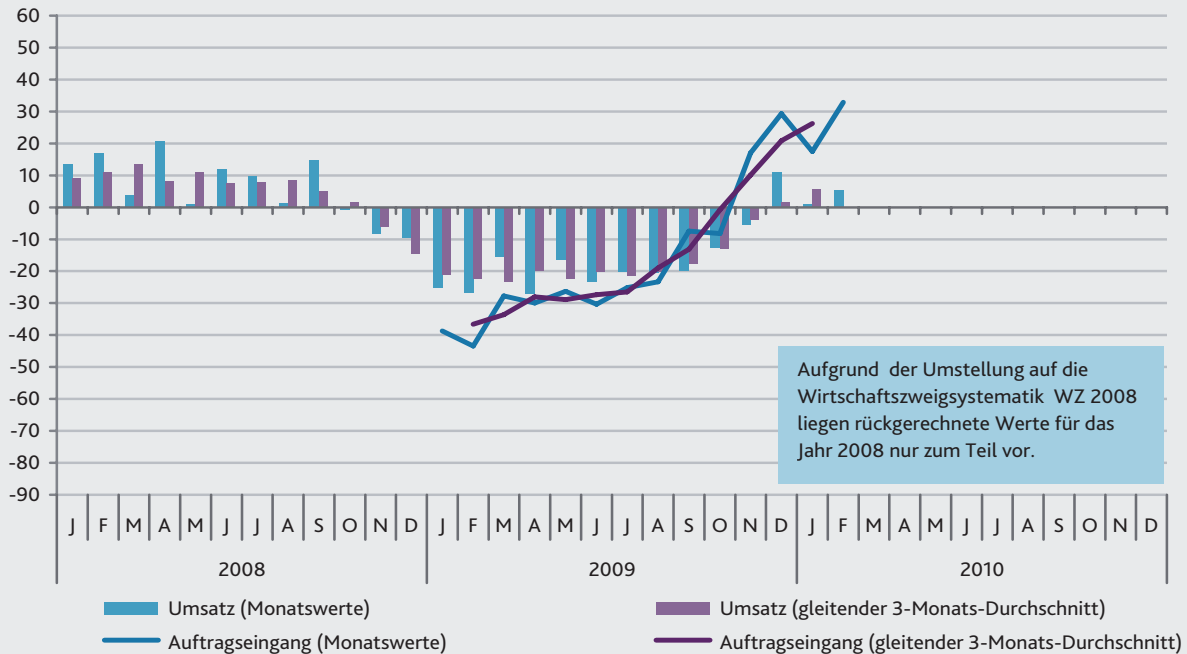


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



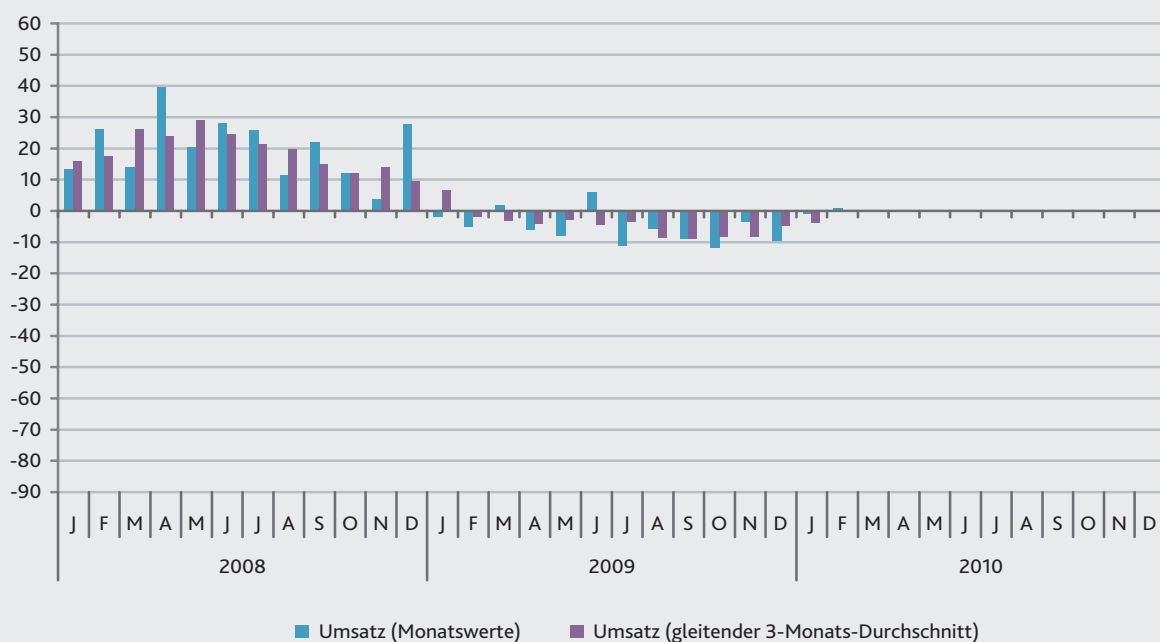
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

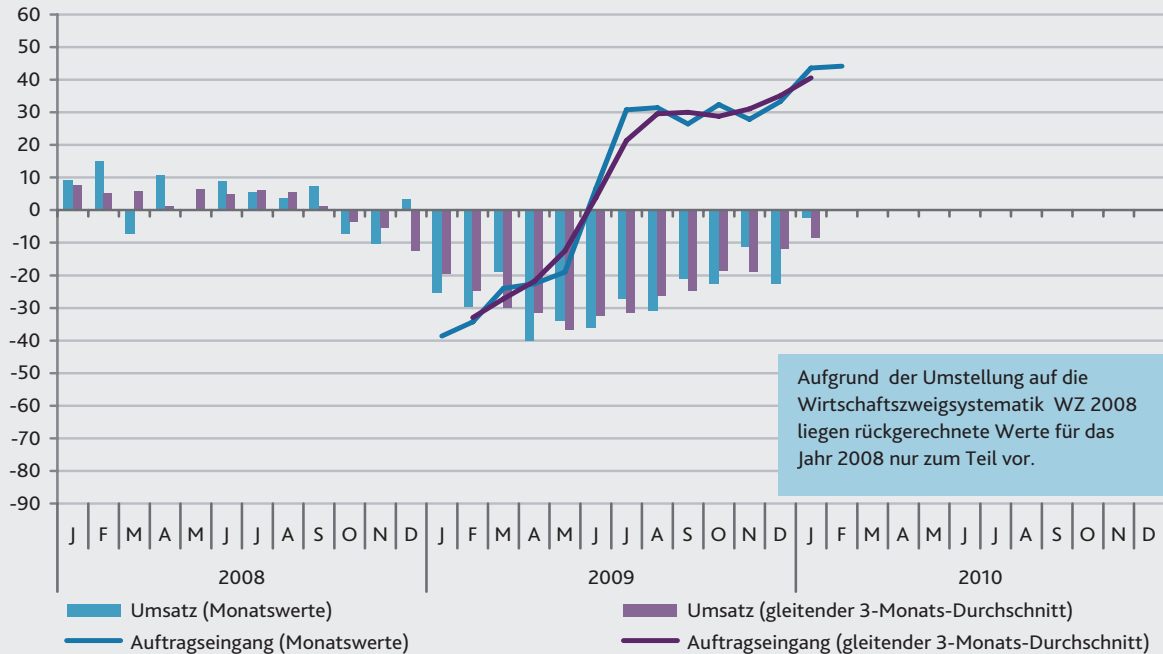


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

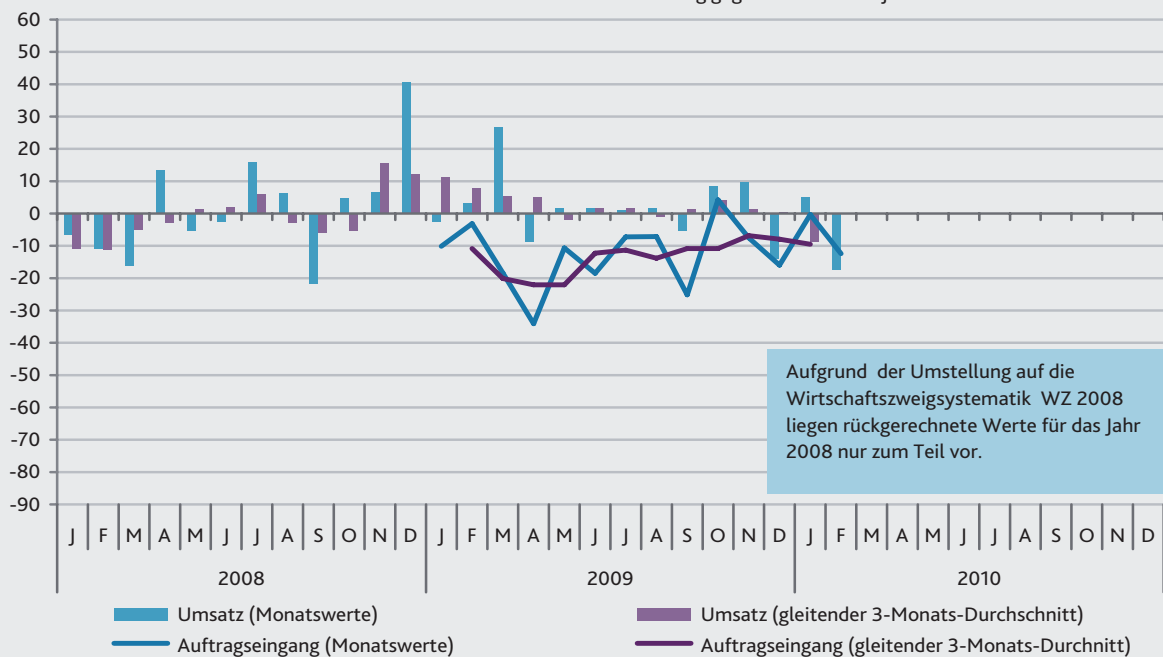


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

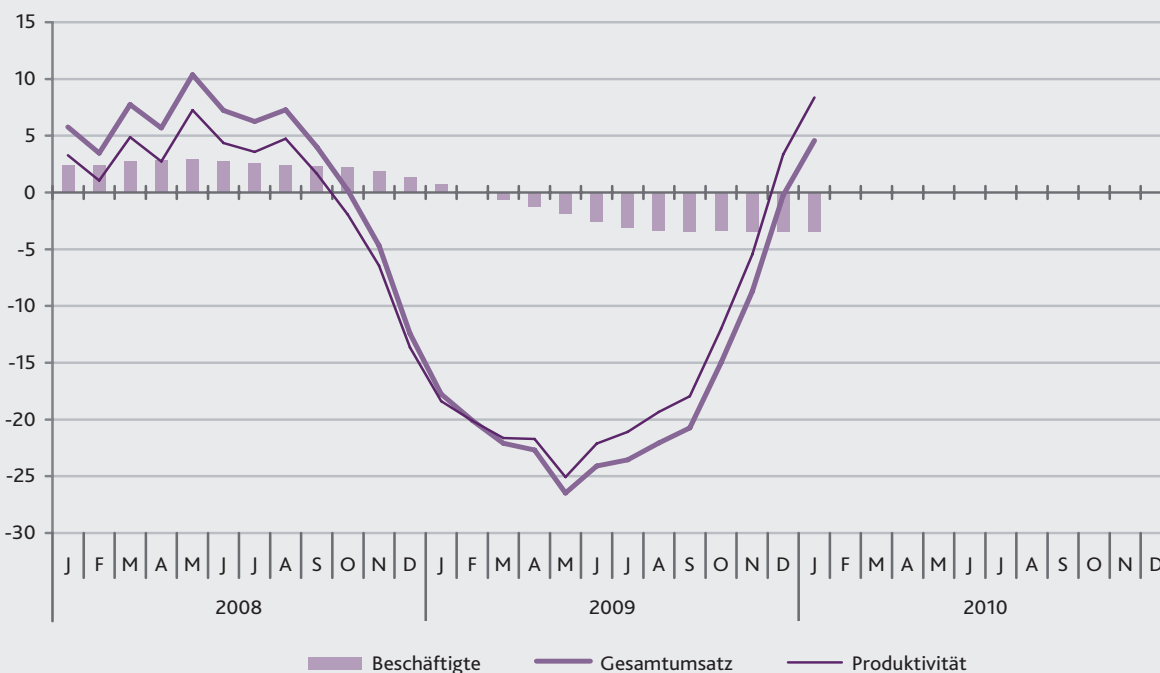
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



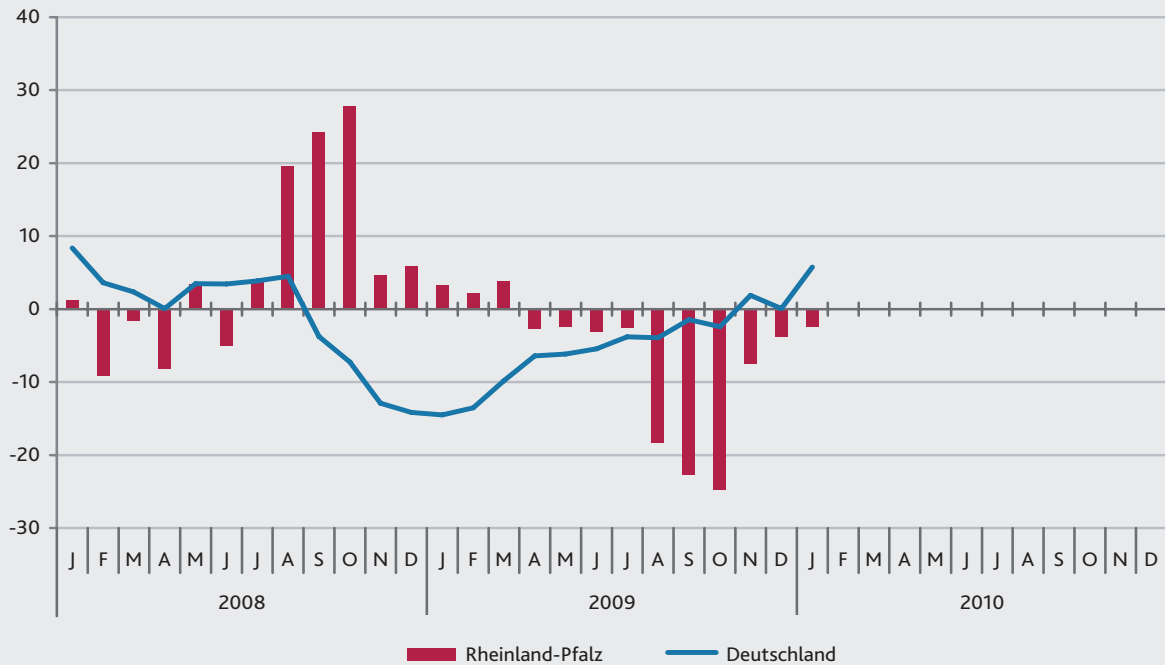
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

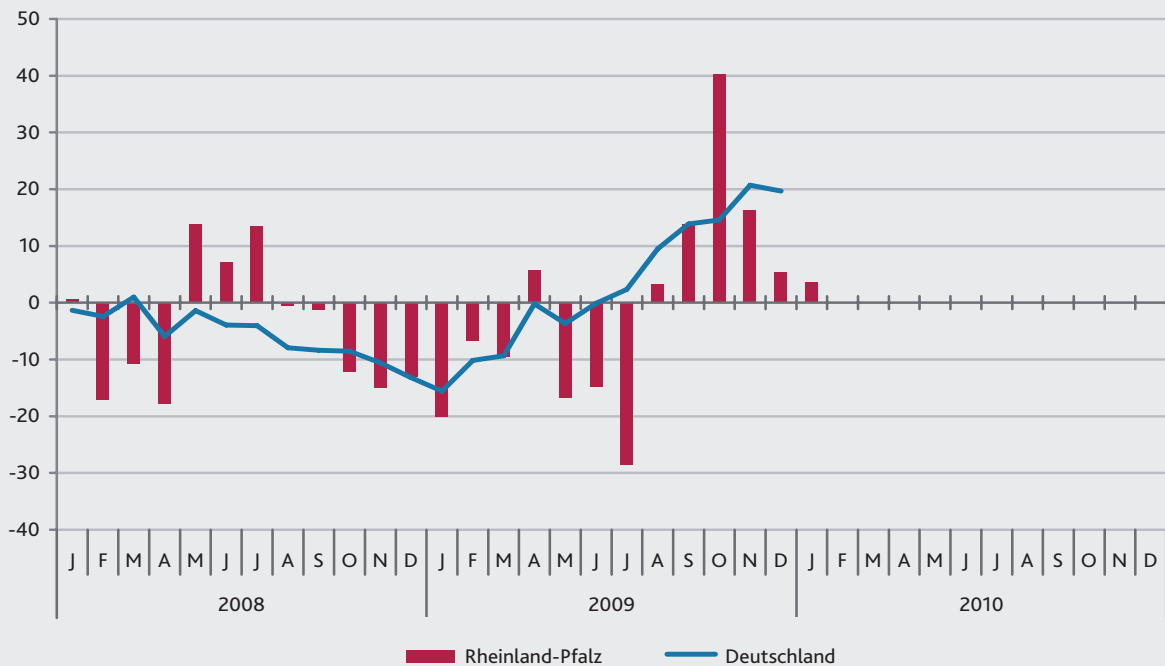
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

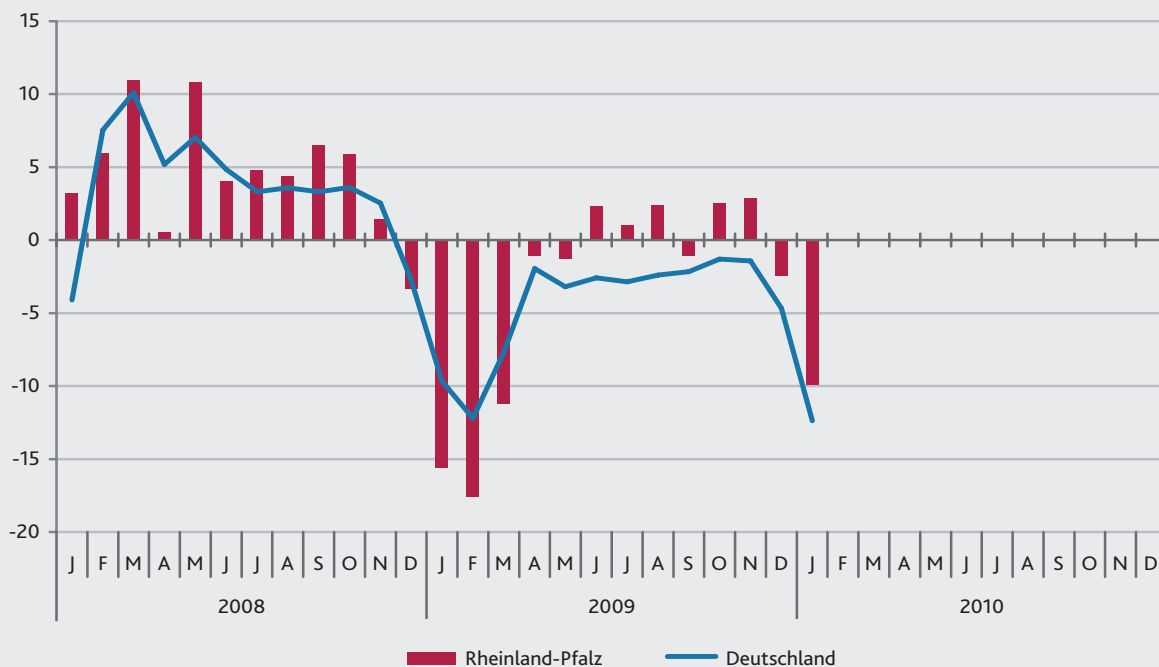
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

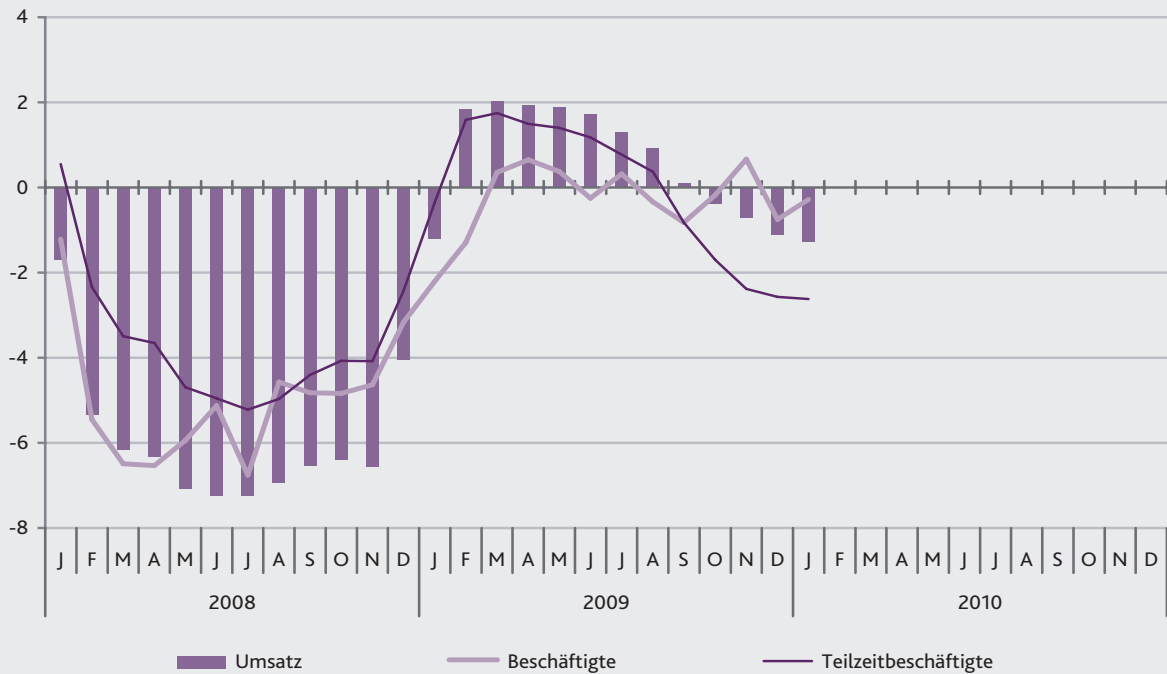
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



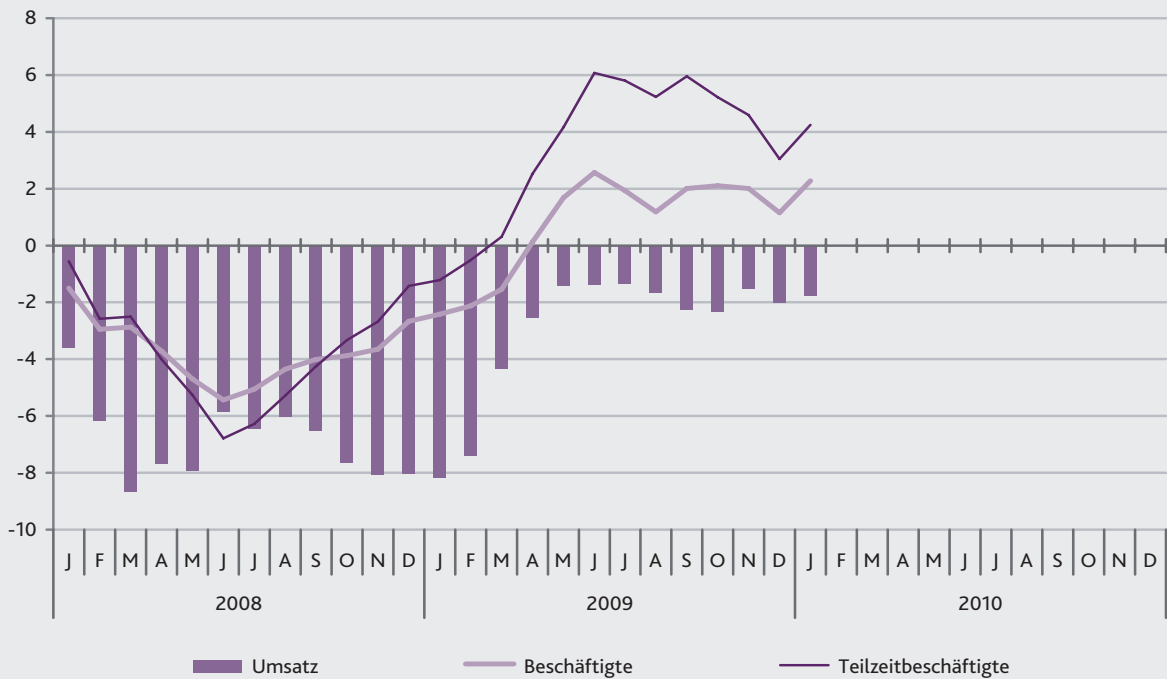
1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

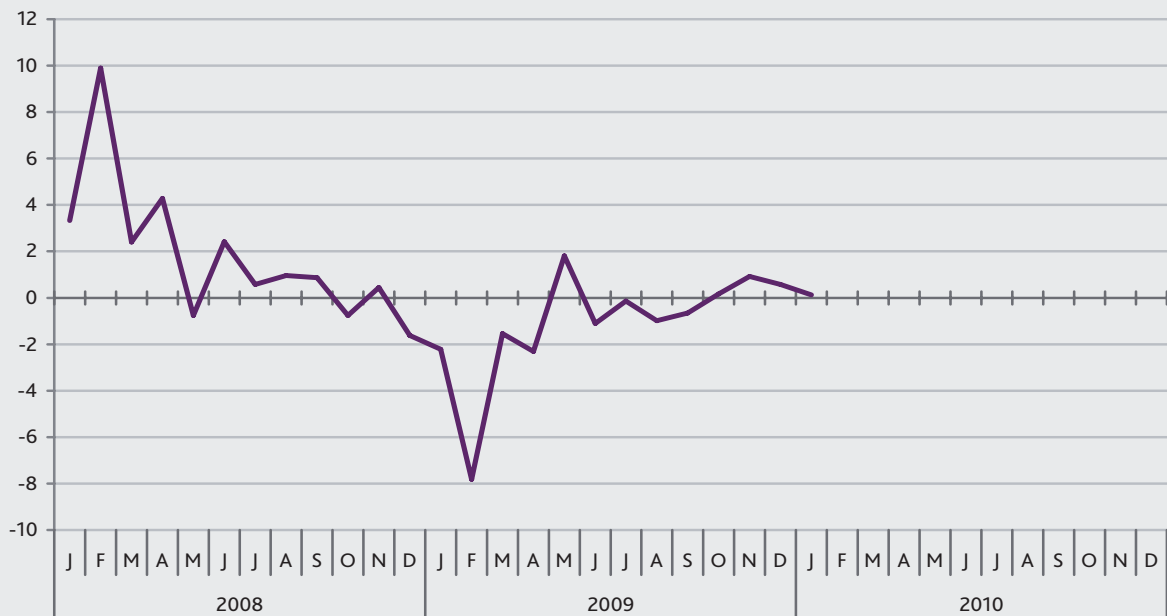
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Gästeübernachtungen

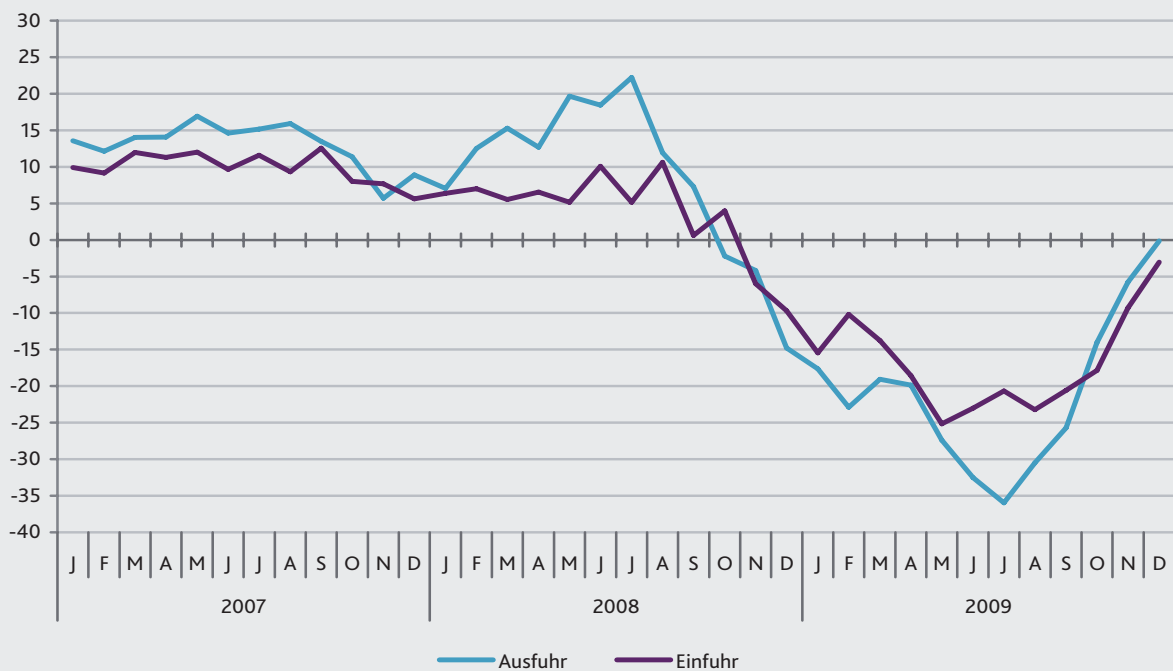
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

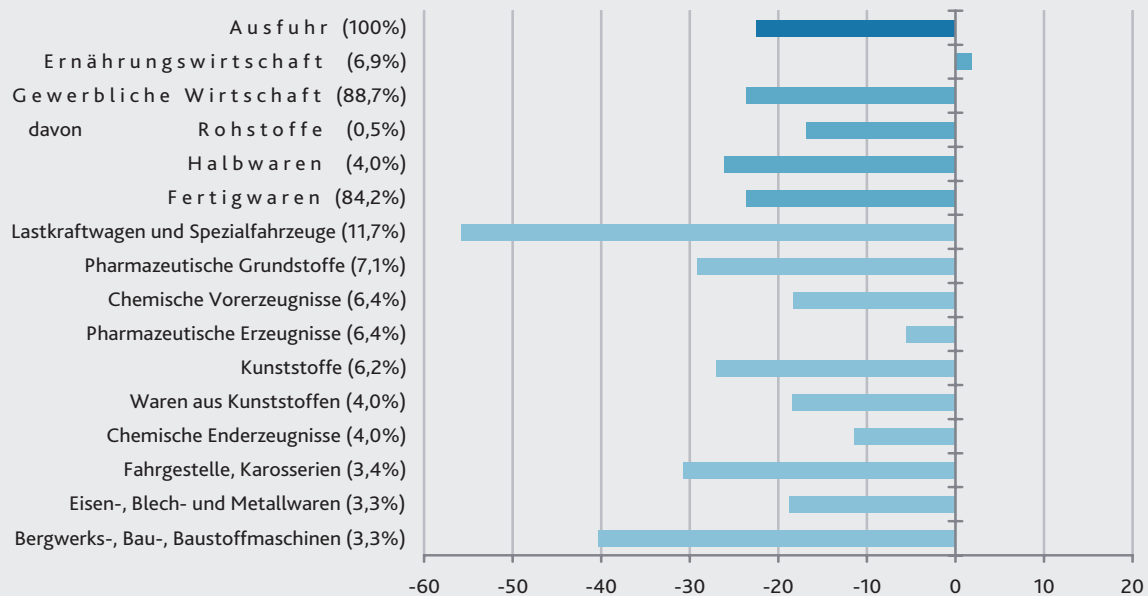
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Warengruppen¹⁾

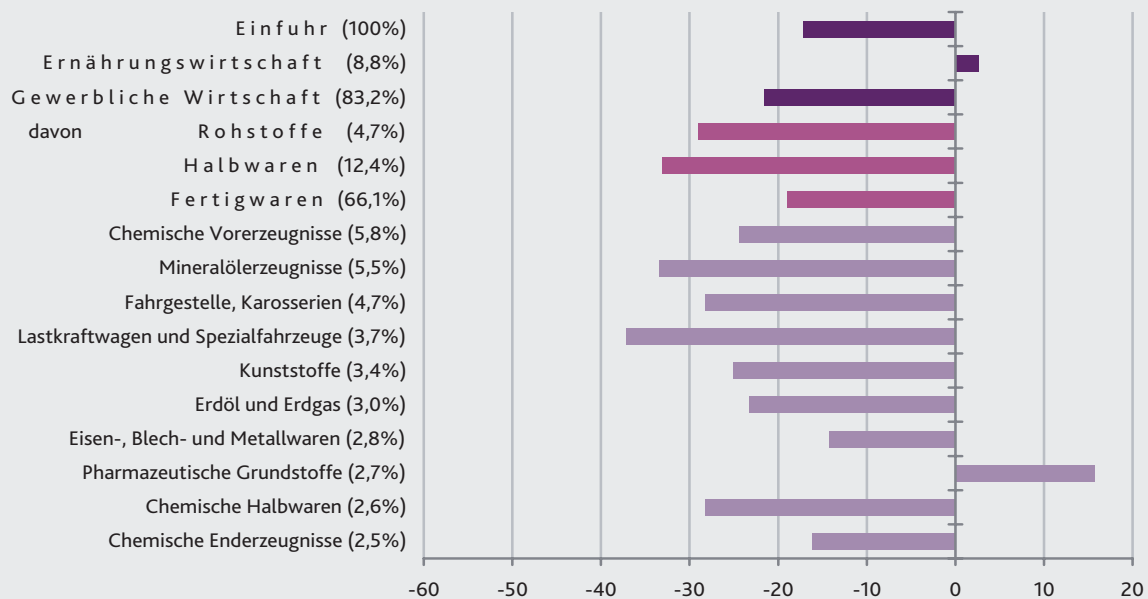
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

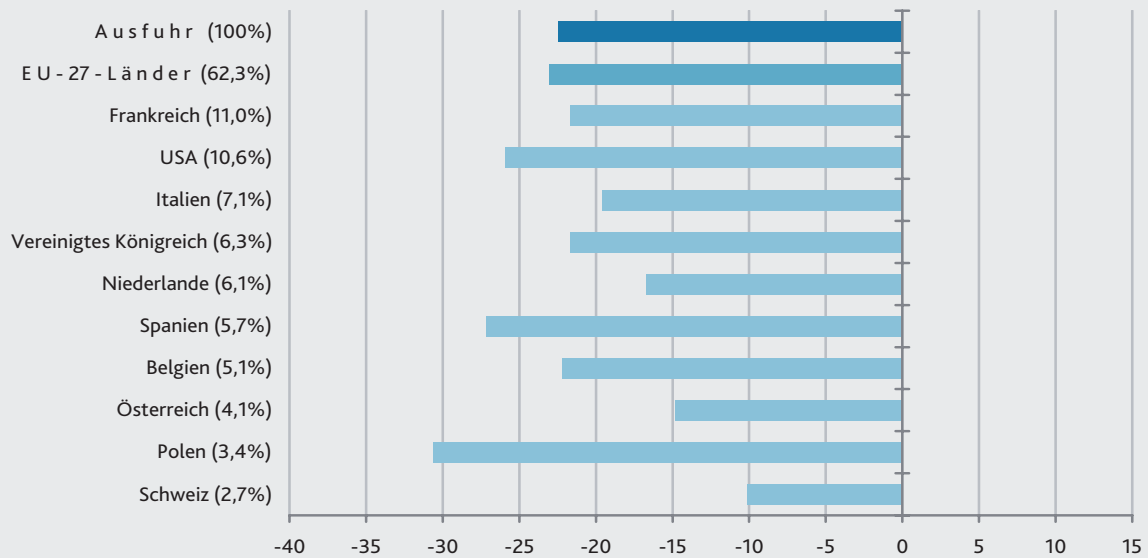
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



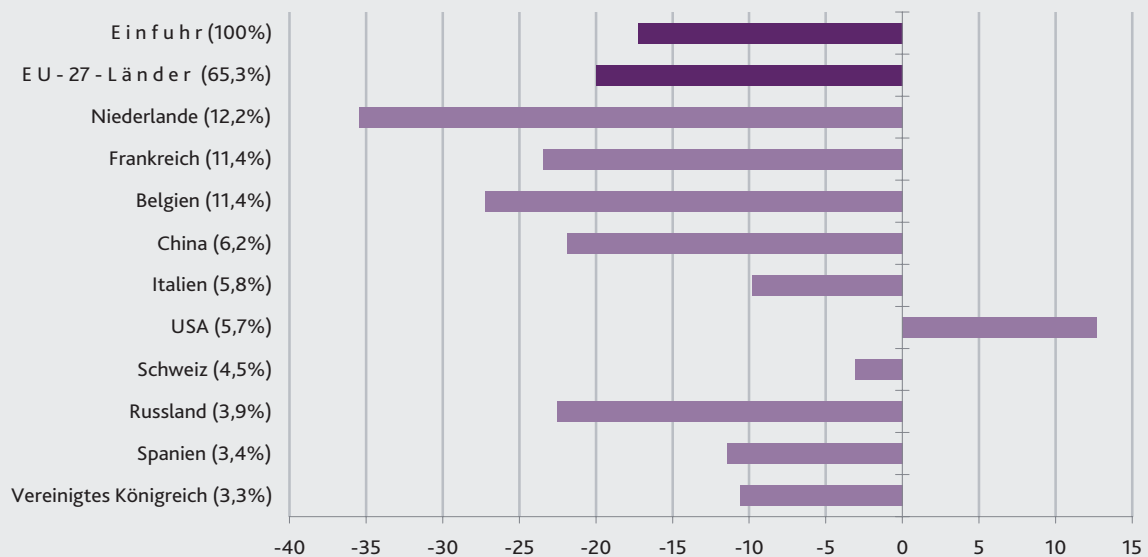
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



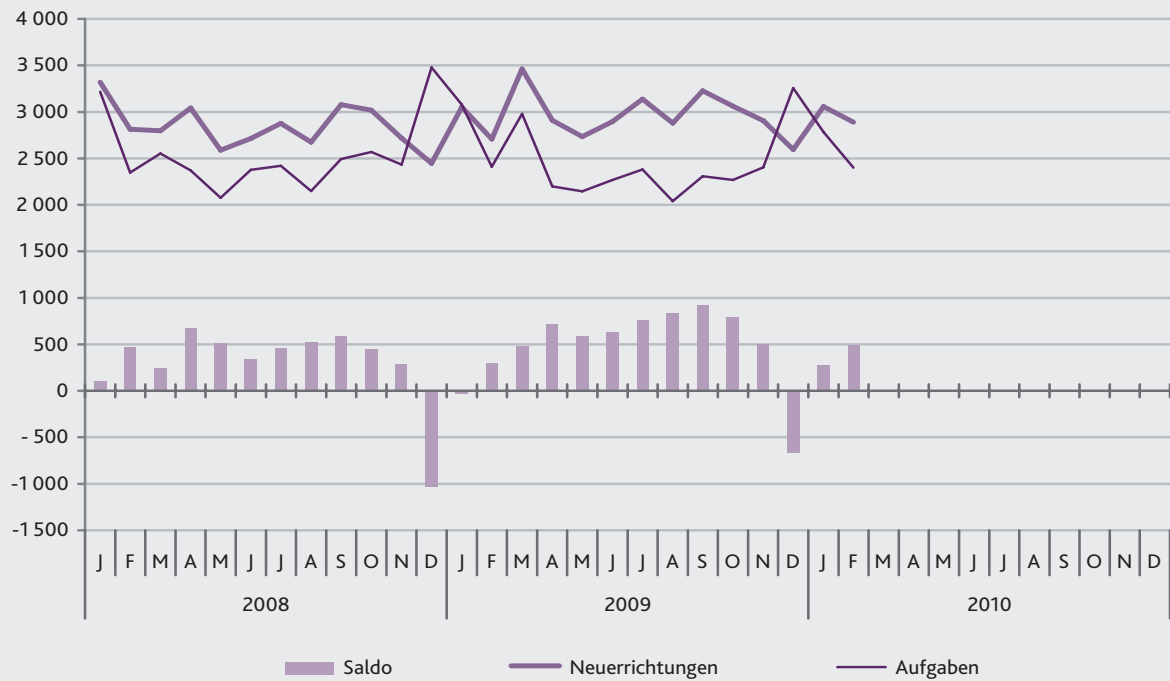
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2009 bis Dezember 2009 nach Herkunftsländern¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar

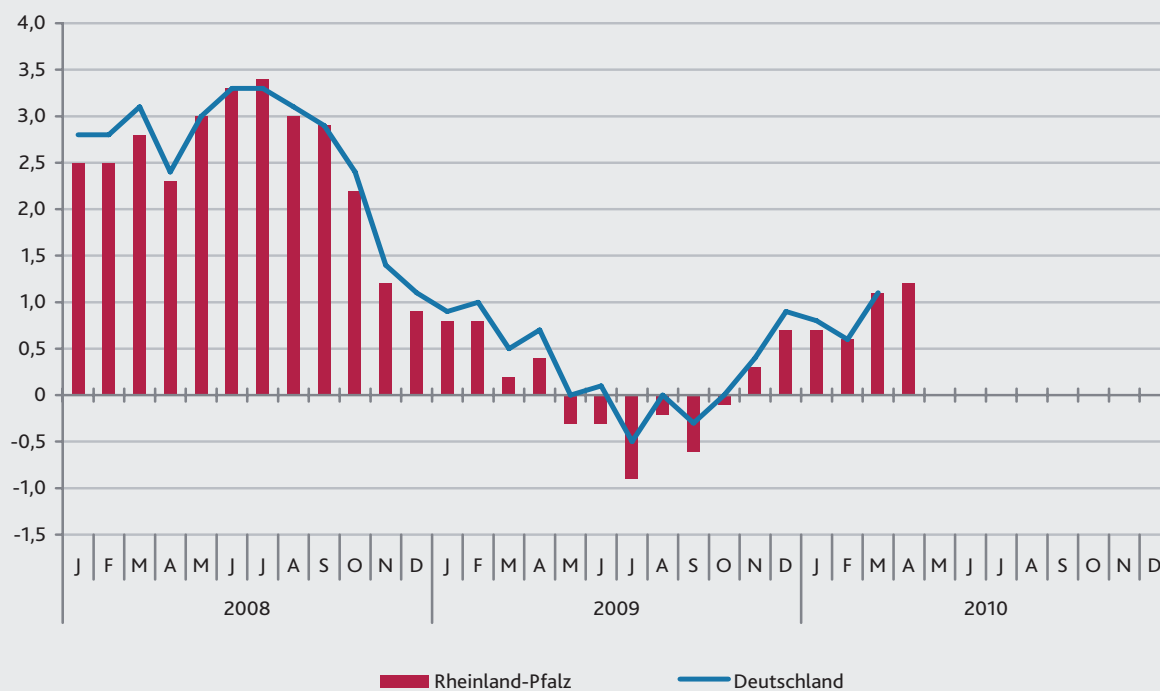
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

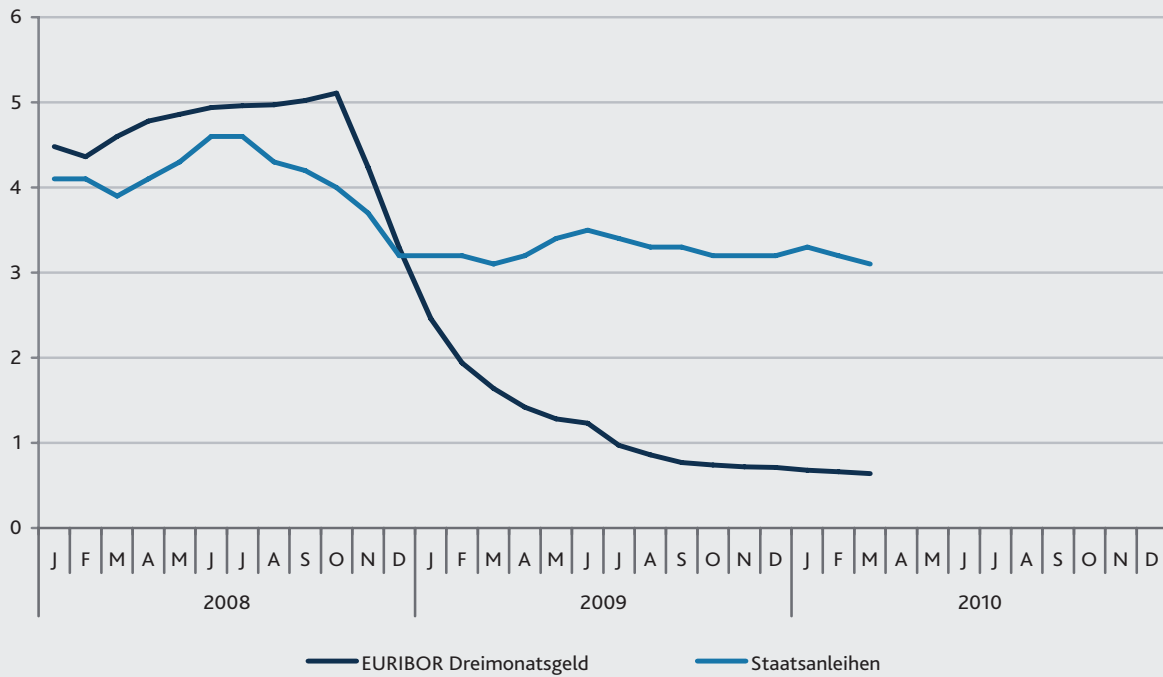


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

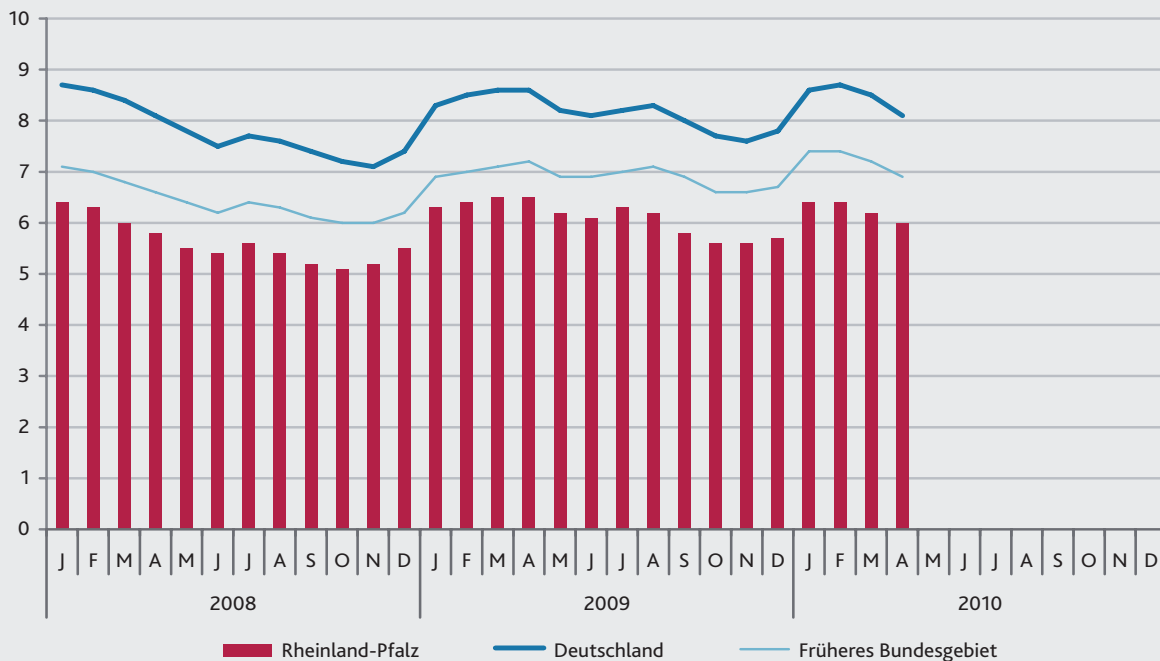


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



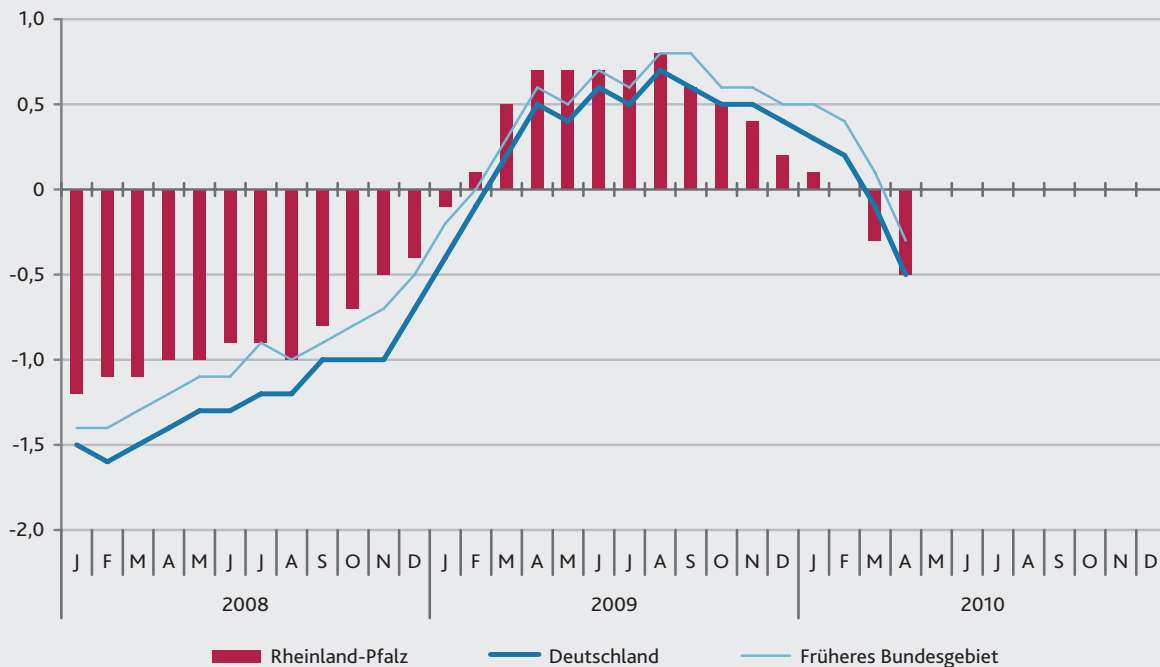
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



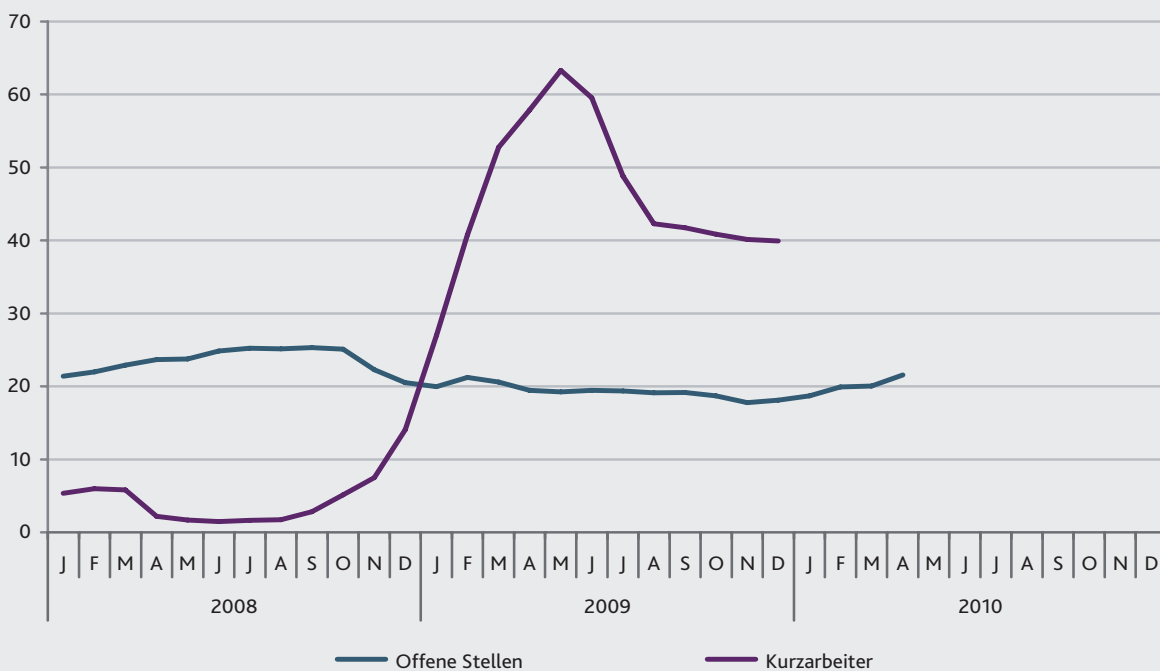
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



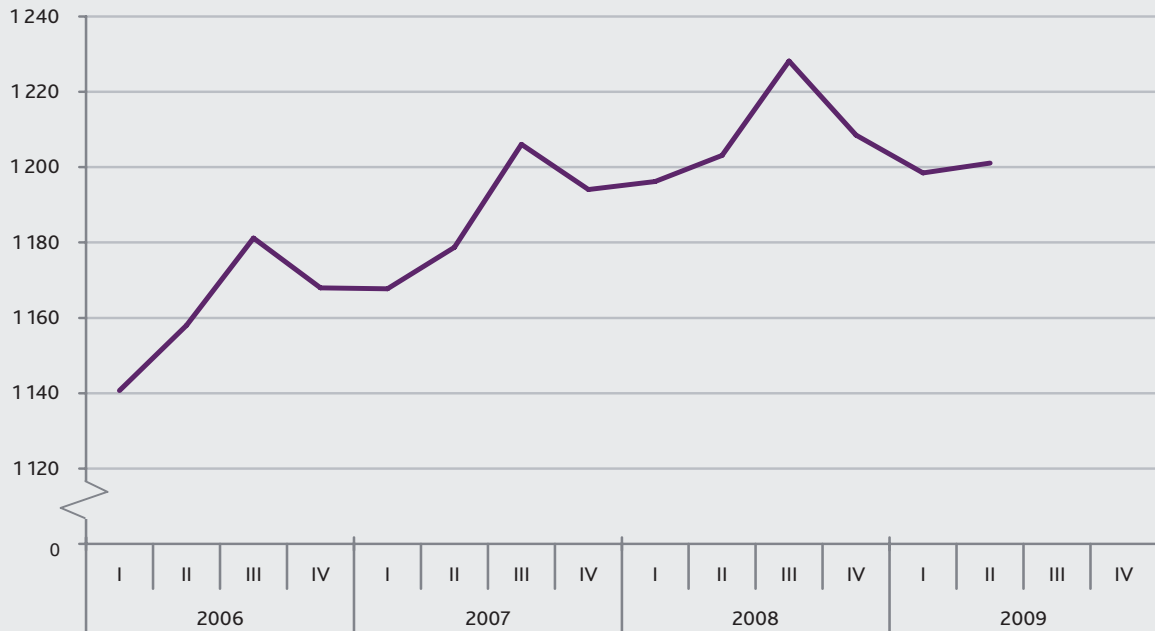
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter
in 1 000



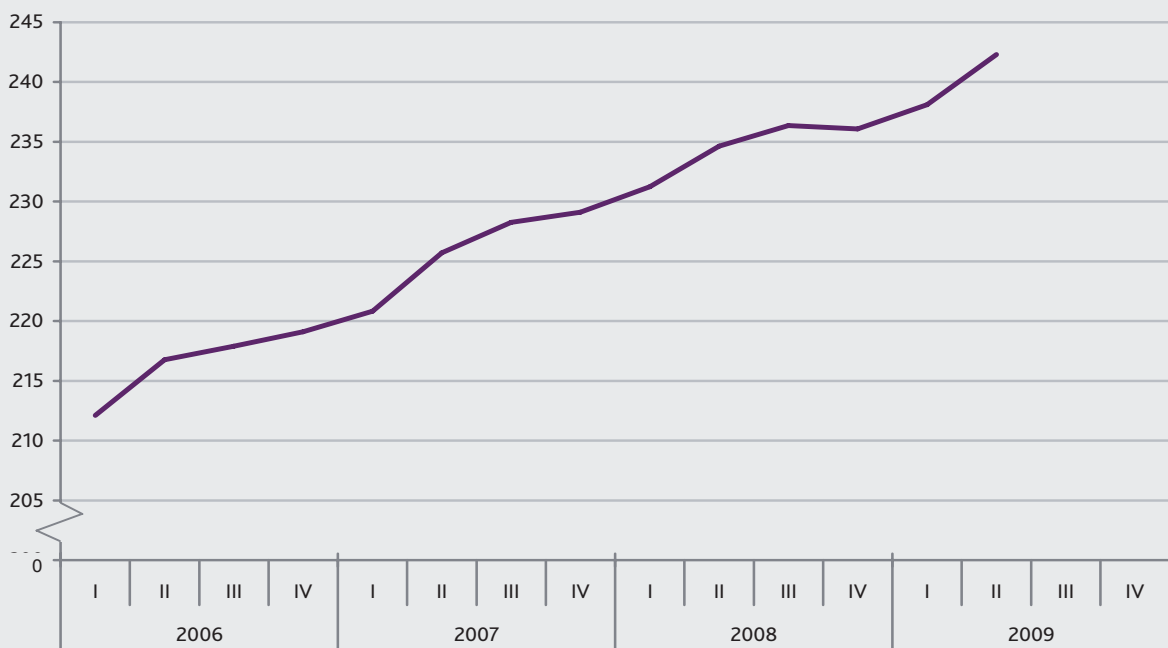
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

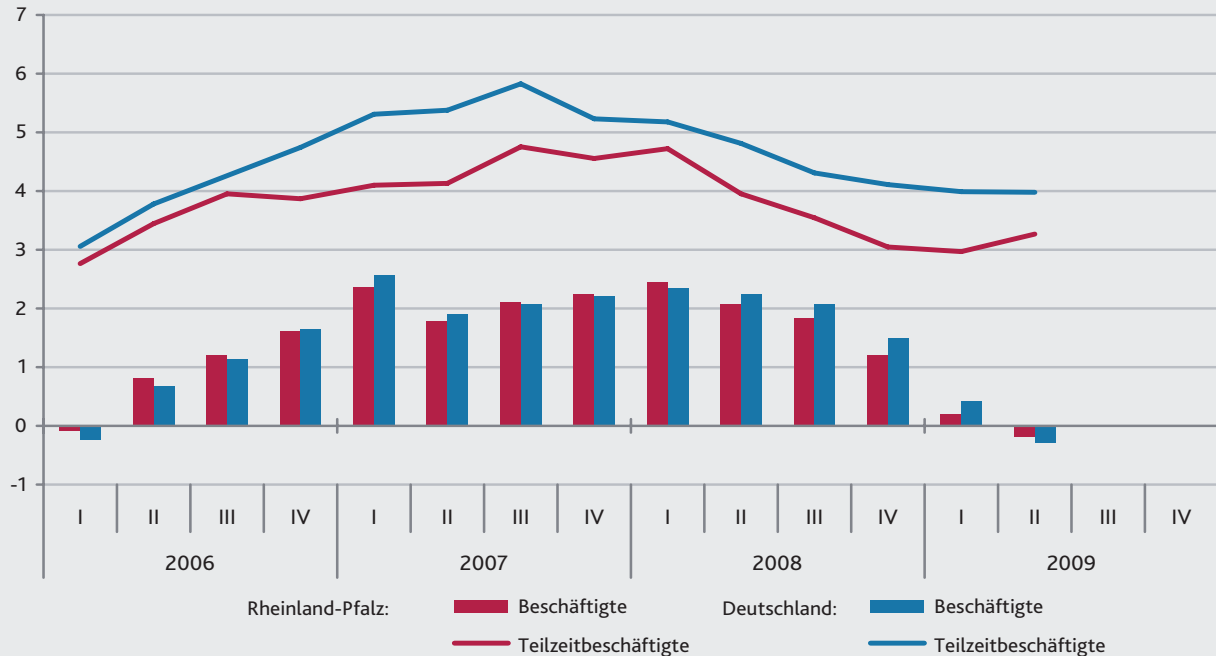
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

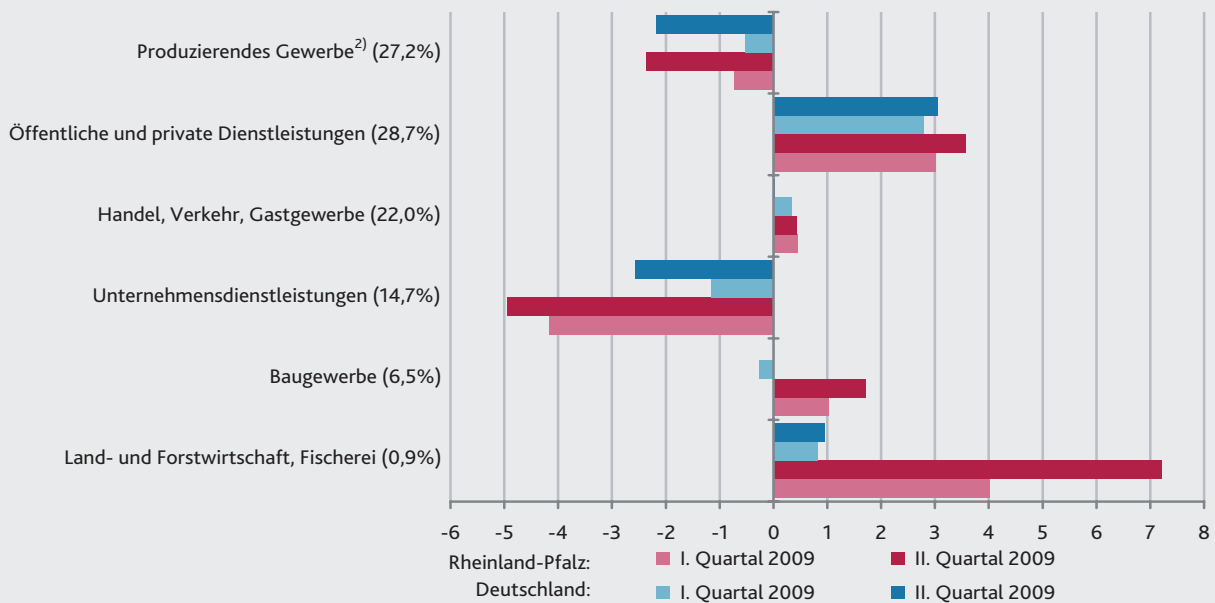
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

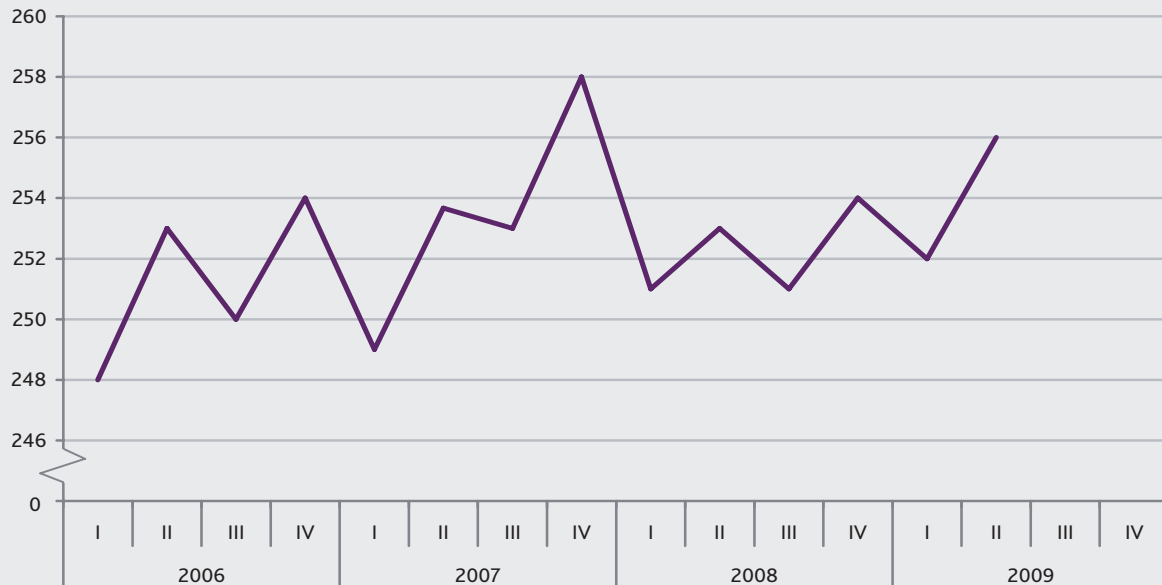
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



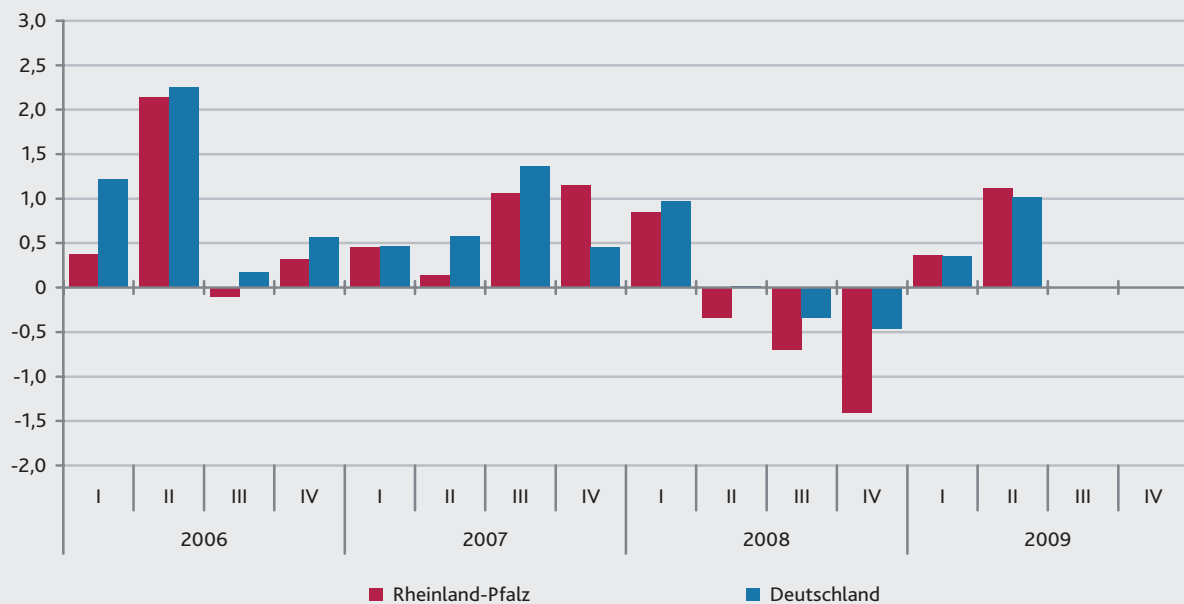
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

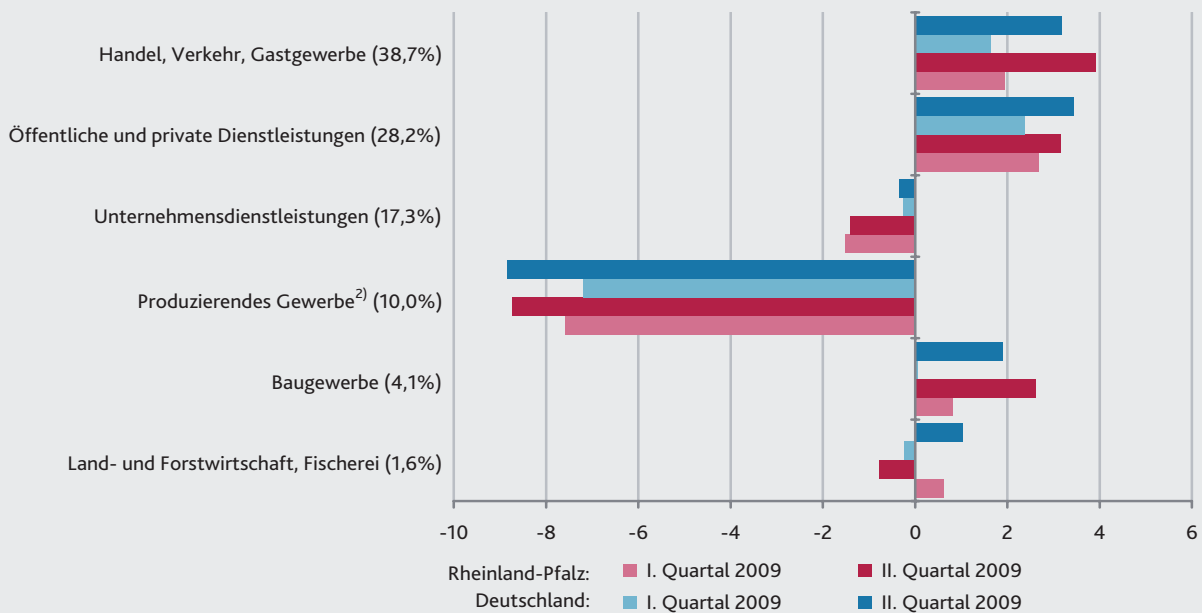
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. April 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptge-

werbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchen-

umsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene

Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	131 111
752	134 121	128 083	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 520
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

BEVÖLKERUNG	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 034	4 031	4 028	4 016	4 016	4 014	...
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	316	315	308	307	308	307	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	1 585	1 070	2 333	2 431	1 608	1 066	...
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 828	2 343	3 175	2 900	2 564	2 329	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	8,3	7,1	9,3	8,8	7,5	7,1	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 612	3 258	4 369	3 255	3 443	3 464	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	10,5	9,8	12,8	9,9	10,1	10,5	...
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	7	8	4	9	5	14	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	2,5	3,4	1,3	3,1	2,0	6,0	...
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	- 784	- 915	- 1 194	- 355	- 879	- 1 135	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 2,3	- 2,8	- 3,5	- 1,1	- 2,6	- 3,4	...

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	9 949	7 336	6 235	9 290	10 241	7 740	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	3 123	2 429	1 711	3 245	3 290	2 476	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	11 405	8 910	7 970	9 326	9 855	8 100	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	4 055	3 966	3 286	2 694	2 841	2 848	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	- 1 456	- 1 574	- 1 735	- 36	386	- 360	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	14 018	11 898	11 828	13 618	14 290	12 979	...

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}

Beschäftigte ^{8) 9)}	Einheit	2006	2007		2008				2009	
		30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 158	1 179	1 194	1 196	1 203	1 228	1 209	1 198	1 201
* Frauen	1 000	521	527	539	539	540	553	550	549	549
* Ausländer/-innen	1 000	70	73	70	74	77	78	73	74	76
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	217	226	229	231	235	236	236	238	242
* darunter Frauen	1 000	187	195	198	200	202	203	204	205	208
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	.	.	9	10	11	9	10	11
* Produzierendes Gewerbe	1 000	.	.	.	408	411	419	412	407	404
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	.	.	262	263	269	265	263	264
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	.	.	182	185	188	179	175	176
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	.	.	334	333	341	344	344	345

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2008	2009				2010			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Arbeitslose	Anzahl	116 260	127 400	133 459	134 319	134 946	133 894	134 633	131 037	125 293
* Frauen	Anzahl	57 758	57 826	59 203	59 756	60 647	58 072	57 738	57 084	56 246
Männer	Anzahl	58 501	69 574	74 256	74 563	74 299	75 822	76 895	73 953	69 047
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	43 862	52 957	59 155	58 520	57 800	56 580	57 732	53 949	48 495
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	72 398	74 443	74 304	75 799	77 146	77 314	76 901	77 088	76 798
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	5,6	6,1	6,4	6,5	6,5	6,4	6,4	6,2	6,0
* Frauen	%	6,0	6,0	6,2	6,2	6,3	6,0	5,9	5,9	5,8
* Männer	%	5,3	6,2	6,7	6,7	6,7	6,7	6,8	6,6	6,1
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	5,6	6,6	7,1	7,1	7,1	6,1	6,5	6,1	5,6
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	4,0	4,1	4,3	4,1	4,2	3,4	3,6	3,4	3,2
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	6,0	6,2	6,7	6,8	6,9	6,5	6,5	6,4	6,3
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	5,7	6,4	6,8	6,9	7,0	6,7	6,7	6,7	6,7
* Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	14,3	14,4	14,4	14,3	14,1	13,8	13,3
Deutsche	%	5,1	5,6	5,9	5,9	5,9	5,8	5,9	5,7	5,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 624	46 248	40 754	52 789	57 867
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 508	19 352	21 231	20 587	19 462	18 681	19 906	20 049	21 584

**BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	469	467	328	368	348	361	357	330	301
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	310	340	333	336	340	311	278
3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	18	28	15	25	17	19	23
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	-	2	1	2	1	-	1	...	1
Unternehmen	Anzahl	68	88	52	57	62	36	74	45	22
private Haushalte	Anzahl	400	376	275	309	285	325	282	285	278
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	673	642	485	521	452	535	529	497	485
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	340	389	329	389	316	349	322
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	64	74	62	71	61	64	59
Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	2 641	2 951	2 693	2 986	2 487	2 784	2 478
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	107	86	97	83	99	83	88	80

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	133	95	90	81	111	101	107	91
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	14	7	9	18	10	21	11	12
Unternehmen	Anzahl	115	116	88	80	63	100	79	93	77
private Haushalte	Anzahl	6	3	-	1	-	1	1	3	2
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	22	5	4	3	4	7	99	16
* Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	659	673	354	554	623	479	698
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	105	90	58	90	95	78	88
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	76	105	83	69	45	64	74	61	52

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	783	752	544	598	533	624	600	680	578
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	3 043	3 354	3 172	3 487	2 854	3 444	2 970

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	11 029	11 141	9 772	11 405	10 458	10 473	9 324
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 945	2 621	2 153	3 043	2 569	2 158	2 024
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	38	6	9	15	35	8	6
* Jungrinder	t	.	.	.	6	9	25	13	6	8
* Schweine	t	8 211	8 094	7 933	8 480	7 571	8 261	7 805	8 287	7 268
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	10 059	9 351	9 165	7 207	6 629	7 848	8 464

**PRODUZIERENDES
GEWERBE**
**Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen
und Erden ⁴⁾**

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 041	1 031	1 040	1 039	1 039	1 010	1 011
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	248 193	246 032	245 985	240 709	239 791	237 608	237 059
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	28 359	29 961	29 124	30 708	27 520	29 086	29 103
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	854	805	785	1 100	839	793	770
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	5 474	4 600	4 968	5 630	5 431	4 958	5 341
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	2 362	2 567	2 676	3 068	2 771	2 954	3 216
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	1 914	993	1 249	1 371	1 525	945	1 131
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	86	83	90	120	99	84	85
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 112	957	954	1 072	1 036	975	909
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	...	1 804	1 253	1 297	1 464	1 671	1 635	1 677	1 880
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 051	449	604	694	665	463	544
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	2 560	2 153	2 412	2 830	2 702	2 537	2 789
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	46,8	46,8	48,6	50,3	49,7	51,2	52,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	71,2	77,9	64,3	84,0	75,5	87,9	85,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,1	69,4	84,3	66,9	82,2	73,2	87,2	90,0
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	64,5	61,1	50,8	79,9	73,3	81,4	73,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	89,4	54,0	51,5	63,3	96,6	76,3	101,3	105,8
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	127,6	116,5	118,7	109,8	111,8	100,0	119,1	106,1
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	109,4	68,8	81,4	57,4	69,5	63,4	73,3	78,9
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,1	52,6	52,3	29,6	58,8	59,0	77,5	61,3

**Energie- und Wasser-
versorgung**

* Betriebe ^{2) 9)}	Anzahl	103	111	110	116	116	115	115	163	163
* Beschäftigte ^{2) 5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 992	10 011	9 985	10 023	10 044	9 468	9 490
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2) 9)}	1 000 h	1 241	1 261	1 154	1 281	1 228	1 350	1 179	1 188	1 167
* Bruttoentgeltsumme ^{2) 9)}	Mill. EUR	34	35	34	32	32	50	34	30	32
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	798	835	827	571	549	633	521
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	785	818	809	554	534	614	504

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Brutto- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾**Bauhauptgewerbe ²⁾**

Baugewerbe ¹⁾	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauhauptgewerbe ²⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	35 892	35 212	35 463	36 733	36 378	35 525	35 449
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	2 652	1 868	2 304	3 869	2 812	1 452	1 839
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	993	757	936	1 509	1 137	577	743
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	765	585	719	898	709	441	561
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	894	526	649	1 462	966	434	535
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	426	209	275	720	451	148	205
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	84	69	66	102	84	63	62
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	420	206	206	444	436	146	168
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	113	60	68	133	125	46	54
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	129	68	69	113	113	42	53
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	177	78	68	198	198	57	62
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	78	28	27	111	98	25	21

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ²⁾**

		Einheit	2007	2008				2009			
			Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ²⁾											
Betriebe ⁶⁾		Anzahl	297	312	310	311	313	356	357	358	359
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾		Anzahl	11 384	11 985	11 907	12 029	12 127	13 153	13 024	13 085	12 990
* Geleistete Arbeitsstunden		1 000 h	3 674	3 819	3 814	3 856	3 921	3 996	4 129	4 324	4 392
* Entgelte ⁴⁾		Mill. EUR	78	83	81	81	90	86	88	90	97
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	276	311	302	302	409	249	306	329	436

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

Großhandel ^{P 8)}	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	125,0	121,8	121,4	120,2	119,2	119,1	120,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	120,6	120,4	120,1	124,2	122,7	125,4	126,2
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	120,0	107,3	94,8	94,4	110,5	103,2	89,8	94,8
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,8	102,6	91,2	90,5	104,6	98,0	84,7	88,7

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	107,8	109,8	107,6	106,5	107,1	107,1	105,6	105,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	109,3	111,8	109,4	108,3	108,2	108,0	106,2	105,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	112,1	130,8	101,1	94,6	109,7	130,5	98,1	96,6
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	114,3	108,6	128,3	99,2	92,0	107,5	128,0	95,8	93,7

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	107,8	108,6	106,8	104,9	107,4	106,8	106,9	106,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	122,5	124,1	119,7	122,1	125,8	126,3	127,6	129,3
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	95,9	82,6	75,4	84,4	95,8	80,4	72,0	78,0
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	96,8	92,2	79,4	72,4	80,9	91,3	76,8	68,6	74,4

GASTGEWERBE ¹²⁾

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,1	102,5	96,2	95,7	105,1	102,7	98,9	99,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,5	110,0	102,8	102,7	114,4	112,1	108,2	108,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	102,8	98,4	74,4	74,9	90,1	97,0	73,9	75,3
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	105,8	98,7	93,6	70,1	70,7	84,7	90,7	67,8	69,2

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gästeankünfte	1 000	615	621	384	304	351	473	404	304	352
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	96	63	83	103	106	59	81
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	1 042	817	927	1 155	1 070	814	931
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	267	147	224	258	281	137	215

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2007	2008			2009				2010
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	1 850	1 959	1 710	2 062	1 969	1 882	1 672
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 141	1 154	946	1 348	1 230	1 095	866
* Getötete Personen	Anzahl	18	19	15	9	22	17	9	20	9
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	8	3	19	10	5	15	7
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	4	3	-	2	-	1	1	-	-
Radfahrer	Anzahl	1	2	-	-	-	3	-	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	3	5	2	2	1	2	5	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	1 510	1 484	1 257	1 806	1 620	1 403	1 154
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	338	329	242	221	196	315	252	230	153
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	136	113	132	169	151	126	95
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	83	82	34	21	8	52	35	21	6
Radfahrer	Anzahl	47	47	28	16	17	37	19	27	8
Fußgänger	Anzahl	34	35	27	54	35	27	37	49	27

Kraftfahrzeuge³⁾

Kraftfahrzeuge ³⁾	Einheit	2008	2008		2009				2010	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	9 521	10 204	13 783	13 297	10 162	9 056	9 298
darunter										
Kraftträder	Anzahl	825	835	351	239	498	218	122	144	271
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	8 133	8 933	12 439	12 150	9 134	8 043	8 217
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	736	739	560	748	621	665	617
* Zugmaschinen	Anzahl	302	314	219	215	233	128	207	164	150

Personenbeförderung

Einheit	2007	2008			2009				2010	
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399	54 542	63 669
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	579	508	636	586	581	499	629

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2007	2008			2009				2010
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gütereingang	1 000 t	1 142	1 158	1 103	1 002	871	814	1 009	958	970
* Güterversand	1 000 t	959	945	771	658	523	783	935	794	723

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	3 209	2 748	2 766	3 182	3 179	2 768	2 765
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	229	232	268	295	256	244	244
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	2 828	2 404	2 383	2 783	2 825	2 430	2 433
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	19	13	15	16	18	17	14
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	108	92	102	116	116	103	106
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	2 701	2 299	2 265	2 651	2 691	2 310	2 314
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	710	566	647	835	984	642	802
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	1 990	1 733	1 618	1 815	1 707	1 668	1 512

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾**Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾**

davon nach

Einheit	2007	2008		2009				2010	
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Europa	Mill. EUR	2 527	2 678	2 373	1 892	2 072	2 203	2 036	1 908
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 210	2 338	2 104	1 631	1 845	1 919	1 775	1 699
Belgien	Mill. EUR	183	190	172	139	154	162	150	143
Luxemburg	Mill. EUR	48	49	49	41	56	47	44	39
Dänemark	Mill. EUR	49	50	38	34	38	35	34	29
Finnland	Mill. EUR	28	31	28	23	24	22	21	22
Frankreich	Mill. EUR	372	413	395	326	336	330	340	308
Griechenland	Mill. EUR	41	44	39	30	28	40	36	28
Großbritannien	Mill. EUR	245	237	230	156	192	202	184	173
Irland	Mill. EUR	15	13	11	14	10	7	8	6
Italien	Mill. EUR	268	265	238	169	218	236	213	189
Niederlande	Mill. EUR	198	228	198	182	194	188	178	196
Österreich	Mill. EUR	145	153	156	112	123	135	128	121
Schweden	Mill. EUR	67	66	58	34	43	49	47	44
Spanien	Mill. EUR	210	215	178	126	167	163	152	146
Portugal	Mill. EUR	22	27	21	18	15	18	17	33
* Afrika	Mill. EUR	74	83	81	82	67	117	98	78
* Amerika	Mill. EUR	396	542	301	328	300	406	597	333
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	295	418	203	233	227	273	493	225
* Asien	Mill. EUR	364	418	430	415	295	432	418	412
darunter nach China	Mill. EUR	76	76	56	63	52	107	102	90
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	30	33	24	31	31	25	31	50

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 158	2 236	2 194	1 758	1 818	1 946	1 913	1 773	1 915
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	188	196	199	205	209	238	162	187	217
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 786	1 860	1 825	1 429	1 443	1 550	1 612	1 448	1 556
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	93	105	197	128	102	72	73	85	78
* Halbwaren	Mill. EUR	237	278	276	191	173	152	229	174	256
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 456	1 477	1 352	1 110	1 168	1 326	1 310	1 189	1 222
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	416	401	333	294	310	392	365	370	374
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 040	1 076	1 019	816	859	934	945	819	848
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 652	1 703	1 709	1 303	1 339	1 498	1 465	1 365	1 398
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 428	1 459	1 382	1 080	1 112	1 309	1 271	1 153	1 105
Belgien	Mill. EUR	256	254	230	168	179	186	209	197	188
Luxemburg	Mill. EUR	44	38	27	29	33	94	38	34	31
Dänemark	Mill. EUR	43	27	55	12	26	37	21	34	21
Finnland	Mill. EUR	12	11	8	8	7	7	8	7	9
Frankreich	Mill. EUR	246	256	233	211	186	182	193	199	147
Griechenland	Mill. EUR	6	7	9	4	5	3	6	6	8
Großbritannien	Mill. EUR	70	74	88	49	69	118	65	59	57
Irland	Mill. EUR	11	7	8	8	7	6	8	8	11
Italien	Mill. EUR	135	129	118	111	120	124	134	113	125
Niederlande	Mill. EUR	238	273	238	205	174	170	217	174	175
Österreich	Mill. EUR	66	71	70	59	78	68	64	61	53
Schweden	Mill. EUR	43	46	31	29	27	31	31	32	30
Spanien	Mill. EUR	81	75	70	54	56	86	87	53	73
Portugal	Mill. EUR	11	14	13	9	11	10	13	11	12
* Afrika	Mill. EUR	32	34	33	23	32	23	16	26	35
* Amerika	Mill. EUR	209	210	190	186	190	176	174	145	225
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	146	145	123	115	112	123	118	119	130
* Asien	Mill. EUR	260	283	254	240	252	245	255	235	253
darunter aus China	Mill. EUR	26	131	135	117	135	117	101	96	116
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	8	7	4	4	4	2	5

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 070	3 769	3 291	3 415	3 105	3 718	3 394
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	4 083	3 747	2 932	2 898	3 833	3 398	2 891

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

INSOLVENZEN	Einheit	2007	2008		2009				2010	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Insgesamt	Anzahl	615	592	545	551	547	682	582	683	582
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	107	98	82	116	105	77	132	118
* Verbraucher	Anzahl	371	355	353	321	332	425	372	420	343
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	115	82	130	90	126	111	113	110
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	16	12	18	9	26	22	18	11
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	99	98	62	121	81	97	207	119	592

HANDWERK ²⁾

Einheit	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	96,4	98,5	96,8	95,7	95,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	105,5	107,8	113,0	85,8	102,9

PREISE

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	106,2	106,0	106,0	106,4	106,8
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	103,5	103,6	103,6	104,0	104,2

VERDIENSTE ⁶⁾

Einheit	2008	2009	2008			2009			
	Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
* Bruttomonatsverdienste ⁷⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁸⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	3 391	3 431	3 094	3 096	3 123	3 102	3 142	3 169
* männlich	EUR	3 582	3 613	3 256	3 257	3 285	3 251	3 297	3 328
* weiblich	EUR	2 890	2 961	2 668	2 673	2 703	2 715	2 744	2 762
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 615	3 575	3 224	3 222	3 240	3 139	3 178	3 223
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 241	3 308	3 011	3 044	3 046	3 057	3 070	3 039
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 697	3 642	3 279	3 269	3 284	3 199	3 202	3 247
* Energieversorgung	EUR	4 951	5 013	4 227	4 192	4 285	4 278	4 346	4 343
* Wasserversorgung ⁹⁾	EUR	2 870	2 877	2 756	2 701	2 696	2 673	2 702	2 704
* Baugewerbe	EUR	3 002	3 017	2 786	2 848	2 885	2 620	2 886	2 948
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 226	3 326	2 999	3 003	3 037	3 074	3 116	3 131
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 204	3 284	2 918	2 918	2 934	2 941	3 001	3 040
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 739	2 793	2 533	2 530	2 579	2 541	2 581	2 587
* Gastgewerbe	EUR	1 984	1 992	1 909	1 901	1 924	1 928	1 938	1 927
* Information und Kommunikation	EUR	4 192	4 245	3 829	3 804	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 356	4 398	3 724	3 708	3 742	3 807	3 804	3 796
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 347	(3 256)	3 020	2 962	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 714	3 748	3 395	3 379	3 404	3 439	3 432	3 418
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 922	1 952	1 870	1 850	1 871	1 879	1 891	1 902
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	EUR	3 117	3 233	2 943	2 995	3 011	3 053	3 103	3 136
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 803	3 946	3 708	3 728	3 727	3 735	3 854	3 884
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 334	3 440	3 100	3 100	3 157	3 195	3 217	3 218
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 217	(3 378)	3 030	3 009	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 700	2 775	2 521	2 522	2 612	2 589	2 622	2 621

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 7) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 8) Einschließlich Beamte. – 9) Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

GELD UND KREDIT¹⁾

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	119 209	116 529	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639	112 534
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 896	13 120	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682	11 908
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 417	11 062	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275	13 052
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 897	92 347	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682	91 468
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 411	107 081	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925	103 339
davon an									
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	98 448	97 036	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167	96 893
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 963	10 044	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758	8 682
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 799	9 448	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714	9 195
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	100 212	101 309	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226	104 036
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 349	29 449	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464	35 897
Termineinlagen	Mill. EUR	35 704	38 076	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778	33 558
Sparbriefe	Mill. EUR	7 374	8 972	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197	7 582
Spareinlagen	Mill. EUR	27 787	24 813	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787	26 999
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	96 908	98 361	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204	101 786
davon von									
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	94 374	95 971	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988	99 590
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 535	2 390	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216	2 146
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 304	2 948	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022	2 250

STEUERN

	Einheit	2008	2009				2010		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 007	2 755	2 561	3 103	2 496	3 557	2 369	2 959
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	982	913	753	1 001	822	1 552	626	958
Lohnsteuer	Mill. EUR	674	667	550	926	475	833	529	881
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	141	139	-	455	-	-	-	424
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	128	96	15	27	132	404	- 7	- 19
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	61	65	5	10	30	30	8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	47	43	116	66	22	16	87	66
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	18	17	0	52	-	-	-	48
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	70	46	7	- 24	184	269	- 13	22
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	- 0	- 3	-	- 17	-	-	-	19
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 025	1 841	1 808	2 103	1 674	2 005	1 743	2 001
Umsatzsteuer	Mill. EUR	427	456	382	583	305	464	402	575
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 598	1 385	1 427	1 519	1 369	1 541	1 341	1 426
Zölle	Mill. EUR	161	145	143	176	161	136	137	162
Bundessteuern⁴⁾	Mill. EUR	78	96	56	56	93	175	100	93
darunter									
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	23	27	8	5	27	55	7	11
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	40	37	24	55	79	30	23

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund.

noch STEUERN

Einheit	2008	2009					2010		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Mill. EUR	94	70	147	74	95	42	39	36	44
Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	- 0	0	0
Mill. EUR	18	16	53	13	17	8	7	5	8
Mill. EUR	19	16	17	16	17	17	15	15	19
Mill. EUR	40	20	58	28	41	-	-	-	-
Mill. EUR	13	12	16	15	13	11	14	13	11
Mill. EUR	1	1	0	0	4	4	0	1	4
Mill. EUR	3	3	3	2	2	3	3	2	2

Gemeindesteuern

Einheit	2007	2008				2009			
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Mill. EUR	516	523	537	520	505	460	478	392	385
Mill. EUR	4	5	4	6	4	5	5	5	3
Mill. EUR	104	106	111	120	96	89	118	120	99
Mill. EUR	399	404	410	385	399	358	347	256	275
Mill. EUR	9	9	11	9	7	9	7	11	8

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	753	826	780	831	1 024	502	730	655	874
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	326	339	319	264	351	290	184	196
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	281	344	283	338	592	45	280	295	513
	Mill. EUR	34	37	31	39	62	4	29	40	55

Steuereinnahmen

des Landes

Einheit	2008	2009					2010		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Mill. EUR	765	695	709	775	644	970	570	724	640
Mill. EUR	94	70	147	74	95	42	39	36	44
Mill. EUR	372	333	326	369	309	573	267	346	321
Mill. EUR	235	225	234	340	150	249	226	314	131
Mill. EUR	54	41	6	12	56	172	- 3	- 8	97
Mill. EUR	27	25	31	0	1	11	12	1	8
Mill. EUR	21	19	51	29	9	7	38	29	4
Mill. EUR	35	23	4	- 12	92	134	- 6	11	81
Mill. EUR	280	278	239	324	240	321	266	335	276
Mill. EUR	199	216	177	270	170	251	195	279	203
Mill. EUR	81	62	63	54	70	69	70	56	72
Mill. EUR	5	4	- 1	2	0	8	- 0	2	0
Mill. EUR	2	1	- 0	1	0	3	- 0	1	0
Mill. EUR	11	8	- 1	4	0	18	- 1	4	0
Mill. EUR	2	2	- 0	1	0	4	- 0	1	0

Steuereinnahmen

des Bundes

Bundessteuern	Mill. EUR	1 578	1 448	1 323	1 564	1 332	1 905	1 257	1 514	1 438
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	78	96	56	56	93	175	100	93	138
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	427	396	327	424	364	682	268	410	380
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	1 068	952	941	1 082	875	1 040	889	1 009	919
	Mill. EUR	5	4	- 1	2	0	8	- 0	2	0

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Bis 2008 Zinsabschlag.

April

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Hochschulfinanzen 2008
Bestellnr.: B3073 200800

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Weinmosternte 2009
Bestellnr.: C2053 200900

Rinderbestände und Rinderhaltungen
im November 2009
Bestellnr.: C3073 200922

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Februar 2010
Bestellnr.: D1023 201002

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden im Februar 2010
Bestellnr.: E1023 201002

Index des Auftragseingangs für das ver-
arbeitende Gewerbe im Februar 2010
Bestellnr.: E1033 201002

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden 2009 – Ergebnisse
des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Bestellnr.: E1043 200900

Bauhauptgewerbe 2009 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2013 200900

Bauhauptgewerbe im Februar 2010 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 201002

Unternehmen und Investitionen
im Bauhauptgewerbe 2008 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2043 200800

Elektrizitäts- und Wärmeherzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im Januar 2010
Bestellnr.: E4023 201001

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2010
Bestellnr.: F2033 201002

Baufertigstellungen 2009
Bestellnr.: F2053 200900

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Februar 2010
Bestellnr.: G1023 201002

Gäste und Übernachtungen
im Tourismus im Januar 2010
Bestellnr.: G4023 201001

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im
Dezember 2009
Bestellnr.: H1023 200912

Personenverkehr mit Bussen
und Bahnen im 4. Vierteljahr 2009
Bestellnr.: H1073 200944

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Jahresabschlüsse öffentlich
bestimmter Fonds, Einrichtungen
und Unternehmen 2007
Bestellnr.: L5013 200700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-
Pfalz und in Deutschland im März 2010
Bestellnr.: M1013 201003

Preisindizes für Bauwerke
in Deutschland im Februar 2010
Bestellnr.: M1043 201041

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Januar 2010
Bestellnr.: Z1013 201001

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte
Rheinland-Pfalz – Ausgabe April 2010
Bestellnr.: Z2201 201004

Veröffentlichungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammen- arbeit

Harmonisierte statistische Indikatoren –
Weiterbildung in der Großregion
Bestellnr.: Z2835 201000

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Jürgen Hammerl und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.